



Jürgen Faik/Jens Becker

**Subjektive und objektive Lebenslagen
von Arbeitslosen**

FaMa-Diskussionspapier 4/2009

FaMa
Neue Frankfurter Sozialforschung
Nikolausstraße 10
D-65936 Frankfurt/Main

Oktober 2009

Herausgeber und Verlag:

FaMa

Neue Frankfurter Sozialforschung

Nikolausstraße 10

65936 Frankfurt am Main

Tel.: 069/34409710

Fax: 069/34409714

E-Mail: info@fama-nfs.de

<http://www.fama-nfs.de>

ISSN 1869-1935

Zusammenfassung*

Das Diskussionspapier thematisiert die objektive und subjektive Lebenslage von Arbeitslosen in Deutschland im Vergleich zur Gesamtbevölkerung. Die Ergebnisse indizieren eine deutlich schlechtere materielle, d. h. objektive Lebenslage der Arbeitslosen. Dies reflektiert sich in den auf Wohlstandskategorien bezogenen subjektiven Indikatoren, weniger aber in den Bewertungen immaterieller Wohlfahrtskategorien. Hier scheint vor allem der Familienzusammenhang als sozialer Rückhalt von Relevanz zu sein. Gegenüber den aktuellen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten – insbesondere gegenüber „Hartz IV“ – scheinen in der bundesdeutschen Bevölkerung teilweise deutliche Vorbehalte zu existieren.

Summary*

The discussion paper picks out the objective and the subjective well-being of the unemployed in Germany compared to the total population as a central theme. The results indicate a distinctly worse material, i. e. objective circumstance of the unemployed. This is reflected by the subjective statements concerning the material well-being categories, less by the valuations of immaterial well-being items. In this context the family relationships seem to be primarily important in the sense of social support. With respect to labour market policies – especially to "Hartz IV" – partly there seems to exist broad qualifications in the German population.

* Dr. Jens Becker ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Dr. Jürgen Faik ist Geschäftsführer von FaMa – Neue Frankfurter Sozialforschung. Es handelt sich um die (modifizierte, insbesondere erweiterte) Schrifffassung eines gemeinsamen Vortrages beider Autoren auf der Jahrestagung 2009 der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt am 30.10.2009 in Hennef mit dem Titel „Subjektive und objektive Lebenslagen von Randgruppen des Arbeitsmarktes“. Die einzelnen Berechnungsergebnisse des Diskussionspapiers sind ferner im Zusammenhang mit der Forschungsarbeit von Dr. Faik im Forschungsprojekt „Untersuchungen zum sozialkulturellen und sozioökonomischen Wandel in Deutschland“ bei Prof. Dr. Wolfgang Glatzer, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/Main, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Institut für Gesellschafts- und Politikanalyse, zu sehen. Autoren-Kontakt: jens.becker@soz.uni-frankfurt.de, faik@fama-nfs.de.

Inhalt

1. Einleitung	5
2. Zum Analyserahmen	6
2.1 Theoretische Grundlagen und Literaturüberblick	6
2.2 Methodik	7
2.2.1 Quantitative Analyse	8
2.2.2 Qualitative Analyse	10
2.3 Kernthesen	11
3. Objektive Lebenssituation	11
3.1 Einkommens- und Vermögenslage	11
3.2 Private Konsumausgaben	14
3.2.1 Ausgabenstruktur	14
3.2.2 Gebrauchsgüterausstattung	15
3.3 Ein erstes Zwischenfazit	16
4. Subjektive Lebenslage	16
4.1 Zufriedenheiten	17
4.1.1 Lebenszufriedenheit insgesamt	18
4.1.1.1 Aktuelle Lebenszufriedenheit	18
4.1.1.2 Zufriedenheit mit dem Leben in fünf Jahren	21
4.1.1.3 Aktuelle Lebenszufriedenheit versus Lebenszufriedenheit in fünf Jahren	22
4.1.2 Zufriedenheit mit materieller Wohlfahrt	23
4.1.2.1 Lebensstandardzufriedenheit	23
4.1.2.2 Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen	25
4.1.2.3 Zufriedenheit mit dem persönlichen Einkommen	26
4.1.3 Zufriedenheit mit immaterieller Wohlfahrt	28
4.1.3.1 Gesundheitszufriedenheit	28
4.1.3.2 Zufriedenheit mit der Familie	29
4.1.3.3 Zufriedenheit mit der Demokratie	30
4.1.3.4 Umweltzufriedenheit	33
4.1.4 Zufriedenheit und sozioökonomische Faktoren	34
4.1.4.1 Zufriedenheit und Einkommenslage	34
4.1.4.2 Zufriedenheit und Arbeitslosenstatus	36
4.2 Verteilungsbeurteilungen	41
4.2.1 Subjektive Schichtzugehörigkeiten	41
4.2.2 Konfliktwahrnehmung Arm-Reich	44
4.3 Ein zweites Zwischenfazit	43
5. Bewertung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen	44
5.1 Einschätzungen zum ALG I	44
5.2 Einschätzungen zum ALG II	47
5.3 Fördern und Fordern – Problembewusstsein und Lösungsansätze	51
5.3.1 Grundsicherung für Arbeitsuchende	51
5.3.2 Eigenverantwortliche Arbeitssuche	52
5.3.3 Kontrollen bei Leistungsmissbrauch	53
5.4 Ein drittes Zwischenfazit	55
6. Schlussbetrachtung	56
Anhang	58
Literaturverzeichnis	69
Abkürzungsverzeichnis	73

1. Einleitung¹

„Wie eine Gesellschaft ihre Armen sieht und behandelt, ist der Prüfstein dafür, ob sie als human, sozial und demokratisch gelten kann.“² An diesem Diktum misst der Kölner Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge die deutsche Armuts- und Reichtumspolitik, die nicht losgelöst voneinander zu betrachten seien. Armut und Reichtum sind politisch-normative und damit interessengeleitete Begriffe. Sie unterliegen zeitgenössischen Wahrnehmungen und Kräfteverhältnissen, ökonomischen und kulturellen Deutungen. Gleiches gilt für andere Formen der Wohlfahrtsmessung. Anknüpfend an neuere Entwicklungen der Wohlfahrtsforschung, welche zunehmend neben objektiven Lebensstandard-Indikatoren auch subjektive Lagebeurteilungen thematisieren, untersucht die vorliegende Arbeit die subjektive und die objektive Lebenslage von Randgruppen des Arbeitsmarktes. Im Mittelpunkt stehen dabei die (amtlich registrierten) Arbeitslosen.

Es wird in einem ersten Schritt die materielle Lebenssituation der Arbeitslosen mit den anderen gesellschaftlichen Gruppen verglichen. Als Wohlstandsindikatoren fungieren neben dem Einkommen auch das Vermögen und der Private Verbrauch, um vergleichsweise umfassend gesellschaftliche Partizipations- und Entfaltungsmöglichkeiten in der Tradition von Townsend bzw. Sen zum Ausdruck zu bringen.³

Der festgestellten materiellen Situation wird in einem nächsten Schritt die Bewertung der eigenen Lebenslage seitens der betroffenen Gruppen – im Sinne von Zufriedenheiten insbesondere mit der eigenen Lebenslage – gegenübergestellt.⁴ Die subjektiven Einschätzungen der behandelten Arbeitsmarktproblemgruppen beinhalten die Bewertung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen bzw. Anforderungen im Falle von Arbeitslosigkeit. Hierdurch kann die Betroffenensicht den gesellschaftlich-normativen Vorgaben gegenübergestellt werden.

Auch werden gesellschaftliche Konfliktwahrnehmungen der zu einem beträchtlichen Anteil im Niedrigeinkommensbereich verorteten Untersuchungsgruppe der Arbeitslosen thematisiert, da deren Ausprägungen gegebenenfalls für die gesellschaftliche Stabilität bedeutsam sind. Hierzu gehört z. B. die Wahrnehmung des (potenziellen) Konflikts zwischen Arm und Reich.

Erkenntnisleitend ist – auf den vorgenannten Ausführungen aufbauend – die Gegenüberstellung von objektiven Indikatoren zum Lebensstandard mit subjektiven Beurteilungen dazu. Während Ersterer durch eine Vielzahl von Studien eruiert worden sind, sind die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger, in diesem Fall der Arbeitslosen und –suchenden, vergleichsweise unterbelichtet. Anhand der Nutzung der Wellen 1984 bis 2007 des Sozioökonomischen Panels können in diesem Kontext nachfolgend – auf Jahresbasis – Aussagen über einen Zeitraum von immerhin etwa einem Vierteljahrhundert für Westdeutschland bzw. über gut 15 Jahre hinweg für Gesamtdeutschland getroffen werden.

Unsere Analyse generiert (in der adäquaten Verknüpfung objektiver und subjektiver Daten) ihren Mehrwert gegenüber anderen, vergleichbaren Studien insbesondere aus dieser relativ langen Zeitverlaufsbetrachtung, wodurch neben politischen, soziologischen und demografischen Einflüssen z. B. auch konjunkturelle Effekte in statistisch-sinnvoller Weise berücksichtigt werden können.

Der Aufbau des Diskussionspapiers ist wie folgt: Nach einigen grundsätzlichen Anmerkungen zum Analyserahmen in Kapitel zwei wird in Kapitel drei die objektive Lebenssituation der Arbeitslosen beleuchtet. Dieser werden in Kapitel vier insbesondere Bewertungen der eige-

¹ Die Autoren danken im Zusammenhang mit den genutzten Daten grundsätzlich dem Statistischen Bundesamt, dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und gesis sowie im Speziellen Prof. Dr. Joachim Merz von der Leuphana-Universität Lüneburg und Prof. Dr. Wolfgang Glatzer von der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/Main.

² Butterwegge 2009, S. 15.

³ Zu einer neueren Anwendung entsprechender Vorstellungen für Deutschland vgl. Andreß 2006 oder Groh-Samberg 2009; siehe auch Hübinger 1996.

⁴ Zu einem analogen Ansatz vgl. etwa D'Ambrosio/Frick/Jäntti 2009.

nen Lebenslage (sowie in geringerem Maße auch der gesamtgesellschaftlichen Wohlfahrts-situation) gegenübergestellt. Es schließt sich in Kapitel fünf die Bewertung bundesdeutscher arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen an, wobei das arbeitsmarktpolitische Instrument „Hartz IV“⁵ im Fokus stehen wird. Mit einer Schlussbetrachtung endet das Diskussionspapier.

2. Zum Analyserahmen

2.1 Theoretische Grundlagen und Literaturüberblick

Arbeitsmarktprobleme und hier vor allem Arbeitslosigkeit verursachen nicht nur erhebliche gesamtfiskalische Kosten⁶, sondern stellen auch auf der individuellen Ebene große ökonomische und soziale Problemlagen dar. Zu nennen ist hierbei etwa die Gefahr des sozialen Ausschlusses, die gegebenenfalls bei Arbeitslosen vermutlich noch stärker als bei anderen sozialen Problemgruppen zum Tragen kommt, welche (wie Mini-/Midi-Jobber oder wie die Working poor⁷) zumindest temporär besser in den Arbeitsmarkt integriert sind. Aus den negativen Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit, welche sich etwa in beruflicher Dequalifizierung oder – wegen erwerbsbiografischer Lücken – in Sicherheitsdefiziten für das Alter äußern können⁸, erwächst die Gefahr sozialer Spannungen, womit Bedrohungen für die demokratische Grundordnung verbunden sein können.⁹

In Bezug auf Deutschland wird kritisiert, dass auch nach der staatlichen Umverteilung von Einkommen im Falle von Arbeitslosigkeit die relativen Armutsquoten der Arbeitslosen noch vergleichsweise hoch seien, was unter dem Gesichtspunkt der Armutsvermeidung auf eine recht ineffiziente staatliche Umverteilung in diesem Kontext verweise. Neben der Exklusion von materiellen Ressourcen ist im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit auch auf die Beeinträchtigung sozialer Beziehungen zu verweisen. Es ist für Deutschland etwa die „symbolische Diskriminierung“ der Arbeitslosen im Zuge der „Hartz-Reformen“ anzuführen. Hiermit ist die Verpflichtung der Arbeitslosen gemeint, auch Arbeitsplätze unterhalb des eigenen Qualifikationsniveaus oder andernfalls staatliche Sanktionen in Kauf zu nehmen. Faktisch dürfte eine solche qualifikatorische Abwärtsspirale für die hochqualifizierten Arbeitslosen zwar nicht in großem Maßstab auftreten, doch sozusagen symbolisch wird seitens der Politik das Bild von Arbeitslosen mit (zu) hohen Ansprüchen vermittelt.¹⁰

Nicht-pekuniäre Kosten von Arbeitslosigkeit, welche sich in der individuellen Lebenszufriedenheit widerspiegeln können, ergeben sich – psychologischen Studien zufolge – in erster Linie aus einer Herabsetzung des Selbstwertgefühls der Arbeitslosen, was durch den oben genannten „symbolischen Ausschluss“ noch verstärkt werden kann. Hierbei muss nicht unbedingt eine aktuelle Arbeitslosigkeitsphase kausal sein, sondern es können sich auch (abgeschwächt) entsprechende Effekte aus früheren Arbeitslosigkeitsperioden ergeben.¹¹

Mehrere Studien belegen, dass Arbeitslosigkeit deutlich negative Folgen für die objektive Gesundheitssituation und das subjektive Gesundheitserleben bzw. für die gesamte Lebenszufriedenheit hat.¹² In einer Studie auf Basis der 17. Welle der Sächsischen Längsschnittstudie aus dem Jahre 2003 (mit einem Stichprobenumfang von fast 420 Personen einer einzi-

⁵ Vgl. hierzu auch die Ausführungen in Becker 2007 oder Becker/Hauser 2006.

⁶ Vgl. hierzu beispielsweise die Ausführungen in Faik 2007, S. 312-313.

⁷ Vgl. in diesem Zusammenhang Strengmann-Kuhn 2003 oder Nollmann 2009.

⁸ Vgl. etwa Faik/Roth/Ruland 2001.

⁹ Vgl. hierzu etwa Ludwig-Mayerhofer 2005, S. 221, mit Verweis auf die an dieser Stelle intensiver geführte französische Diskussion.

¹⁰ Vgl. hierzu Ludwig-Mayerhofer 2005, S. 223-229.

¹¹ Vgl. Kassenboehmer/Haisken-DeNew 2008, S. 6-7.

¹² Vgl. hierzu Berth/Förster/Brähler 2005, S. 361, und die dortigen Literaturhinweise; vgl. ferner die mikroökonomischen Befunde von Berlemann/Kemmesies 2004, S. 6-8, und auch die dortigen Literaturhinweise auf weitere analoge empirische Befunde.

gen Kohorte und einem Durchschnittsalter von ca. 30 Lebensjahren) ergaben sich in diesem Zusammenhang in Abhängigkeit von den jeweiligen Arbeitslosigkeitserfahrungen markante Unterschiede hinsichtlich der jeweiligen Lebenszufriedenheit: Die (mittlere) Lebenszufriedenheit der Personen mit mehrmaligen Arbeitslosigkeitserfahrungen war wesentlich niedriger als jene der Personen mit einmaliger Arbeitslosigkeitserfahrung, und diese wiederum war deutlich geringer als die gemessene (mittlere) Lebenszufriedenheit der Personen ohne Arbeitslosigkeitserfahrung. Außerdem wurde das bekannte Phänomen bestätigt, dass mehrfach arbeitslose Personen wesentlich unzufriedener mit den mit Erwerbstätigkeit zusammenhängenden Lebensbereichen sind als mit den anderen Lebensbereichen (wie z. B. Freund- oder Bekanntschaften oder Familienleben).¹³

Auch eine weitere Studie – auf Basis des Sozioökonomischen Panels (SOEP) – zeigte für Deutschland signifikant negative Effekte von Arbeitslosigkeit auf die Lebenszufriedenheit, betonte aber zugleich, dass durchaus auch eine umgekehrte Kausalität wirken könne: So könnten unzufriedene Mitarbeiter eine höhere Entlassungswahrscheinlichkeit aufweisen als zufriedene Mitarbeiter.¹⁴ Im Rahmen der Studie von Kassenboehmer und Haisken-DeNew wurde nach den Gründen der Arbeitslosigkeit im Sinne von freiwilliger versus unfreiwilliger Arbeitslosigkeit differenziert. Die Regressionsberechnungen der Studie offenbarten neben dem stark negativen Grundsatzeffekt der Arbeitslosigkeit auf die Lebenszufriedenheit im Besonderen, dass für Frauen die Insolvenz der Firma im Jahr des Arbeitslosigkeitsbeginns besonders stark negative Einflüsse auf die Lebenszufriedenheit ausübt. Dies begründeten die Autoren mit einer geringeren Arbeitsmarkt- bzw. Arbeitsortflexibilität von Frauen im Vergleich zu Männern als Folge der Abhängigkeit der Frauen-Erwerbstätigkeit von derjenigen des Partners bzw. als Folge der Familienrolle von Frauen.¹⁵

In einer ebenfalls SOEP-basierten Studie betonten auch Easterlin/Plagnol die Relevanz von Arbeitslosigkeit auf die allgemeine Lebenszufriedenheit; der entsprechende (negative) statistische Effekt war allerdings – absolut betrachtet – geringer als die (positive) Korrelation zwischen der Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen und der allgemeinen Lebenszufriedenheit.¹⁶

Die Bedeutung der Arbeitslosigkeitsthematik kommt auch aus der neuesten R+V-Umfrage zu den „Ängsten der Deutschen“ zum Ausdruck: Ihr zufolge haben im Jahre 2009 fast zwei Drittel (65 %) der Bundesbürger Angst vor höherer Arbeitslosigkeit in Deutschland, und fast die Hälfte (48 %) der Bundesbürger hat Angst vor eigener Arbeitslosigkeit. Die Angst vor höherer Arbeitslosigkeit in Deutschland steht dabei 2009 an zweiter Stelle direkt hinter der Angst vor einer schlechteren Wirtschaftslage.¹⁷

2.2 Methodik

Wir ergänzen in dieser Arbeit die für die hier relevanten Zusammenhänge typischen quantitativen Betrachtungen durch qualitative Analysen. Während im quantitativen Teil primär auf das Sozioökonomische Panel als Datengrundlage abgestellt wird, wird im qualitativen Teil der Studie auf die diversen Sozialstaatsurveys und die in diesem Zusammenhang geführten Interviews in Leipzig und Frankfurt/Main Bezug genommen.

¹³ Vgl. Berth/Förster/Brähler 2005, S. 363-366.

¹⁴ Vgl. Kassenboehmer/Haisken-DeNew 2008, S. 8.

¹⁵ Vgl. Kassenboehmer/Haisken-DeNew 2008, S. 12-16.

¹⁶ Vgl. Easterlin/Plagnol 2008, S. 443. Bezüglich des Zusammenhangs zwischen Lebenszufriedenheit und (absolutem) Niveau des Wohlstands hat die vorgenannte Studie ebenso wie diverse andere Untersuchungen eine eher schwache statistische Korrelation festgehalten. Letzteres gilt im Grunde genommen sowohl auf der Aggregat- als auch auf der Individualebene. Vielfach wird von einer abnehmenden Grenzzufriedenheit mit wachsendem Wohlstand ausgegangen (vgl. z. B. Brandstätter 1998, S. 31).

¹⁷ Siehe hierzu http://www.ruv.de/de/presse/r_v_infocenter/studien/aengste-der-deutschen.jsp (Zugriff am 07.09.2009).

2.2.1 Quantitative Analyse¹⁸

Das vorliegende Diskussionspapier befasst sich mit wohlfahrtsrelevanten Tatbeständen. Insofern sind an es – von der Methodik her besehen – die üblichen wohlfahrtstheoretischen Maßstäbe anzulegen. Da die („letzte“) Wohlfahrtsproduktion innerhalb von Verbrauchsgemeinschaften bzw. – synonym: – von Haushalten stattfindet, ist es notwendig, in Wohlfahrtsanalysen den Haushaltskontext zu berücksichtigen. Daher sind die objektiven Wohlstandsaussagen des Diskussionspapiers durchgängig auf den Haushaltszusammenhang bezogen. Es wird entsprechend die (objektive) Wohlstandslage von Arbeitslosen im Haushaltskontext untersucht. Hierdurch werden individuelle Wohlstandsunterschiede vermutlich – bis zu einem gewissen Grad – nivelliert.

Dies heißt, dass bei den objektiven Wohlstandsindikatoren das Haushaltseinkommen, das Haushaltsvermögen und der Private Verbrauch eines Haushaltes – um die drei gebräuchlichsten Wohlstandsindikatoren zu nennen – allesamt (in normierter Form) dem einzelnen Arbeitslosen zugeordnet werden. Beim Haushaltseinkommen geschieht dies durch die Verwendung einer Äquivalenzskala, wobei im Diskussionspapier durchgängig auf die inzwischen in Verteilungsanalysen übliche „neue OECD-Skala“ Bezug genommen wird.¹⁹ Das Haushaltsvermögen und der Private Verbrauch eines Haushaltes werden – vom Grundsatz her – jeweils als Pro-Kopf-Größen ausgewiesen. Hinzuweisen gilt es an dieser Stelle darauf, dass es sich sowohl beim Haushaltseinkommen als auch beim Haushaltsvermögen im Folgenden um Nettogrößen handelt. Für den Wohlstandsindikator des Haushaltsnettoäquivalenzeinkommens wurden im Zusammenhang mit den Verteilungsrändern Armuts- und Reichtumsindikatoren gebildet: Relative Einkommensarmut ergibt sich hierbei als 40- bzw. als 60-Prozent-Anteil am mittleren Einkommensniveau (sozusagen „strenge“ und „milde“ relative Armut), relativer Einkommensreichtum als 200- bzw. als 300-Prozent-Vielfaches des mittleren Einkommens (sozusagen gehobener Wohlstand und Reichtum).

Im Zusammenhang mit den subjektiven Indikatoren steht die Messung von Zufriedenheit im Fokus. Für verschiedene Lebensbereiche werden hierbei in der Regel auf der Grundlage einer Elfer-Skalierung²⁰ jeweils mittlere Zufriedenheitswerte berechnet. Des Weiteren wird insbesondere die Wahrnehmung des Konfliktes zwischen Arm und Reich – auf der Basis einer Vierer-Skala – näher untersucht.²¹

Die vorstehend erwähnten Untersuchungen werden naheliegenderweise durch die Beschränkungen der zugrunde liegenden Datenbasen ihrerseits restringiert. Konkret werden wir im Folgenden – angesichts der Komplexität des Themas ist dies notwendig – folgende Datenbasen nutzen: Die Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS), das Sozioökonomische Panel (SOEP), die Wohlfahrtssurveys (WS), die Sozialstaatssurveys, das Niedrigeinkommenspanel (NIEP), die Allgemeine Bevölkerungsumfrage in den Sozialwissenschaften (ALLBUS) und diverse Eurobarometer (EB).²²

Das SOEP – die Hauptdatenquelle der quantitativen Betrachtungen der Studie – wird seit 1984 jährlich erhoben. Die einzelnen Stichproben umfassen zwischen ca. 5.000 und ca. 15.000 Haushalten. Die Personenzahl des SOEP liegt aktuell bei mehr als 20.000 Personen. Themenschwerpunkte des SOEP sind u. a. die Haushaltszusammensetzungen, Erwerbs- und Familienbiografien, die Erwerbsbeteiligung und die berufliche Mobilität, Einkommensver-

¹⁸ Vgl. in Bezug auf die Methodik die Ausführungen in Faik 1995, S. 32-42.

¹⁹ Die „neue OECD-Skala“ ist von ihren Gewichten her wie folgt gegliedert: Haushaltsvorstand: 1,00; weitere Person ab 15 Lebensjahren: 0,50; weitere Person bis 14 Lebensjahre: 0,30.

²⁰ Zur Genese einer solchen Elfer-Skalierung im Zusammenhang mit dem Sozioökonomischen Panel vgl. Wagner 2007.

²¹ Auch werden im Kontext der subjektiven Analysen – in Analogie zu dem so genannten Leyden-Ansatz (vgl. hierzu Coulter/Cowell/Jenkins 1992, S. 96, oder Hagenaaers/van Praag 1985) – Armutsgrenzen u. ä. bestimmt.

²² Zur Deskription der einzelnen Datenbasen vgl. auch BMAS 2005, S. 11-15.

läufe sowie Aspekte zur Gesundheit und – was in unserem Kontext besonders relevant ist – zur Lebenszufriedenheit bzw. zur Zufriedenheit in verschiedenen Lebensbereichen.

Im SOEP wird u. a. nach der Einschätzung der individuellen Lebenslage gefragt. Auf einer Skala von 0 bis 10 wird beispielsweise die aktuelle allgemeine Lebenszufriedenheit abgefragt, zum Teil um die Fragen nach der allgemeinen Lebenszufriedenheit vor einem Jahr und der für das kommende Jahr (bzw. der für in fünf Jahren) erwarteten allgemeinen Lebenszufriedenheit ergänzt. Darüber hinaus werden im SOEP – auch jeweils von 0 bis 10 skaliert – die Zufriedenheit mit der Gesundheit, die Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen bzw. mit dem persönlichen Einkommen, die Zufriedenheit mit der Wohnung, die Zufriedenheit mit der Arbeit, die Zufriedenheit mit dem Familienzusammenhang, die Zufriedenheit mit der Haushaltstätigkeit und die Zufriedenheit mit der Freizeit abgefragt. In einzelnen SOEP-Wellen gibt es zudem Fragen nach der Zufriedenheit mit der Kindererziehung, nach der Zufriedenheit mit dem Angebot an Waren und Dienstleistungen, nach der Zufriedenheit mit dem Lebensstandard, nach der Zufriedenheit mit der Sozialen Sicherheit, nach der Zufriedenheit mit dem Umweltzustand und nach der Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland. Konkret wird in diesem Diskussionspapier auf die SOEP/CNEF-Variante Bezug genommen (CNEF = Cross-National Equivalent File).²³

Ebenfalls im Panel-Design angelegt war das Niedrigeinkommenspanel (NIEP), welches von Infratest Sozialforschung im Auftrag der Bundesregierung von 1998 bis 2002 durchgeführt wurde. Es war als halbjährliche telefonische Wiederholungsbefragung von Haushalten im untersten bundesdeutschen Einkommensquintil angelegt. Insgesamt wurden sechs Wellen erhoben. Zielsetzung der Erhebung war die Gewinnung von Informationen zur Armutsentstehung und –überwindung. Es finden sich für die Jahre 2001 und 2002 Informationen zur Lebenszufriedenheit bzw. zur Zufriedenheit in verschiedenen Lebensbereichen.

Im Unterschied zu den beiden vorstehenden Panel-Datenbasen wird für bundesdeutsche Querschnittsbetrachtungen üblicherweise auf die Einkommens- und Verbrauchsstichproben abgestellt. Diese werden seit 1962 in etwa fünfjährigem Turnus vom Statistischen Bundesamt im Zusammenwirken mit den Statistischen Landesämtern erhoben – mittlerweile insgesamt zehnmal, zuletzt 2008.²⁴ Mit ca. 35.000 bis 60.000 Haushalten und ca. 100.000 bis 120.000 Personen sind die Einkommens- und Verbrauchsstichproben relativ große Stichproben. Zudem werden die Einkommens- und Ausgabenwerte der privaten Haushalte in einem hohen Detaillierungsgrad erhoben. In ihren Einführungs- bzw. (früher) Schlussinterviews ermitteln die Einkommens- und Verbrauchsstichproben das Brutto- und Nettovermögen eines Haushalts, allerdings unter Vernachlässigung einzelner Vermögensbestandteile. Das in den Einkommens- und Verbrauchsstichproben ausgewiesene Geldvermögen beispielsweise gliedert sich in folgende Bestandteile: Sparguthaben, Wertpapiere, Bausparguthaben, sonstiges Geldvermögen (z. B. Festgeld) sowie Lebens-, Sterbegeld-, Ausbildungs- und Aussteuerversicherungsguthaben. Auch werden die Kreditverpflichtungen (ohne Hypotheken, Baudarlehen u. ä.) nach der Höhe der Restschuld erfasst. Nicht berücksichtigt sind indes die Bargeld- und Sichtguthabenbestände. Subjektive Indikatoren wurden bislang lediglich in der EVS 1993 erhoben. Die zugehörigen Fragen bezogen sich zum einen auf die Einschätzung der eigenen Lebenslage und zum anderen auf die individuelle Festlegung gesellschaftlicher Wohlstandsniveaus.

Die in den Jahren 1978, 1980, 1984, 1988, 1990, 1993 und 1998 für West- bzw. Ost- und Gesamtdeutschland erhobenen Wohlfahrtssurveys²⁵ beinhalten verschiedene Einstellungen

²³ Zur Beschreibung dieser SOEP-Variante vgl. z. B. Burkhauser/Butrica/Daly/Lillard 2001. Durch diese Bezugnahme ergeben sich im Übrigen bei den ausgewiesenen mittleren Zufriedenheitswerten auf SOEP-Basis zum Teil leichte Abweichungen im Nachkommabereich gegenüber anderen Studien, welche auf etwas andere Auswahlsätze des SOEP Bezug nehmen (z. B. gegenüber Easterlin/Zimmermann 2006 oder gegenüber Christoph 2008b).

²⁴ Für die Forschung ist die EVS 2008 bislang indes nur rudimentär nutzbar; für die Fragestellungen dieses Diskussionspapiers sind die bislang verfügbaren EVS-2008-Daten nicht ausreichend.

²⁵ Vgl. die Darstellung in Zapf 2001.

bzw. Beurteilungen der befragten Erwachsenen, z. B. hinsichtlich des eigenen Lebensstandards, in Kombination mit der „objektiven“ Lebenslage, aber auch beispielsweise in Bezug auf die Wahrnehmung bzw. die Einschätzung von Konflikten (wie dem zwischen Arm und Reich).

Eine weitere wichtige Datengrundlage der Studie sind die subjektiven Daten des Sozialstaatssurveys. Hierbei handelt es sich um vier Repräsentativerhebungen aus den Jahren 2005-2008 mit für Gesamtdeutschland jeweils ca. 5.000 Befragten. Bei der Auswahl der Fragen wurde darauf geachtet, bereits im Wohlfahrtssurvey behandelte Fragen zu replizieren, um dadurch den Einstellungswandel über einen insgesamt 30 Jahre umfassenden Zeitraum zu erfassen.²⁶

Ergänzt werden die Betrachtungen an einzelnen Stellen durch die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) und diverse Eurobarometer (EB) zu mittleren Zufriedenheitsniveaus der Allgemeinheit und der Arbeitslosen. Mit der ALLBUS werden seit 1980 – üblicherweise in zweijährigem Abstand – bevölkerungsrepräsentativ mit teils konstantem, teils variablem Frageprogramm Daten über Einstellungen, Verhalten und Sozialstruktur in der Bundesrepublik Deutschland erhoben. Ähnlich sind die im Auftrag der Europäischen Kommission in der Regel halbjährlich durchgeführten Eurobarometer angelegt: Seit 1973 enthalten sie gewisse Standardfragen in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten, welche themenspezifisch durch variable Fragen ergänzt werden. Die EB-Fragen dienen der Analyse der Meinungsbildung und –entwicklung innerhalb der EU-Bevölkerung (ab 15 Lebensjahren). In diesem Diskussionspapier findet das so genannte „Mannheimer EB-Trendfile 1970-2002“ Verwendung.

2.2.2 Qualitative Analyse

Des Weiteren besteht unser Erkenntnisziel darin, einige thematische Schwerpunkte zu fokussieren, um Näheres über die Wahrnehmung von Arbeitslosengeld I und II (ALG I bzw. II) in Erfahrung zu bringen²⁷: Wie wird die soziale Sicherung für Arbeitsuchende beurteilt, wie zufrieden oder unzufrieden sind die Betroffenen damit? Stoßen die bestehenden Regelungen auf Akzeptanz oder Ablehnung? Welche persönliche und politische Relevanz schreiben die Probanden der Eigenverantwortung beim Thema Arbeitssuche zu? Welchen Stellenwert hat hierbei die staatliche Risikoabsicherung im Falle der Arbeitslosigkeit?

Bei der Beantwortung solcher Fragen werden wir uns größtenteils auf das Gruppendiskussionsverfahren stützen, das inzwischen in unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Forschungsfeldern an Bedeutung gewonnen hat, weil es zur empirischen Rekonstruktion alltäglicher Deutungs- oder Einstellungsmuster beitragen kann.²⁸ Anhand der Auswertung der Gruppendiskussionen in Frankfurt/Main und Leipzig zum ALG II 2007 werden Einstellungs- und Stimmungsmuster herausgearbeitet, die sowohl von der eigenen persönlichen Situation als auch von den gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen geprägt sind.

Für jede einzelne nach dem Zufallsprinzip zustande gekommene Fokusgruppe wurden in Frankfurt/Main sechs Personen, in Leipzig sieben Personen rekrutiert. Die („Netto“-)Gruppengröße war aber auf fünf Teilnehmer begrenzt. Diese Überrekrutierung von ein bis zwei Personen pro Gruppe ermöglichte es, auf personelle Ausfälle mit so genannten „Ersatzteilnehmern“ reagieren zu können.

Im Hinblick auf die soziodemografischen Merkmale Geschlecht, Alter, Haushaltsnettoeinkommen, Bildungsabschluss und Art der Erwerbstätigkeit wurde auf eine heterogene Gruppenzusammensetzung geachtet. In Frankfurt/Main und Leipzig nahmen insgesamt 11 Frauen und 9 Männer an den Diskussionsrunden teil. Das Alter der Diskutanten reichte von 22 bis 62 Jahren. Eingeladen wurden Arbeitnehmer, Selbstständige, Studenten, Arbeitslose,

²⁶ Vgl. Glatzer 2007, S. 40.

²⁷ Vgl. hierzu Becker/Hallein-Benze 2007 und 2009.

²⁸ Vgl. dazu grundlegend Bohnsack et al. 2006, S. 8.

Hausfrauen sowie Rentner. Der soziale Status war also heterogen, wobei allerdings Bevölkerungssegmente aus den untersten und obersten Einkommenschichten unterrepräsentiert waren bzw. fehlten.

2.3 Kernthesen

Im Folgenden wird dem Eliten-Paradigma die Perspektive der Ausgegrenzten entgegengesetzt. Der Ertrag hiervon ist eine in der gewählten Form neue Herangehensweise an die Themen Arbeitslosigkeit, Armut, Randgruppen und Sozialstaat.

Wir haben folgende Kernthesen:

1. *Ausgrenzungsthese*: Arbeitslose sind wohlstands-/wohlfahrtsbezogen schlechter als Nichtarbeitslose gestellt und dadurch materiell, aber auch sozial in Teilen ausgegrenzt. Durch die „Hartz-Reformen“ hat sich dabei – so zumindest unsere These – der Grad der Exklusion insbesondere hinsichtlich der sozialen Teilhabechancen verstärkt. Diese Ausgrenzung ist unserer Vermutung nach eher auf unfreiwillige Arbeitslosigkeit zurückzuführen und nicht – wie die neoklassische Theorie suggeriert – primär das Ergebnis einer freiwilligen Entscheidung der Betroffenen.
2. *Anspruchsniveauthese*: Phasen der Arbeitslosigkeit senken die jeweiligen Ansprüche an das Leben und damit aktuell, aber auch in späteren Phasen die mittlere Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen in der Gruppe der (aktuell bzw. einstmals) Arbeitslosen. Auch hier tragen vermutlich verminderte soziale Teilhabechancen zu einem reduzierten Lebenszufriedenheitsniveau bei, weil vielfältige, die Grundbedürfnisse übersteigende Aktivitäten nicht mehr finanzierbar sind.
3. *Nichtakzeptanzthese*: Als Folge der Ausgrenzungs-, aber auch der Anspruchsniveauthese wird gemäß unserer entsprechenden (Nichtakzeptanz-)These die reale Arbeitsmarktpolitik von den Arbeitslosen bzw. von anderen Arbeitsmarktrandgruppen mit vergleichsweise hoher Arbeitsplatzunsicherheit vermutlich überwiegend, aber zumindest in Teilen als nicht zielführend und als individuell belastend empfunden.

Während wir den beiden erstgenannten Thesen primär im Rahmen unserer quantitativen Analysen nachgehen, ist für die dritte These das qualitative Modul unserer Studie konzipiert worden.

3. Objektive Lebenssituation

Für die individuellen Lebensverhältnisse sind objektive Indikatoren und hier insbesondere Einkommens- und Vermögensressourcen, aber auch die Konsumausgaben sowie die Beschäftigungslage wesentlich. In Kapitel drei wird daher auf die Wohlstandsindikatoren Einkommen und Vermögen (inklusive von Armuts- und Reichtumsbetrachtungen) sowie Privater Verbrauch in der Gegenüberstellung von Haushalten mit arbeitslosen Haushaltsmitgliedern versus der Gesamtbevölkerung eingegangen.²⁹

3.1 Einkommens- und Vermögenslage

Auf Basis der EVS 2003 sind in beiden deutschen Landesteilen sowohl die Einkommens- als auch die Vermögensbruchteile der Arbeitslosen gegenüber der jeweiligen Gesamtpopulation im Vergleich zu den Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1993 und 1998 (siehe hierzu die Anhang-Abbildungen A.1 und A.2) gesunken. Insbesondere trifft dies auf die betreffende

²⁹ Vgl. in diesem Kontext auch beispielhaft die Studien von Becker/Hauser 2003 oder von Hauser/Faik/Glatzer 2000.

Vermögensrelation zu, welche im Jahre 2003 bei nur noch knapp 56 % in Westdeutschland bzw. knapp 59 % in Ostdeutschland lag (siehe Abbildung 1).

Während das ostdeutsche Durchschnittseinkommen im Jahre 2003 etwa 85 % des westdeutschen Durchschnittswertes ausmachte, betrug im selben Jahr der betreffende Prozentwert beim Vermögen ca. 48 %. Dies weist auf Aufholeffekte Ostdeutschlands bei den Wohlstandsgrößen Einkommen und Vermögen gegenüber Westdeutschland hin, da 1993 und 1998 beim Einkommen lediglich ein Wert zwischen 70 und 75 % sowie beim Vermögen ein solcher in Höhe von ca. einem Drittel festgehalten wurde (siehe hierzu Abbildung 1 für 2003 sowie für 1993 und 1998 die Abbildungen A.1 und A.2).

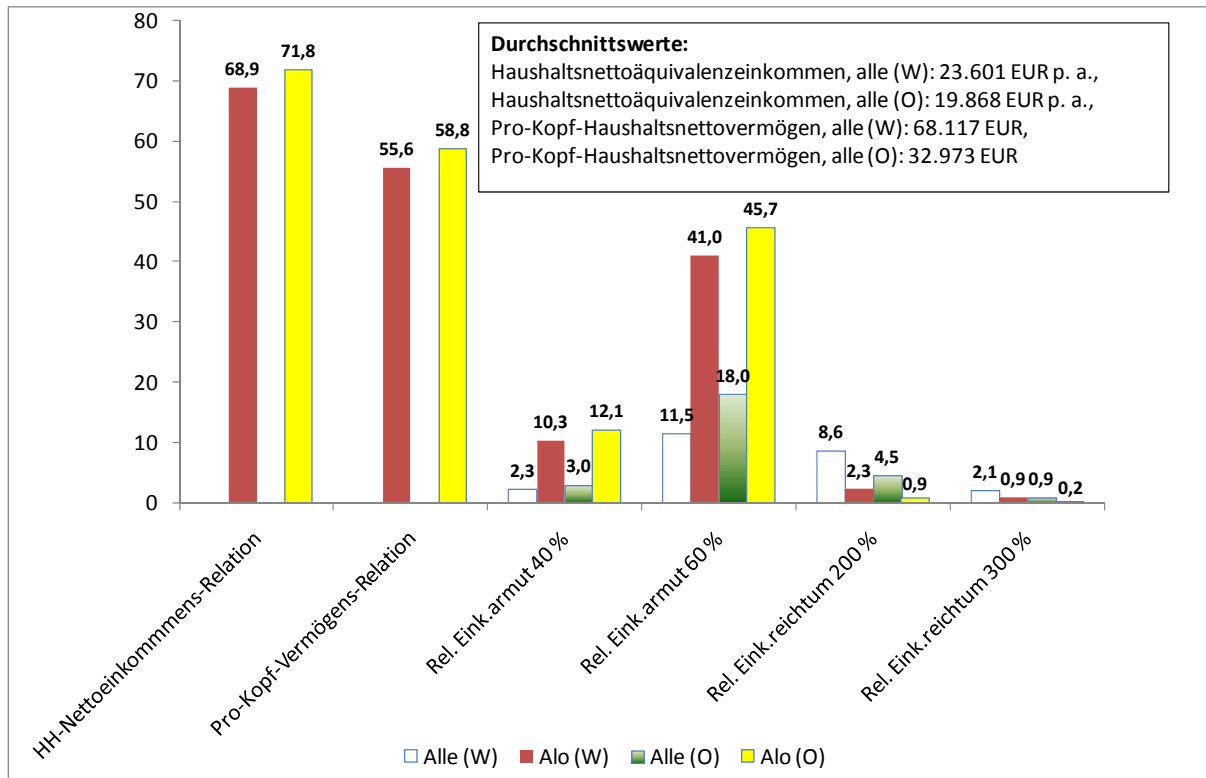
Das Durchschnittsäquivalenzeinkommen – also jener durchschnittliche Wert, der aus den Gesamteinkommen eines Haushalts unter Berücksichtigung der Anzahl und des Alters der von diesem Einkommen lebenden Personen resultiert – der ostdeutschen Arbeitslosen entsprach in den Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1993-2003 etwa 80-88 % des Durchschnittseinkommens der westdeutschen Arbeitslosen. Beim (Pro-Kopf-)Vermögen ergaben sich für die ostdeutschen Arbeitslosen Prozentwerte zwischen ca. 38 % und ca. 51 % des Durchschnittsvermögens der westdeutschen Arbeitslosen.³⁰

Im Hinblick auf die relative Einkommensarmut resultierten – sowohl an der 40- als auch an der 60-Prozent-Schwelle – in beiden deutschen Landesteilen deutlich höhere Armuts(risiko)werte für die Gruppe der Arbeitslosen im Vergleich zur jeweiligen Gesamtpopulation. Im Jahre 2003 waren – gemessen an der 60-Prozent-Schwelle – ca. 40 % der westdeutschen und sogar gut 45 % der ostdeutschen Arbeitslosen von (relativer) Einkommensarmut bedroht (bzw. als arm zu bezeichnen). Das Bedrohungspotenzial von Armut ist also für die Gruppe der Arbeitslosen nicht unerheblich. Bezüglich des relativen Einkommensreichtums waren die Reichtumsquoten der Arbeitslosen – sowohl oberhalb der 200- als auch oberhalb der 300-Prozent-Grenze – markant niedriger als jene der jeweiligen Gesamtpopulation in West- und Ostdeutschland (siehe Abbildung 1 sowie für 1993 und 1998 im Anhang die Abbildungen A.1 und A.2).

Im Zeitverlauf deuten die verwendeten Wohlstandsindikatoren seit Ende des vergangenen Jahrtausends von der Tendenz her eine relative Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Gruppe der Arbeitslosen in West- und Ostdeutschland an. Grundsätzlich weisen alle genannten Wohlstandsindikatoren auf eine niedrigere Wohlstandssituation der Arbeitslosen in beiden deutschen Landesteilen im Vergleich zur jeweiligen Gesamtbevölkerung hin.

³⁰ Diese EVS-Befunde (für das Äquivalenzeinkommen) werden vom Grundsatz her auch auf SOEP-Basis bestätigt (siehe hierzu die Anhang-Abbildungen A.3 und A.4, wobei es sich insofern um eine approximative Herangehensweise handelt, als die reinen SOEP-Querschnitte lediglich das Haushaltseinkommen des Vorjahres enthalten). Überdies zeigte sich auf SOEP-Grundlage und mittels des normierten Variationskoeffizienten – d. h. mittels des durch Zwei dividierten Verhältnisses der Varianz zum quadrierten arithmetischen Mittelwert (vgl. etwa Faik 1995, S. 301 und S. 327) –, dass die gemessene Einkommensungleichheit a) in Ostdeutschland typischerweise niedriger als in Westdeutschland, b) bei den ostdeutschen Arbeitslosen in der (aller-)jüngsten Vergangenheit größer als bei allen Personen Ostdeutschlands und c) auch bei den westdeutschen Arbeitslosen zumindest in den letzten Jahren etwas größer als bei allen Personen Westdeutschlands war (siehe Abbildung A.5 im Anhang). Bezüglich der – erneut via normiertem Variationskoeffizienten gemessenen – Ungleichheit des Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögens (in den Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1993 bis 2003) offenbarte sich im Übrigen, dass die korrespondierende Ungleichheit in Ostdeutschland (deutlich) niedriger als in Westdeutschland war (siehe Abbildung A.6 im Anhang). Im Hinblick auf das Verhältnis von Arbeitslosen zur jeweiligen Gesamtbevölkerung ist das Bild uneinheitlicher: Am aktuellen Rand (2003) ist die Vermögensungleichheit in der Gesamtbevölkerung West- wie Ostdeutschlands größer als in der Gruppe der west- bzw. ostdeutschen Arbeitslosen, nachdem dies zuvor zum Teil anders war. Insgesamt sind aber die Vermögens-Ungleichheitsunterschiede zwischen der jeweiligen Gesamtbevölkerung und den Arbeitslosen zumindest nicht dramatisch groß.

Abbildung 1: Wohlstandsindikatoren in West- und Ostdeutschland 2003 (in %)

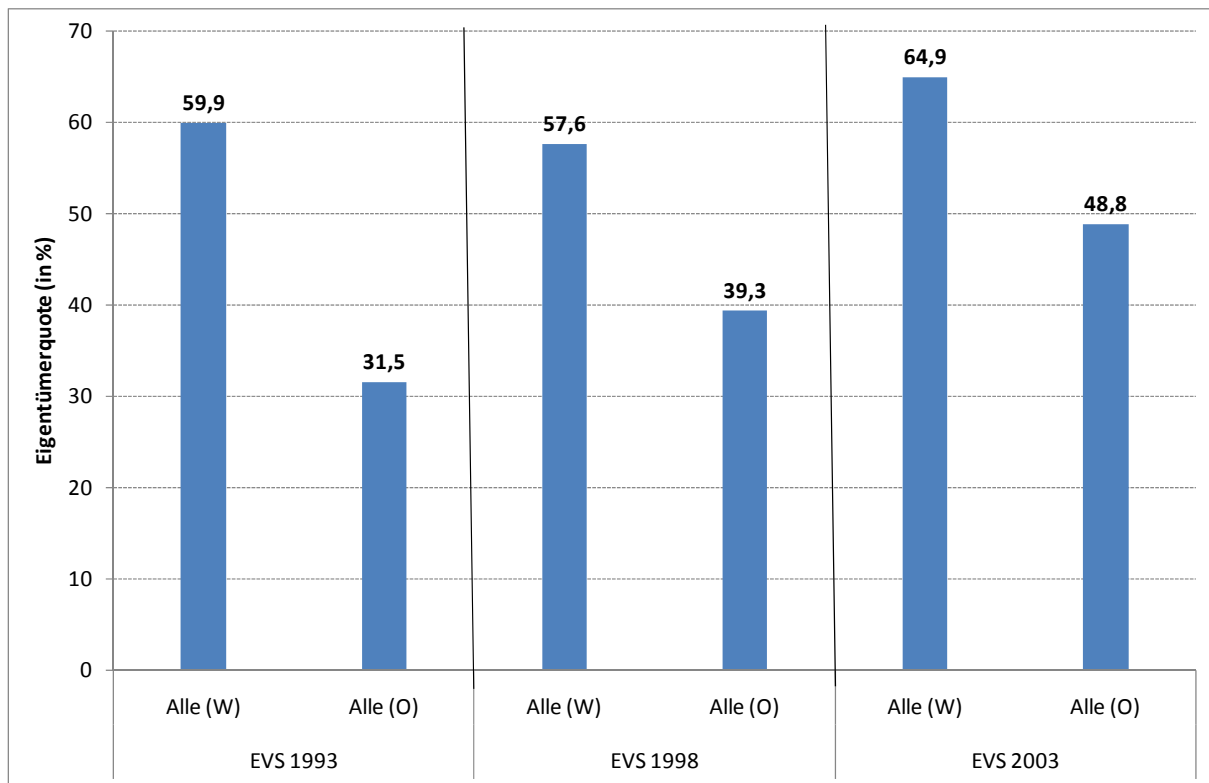


Quelle: Eigene EVS-Berechnungen

Auch der Bezug auf die Eigentümerquoten (an Haus- und Grundvermögen) in Abbildung 2 zeigt die niedrigere Wohlstandslage der Arbeitslosenhaushalte in beiden deutschen Landesteilen im Vergleich zur jeweiligen Gesamtpopulation an.³¹ Während hierbei allerdings die Eigentümerquoten der ostdeutschen Arbeitslosen über den betrachteten Zeitraum hinweg um ca. 15 Prozentpunkte gestiegen sind, hat sich die Eigentümerquote der westdeutschen Arbeitslosen kaum verändert und beträgt auch aktuell (2003) ca. 40 %. Da sich auch die Eigentümerquote aller Ostdeutschen erhöht hat, ist inzwischen (2003) die Eigentümerquote aller Ostdeutschen höher als jene der westdeutschen Arbeitslosen, was noch 1993 und 1998 nicht der Fall gewesen ist.

³¹ Vgl. in diesem Kontext auch die Wohneigentums-Betrachtungen in Habich/Noll 2008, S. 175.

Abbildung 2: Eigentümerquoten in West- und Ostdeutschland 1993-2003 (in %)



Quelle: Eigene EVS-Berechnungen

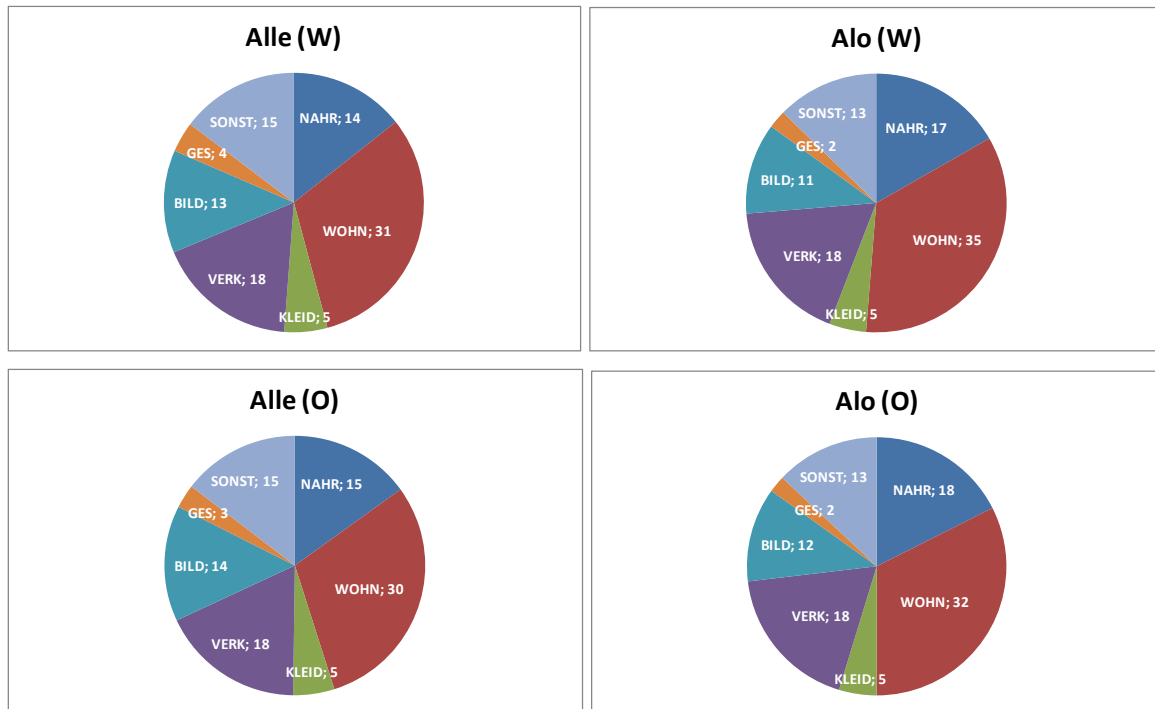
3.2 Private Konsumausgaben

3.2.1 Ausgabenstruktur

Wie nach dem so genannten Engel-Schwabe'schen „Gesetz“³² zu erwarten war, wiesen die Arbeitslosen in West- und Ostdeutschland – als Reflex ihrer schwächeren Wohlstandslage – im Jahre 2003 mit 52 % versus 45 % im Westen bzw. 50 % versus 45 % im Osten höhere relative Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel zuzüglich Wohnkosten (jeweils auf den gesamten Privaten Verbrauch bezogen) auf im Vergleich zur jeweiligen Gesamtbevölkerung (siehe Abbildung 3). Dies wurde auch für die Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1993 und 1998 bestätigt (siehe im Anhang die Abbildungen A.7 und A.8).

³² Das Engel-Schwabe'sche „Gesetz“ behauptet einen negativen statistischen Zusammenhang zwischen individuellem Wohlstand und dem Budgetanteil für Nahrungs-/Genussmittelausgaben und Wohnkosten.

Abbildung 3: Ausgabenanteile am Privaten Verbrauch in West- und Ostdeutschland 2003 (in %)



NAHR = Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel, WOHN = Wohnkosten, KLEID = Ausgaben für Bekleidung und Schuhe, VERK = Ausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung, BILD = Ausgaben für Bildung und Unterhaltung, GES = Ausgaben für Gesundheitspflege, SONST = sonstige Ausgaben des Privaten Verbrauchs

Quelle: Eigene EVS-Berechnungen

In Bezug auf die Kategorie der Wohnkosten wurde in der EVS 1993 (bislang einmalig in der EVS-Historie) gefragt, inwieweit es bei den Miet-, Strom-, Gas- und Wasserzahlungen zu Verzögerungen käme. Häufige Zahlungsverzögerungen können als Indikator für eine schwierige Liquiditätslage der Betroffenen gewertet werden.

Es zeigte sich, dass jeweils ca. 94 % der Gesamtpopulation in West- und Ostdeutschland nach eigener Auskunft nie Verzögerungen bei den Miet-, Strom-, Gas- und Wasserzahlungen aufwiesen. In der Gruppe der Arbeitslosen waren dies in Ostdeutschland ca. 88 % und in Westdeutschland gar nur etwa 79 % (siehe im Anhang Abbildung A.9). Diese niedrigeren Anteilswerte sind Ausdruck einer schlechteren Liquidität und damit auch einer schlechteren Wohlstandslage der Arbeitslosenhaushalte im Vergleich zur jeweiligen Gesamtpopulation.

3.2.2 Gebrauchsgüterausstattung

Die der – auf Basis der EVS 1993-2003 ermittelten – Gebrauchsgüterausstattung zugrunde liegenden Indikatoren stellen die personendurchschnittlichen Ausstattungswerte an langlebigen Gebrauchsgütern in der Gesamtbevölkerung bzw. in der Gruppe der Arbeitslosen dar (im Anhang in den Tabellen A.1 und A.2).³³ Es zeigen sich auf dieser methodischen Grund-

³³ Methodisch besehen, sind die Haushaltsausstattungsdurchschnitte durch die gruppenspezifischen durchschnittlichen Haushaltsgrößen dividiert worden. Streng genommen hätten auch noch güterspezifische Economies of scale und altersabhängige Bedarfsunterschiede berücksichtigt werden müssen, was aber mangels entsprechender Informationen nicht möglich war. Die durchschnittlichen Haushaltsgrößen betragen: 1993: Alle (West): 2,98 Personen, Arbeitslose (West): 2,54 Personen, Alle (Ost):

lage im Großen und Ganzen keine wesentlichen Unterschiede zwischen allen Personen und den Arbeitslosen, und zwar in beiden deutschen Landesteilen.

Folgende nicht unbedingt erwartete Ergebnisse springen indes bei Betrachtung von Anhang-Tabelle A.2 ins Auge: So waren die ostdeutschen Arbeitslosen von der reinen Güteranzahl her bei den Motorrädern (i. w. S.) 1993 besser als ihre westdeutsche Vergleichsgruppe ausgestattet, bei den Pkws hingegen deutlich unterausgestattet. Im Zeitablauf hat sich dieses umgekehrt: Nunmehr (2003) sind die ostdeutschen Arbeitslosen bei den Pkws besser und bei den Motorrädern (i. w. S.) schlechter als die westdeutschen Arbeitslosen ausgestattet. Eventuell hat bei den ostdeutschen Arbeitslosen eine Gütersubstitution von Motorrädern hin zu Pkws stattgefunden.

Bei der Gütergruppe der Fernsehgeräte fällt auf, dass die westdeutschen Arbeitslosen von der auf die jeweilige Haushaltsgröße normierten durchschnittlichen Geräteanzahl her besser ausgestattet als die westdeutsche Gesamtpopulation sind. Ähnliches gilt inzwischen (2003) auch bei Heim- und Personalcomputern und bei der Anzahl der Telefone.

Bei derartigen Vergleichen ist aber insbesondere zu beachten, dass sie sich auf die reine Güteranzahl und nicht auf die Güterqualität beziehen.

3.3 Ein erstes Zwischenfazit

Die empirische Betrachtung der objektiven Wohlstandsindikatoren Einkommen, Vermögen und Privater Verbrauch hat für die beiden bundesdeutschen Landesteile sehr deutlich die schlechtere Wohlstandsposition der Arbeitslosen im Vergleich zur jeweiligen Gesamtbevölkerung zum Ausdruck gebracht (mit der allerdings problematischen, weil ausschließlich mengenbezogenen Ausnahme der Gebrauchsgüterausstattungen). Arbeitslose haben ein markant höheres Armutsrisiko und sind im oberen Einkommensverteilungsabschnitt deutlich unterrepräsentiert. Ihre Vermögensausstattung ist – bezogen auf Geld- und Haus-/Grundvermögen – wesentlich schlechter als die der Gesamtbevölkerung, und ihre Budgetaufteilung auf die Ausgabenkategorien des Privaten Verbrauchs zeigt vergleichsweise hohe Anteilswerte für die Nahrungs-/Genussmittelausgaben und die Wohnkosten, was als Bestätigung für das oben erwähnte Engel-Schwabe'sche „Gesetz“ angesehen werden kann, da das genannte „Gesetz“ bekanntlich eine negative Korrelation zwischen Einkommensniveau sowie Nahrungs-/Genussmittelausgaben- und Wohnkostenanteil postuliert.

4. Subjektive Lebenslage

Einstellungen sind interessengeleitete bzw. wertorientierte Wahrnehmungs- und Deutungsmuster.³⁴ Sie können auch „als eine Bewertung von Menschen, Objekten oder Ideen“³⁵ definiert werden. Dahinter verbergen sich Haltungen zu und Beurteilungen von Sachverhalten und Gegenständen, die einen inneren Begründungszusammenhang aufweisen und über einen längeren Zeitraum hinaus subjektive Gültigkeit haben.³⁶ In der neueren sozialpsychologischen Forschung wird auch auf den Zusammenhang zwischen kognitiven und affektiven Einstellungsmustern und daraus resultierenden Verhaltensdimensionen hingewiesen.³⁷ Die-

2,86 Personen, Arbeitslose (Ost): 2,80 Personen; 1998: Alle (West): 2,85 Personen, Arbeitslose (West): 2,32 Personen, Alle (Ost): 2,72 Personen, Arbeitslose (Ost): 2,52 Personen; 2003: Alle (West): 2,82 Personen, Arbeitslose (West): 2,24 Personen, Alle (Ost): 2,58 Personen, Arbeitslose (Ost): 2,43 Personen. Erkennbarweise lebten also Arbeitslose im Durchschnitt in kleineren Haushalten, als dies für die jeweilige Gesamtpopulation typisch war.

³⁴ Vgl. Roller 1992, S. 48.

³⁵ Aronson/Wilson/Akert 2004, S. 230.

³⁶ Vgl. Hartmann/Waskenhut 1995, S. 13.

³⁷ Vgl. Aronson/Wilson/Akert 2004, S. 231.

se Aspekte sind insbesondere für eine handlungsorientierte Arbeitsmarktforschung relevant. In diesem Sinne werden im Folgenden Zufriedenheiten, Konfliktwahrnehmungen und Beurteilungen bezüglich gesellschaftlicher Standards erkundet. Dabei bezieht sich der Ausweis der Zufriedenheitswerte üblicherweise auf eine Elfer-Skala von 0 („sehr unzufrieden“) bis 10 („sehr zufrieden“); den Konfliktwahrnehmungen liegt eine Vierer-Skala von 1 („gar kein Konflikt“) bis 4 („sehr starker Konflikt“) zugrunde.³⁸

4.1 Zufriedenheiten³⁹

In Zufriedenheiten mit bestimmten Lebensbereichen spiegeln sich nicht nur die objektive Lebenslage, sondern auch die individuellen Ansprüche und Erwartungen.⁴⁰ Mit dem Konzept der Lebenszufriedenheit kann das subjektive Wohlbefinden der Bevölkerung anhand von positiven Komponenten (wie z. B. Glück) und negativen Elementen (z. B. Besorgnis oder Anomie-Symptome) gemessen werden.⁴¹ Dabei geht es im Wesentlichen sowohl um die Einschätzungen über verschiedene Lebensbereiche als auch um bilanzierende Gesamturteile.⁴² Ersteres stellt die Zufriedenheit mit Teilaspekten des Lebens wie Gesundheit, soziale Sicherheit, Arbeit in den Vordergrund, Letzteres bezieht sich auf umfassende Bewertungen wie die Zufriedenheit mit dem Leben, generelle Ängste und emotionale Dispositionen. Generell bringen durchschnittliche Lebenszufriedenheiten bzw. Zufriedenheitswerte in bestimmten Lebensbereichen das subjektive Wohlbefinden zum Ausdruck und können als Alternative zum traditionellen Entscheidungsnutzenkonzept der Mikroökonomik angesehen werden.⁴³ Über solche Bewertungen hinaus gibt die subjektive Schichteinschätzung Auskunft über die individuelle soziale Verortung und die Bewertung von Mobilitätsentwicklungen.

Mit Zufriedenheitsbewertungen u. ä. können entsprechend sowohl Wohlfahrtsentwicklungen als auch der soziale Wandel – autark oder in Kombination mit objektiven Wohlstandsindikatoren – nachgezeichnet werden.⁴⁴ Hierbei sind zur Erklärung der individuellen Zufriedenheit zwei konkurrierende Theoriegruppen zu nennen: Zum einen die individualistisch ausgerichteten „Trait-Theorien“, denen zufolge Zufriedenheitsunterschiede in erster Linie das Resultat unterschiedlicher Verteilungen von Persönlichkeitstypen sind, und zum anderen die „State-Ansätze“, die eher gesellschaftliche Bestimmungsfaktoren priorisieren und insofern gesellschaftlich bzw. sozialstrukturell aufgebaut sind.⁴⁵

Die gemessenen Zufriedenheiten sind mindestens in zweifacher Hinsicht relativ: Zum einen gilt dies in Bezug auf die Personengruppe, mit der sich der Proband vergleicht (d. h. in Bezug auf die Referenzgruppe), und zum anderen ist das individuelle Anspruchsniveau als „Messlatte“ in Betracht zu ziehen (wobei sich gewisse Adaptionsprozesse etwa an einen gestiegenen Wohlstand in Richtung einer Erhöhung des individuellen Anspruchsniveaus vollziehen können⁴⁶).⁴⁷

Problematisch an der Messung von Lebenszufriedenheit bzw. auch von anderen Zufriedenheiten ist, dass die augenblickliche Stimmungslage die gemessene Zufriedenheit stark beeinflussen kann. Des Weiteren können opportune Aussagen im Zusammenhang mit der Abfrage der jeweiligen Zufriedenheit die Ergebnisse verzerren. Auch ist – im Kontext internatio-

³⁸ Die zum Teil vorgefundene Skalierung von 1 = sehr starker Konflikt bis 4 = gar kein Konflikt wurde in 1 = gar kein Konflikt bis 4 = sehr starker Konflikt umcodiert, da es assoziativ eingängiger sein dürfte, eine zunehmende Konfliktstärke mit einem höheren Skalenwert zu verbinden.

³⁹ Vgl. auch die SOEP-basierten Zufriedenheitsbetrachtungen für Ost- und Westdeutschland seit der deutschen Einigung in Christoph 2008b.

⁴⁰ Vgl. Christoph 2008b, S. 403.

⁴¹ Vgl. Glatzer 1985, S. 361.

⁴² Vgl. Bulmahn 2002, S. 38.

⁴³ Vgl. Berlemann/Kemmesies 2004, S. 3.

⁴⁴ Vgl. Weller/Acisu 1996, S. 10.

⁴⁵ Vgl. hierzu die ausführlichen Erörterungen in Weller/Acisu 1996, S. 15-24.

⁴⁶ Vgl. hierzu etwa Wunder 2009.

⁴⁷ Vgl. Frey/Stutzer 2002, S. 78-90.

naler, gegebenenfalls aber auch bereits bei überregionalen Vergleichen – eine kulturelle Determiniertheit der gemessenen Zufriedenheitswerte nicht auszuschließen.⁴⁸

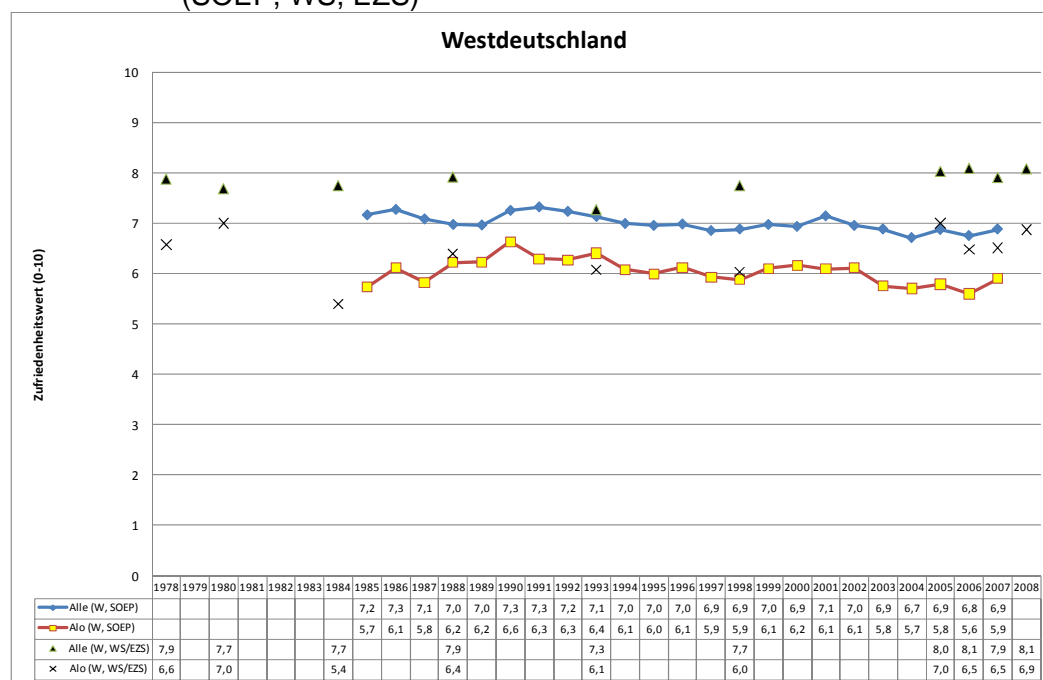
Im Folgenden unterscheiden wir drei verschiedene Zufriedenheitsarten: Erstens werden wir auf die Lebenszufriedenheit insgesamt eingehen, welche die umfassendste Zufriedenheitskategorie darstellt und als „Bilanzmaß des subjektiven Wohlbefindens“⁴⁹ angesehen werden kann. Zweitens werden wir die Zufriedenheit mit materieller Wohlfahrt, also mit Wohlstand, thematisieren, und drittens werden wir die Zufriedenheit mit immateriellen Wohlfahrtskomponenten erörtern. Analog zu den objektiven Wohlstandsbetrachtungen in Kapitel drei werden wir nachfolgend die Gruppe der Arbeitslosen der jeweiligen Gesamtbevölkerung gegenüberstellen.

4.1.1 Lebenszufriedenheit insgesamt

4.1.1.1 Aktuelle Lebenszufriedenheit⁵⁰

In beiden Teilen Deutschlands lag auf SOEP- bzw. WS/EZS-Basis (SOEP = Sozioökonomisches Panel, WS = Wohlfahrtssurvey, EZS = Projekt „Einstellungen zum Sozialstaat“ bzw. „Sozialstaatssurvey“) die mittlere Lebenszufriedenheit bei den Arbeitslosen unter der mittleren Lebenszufriedenheit aller Personen. Über den betrachteten Zeitraum von 1978 bis 2008 hinweg war die durchschnittliche Lebenszufriedenheit bei den Arbeitslosen in der Regel um einen bis eineinhalb Punkte niedriger als die durchschnittliche Lebenszufriedenheit aller Personen (unabhängig vom Gebietsstand). Im Jahre 2008 beispielsweise ergab sich in Westdeutschland ein entsprechender Abstand von ca. einem Punkt und in Ostdeutschland ein solcher von ca. eineinhalb Punkten (siehe Abbildung 4).⁵¹

Abbildung 4: Mittlere Lebenszufriedenheit in West- und Ostdeutschland 1978-2008 (SOEP, WS, EZS)

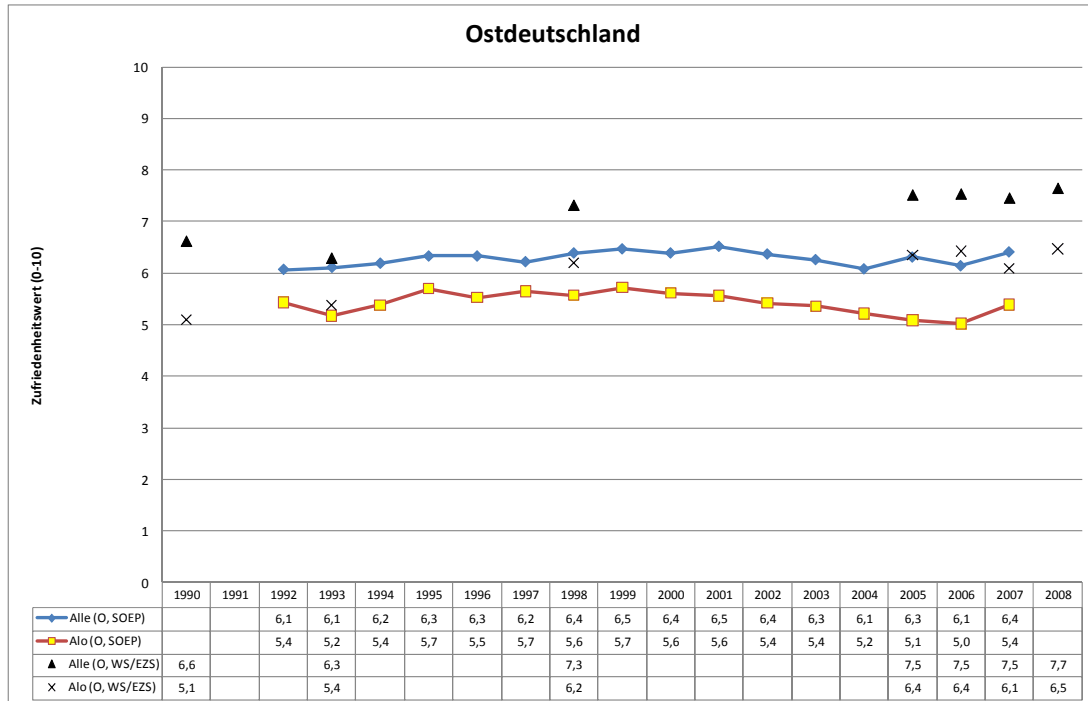


⁴⁸ Vgl. Brandstätter 1998, S. 23.

⁴⁹ Weller/Acisu 1996, S. 11.

⁵⁰ Zu entsprechender Forschung auf SOEP-Basis vgl. auch Schyns 2002, Fujita/Diener 2005 oder Easterlin/Plagnol 2008 (bzw. Easterlin/Zimmermann 2006).

⁵¹ Mit einem Zeitverwendungs-Modell haben Knabe/Rätz/Schöb/Weimann 2009 empirisch dargelegt, dass zwar die Lebenszufriedenheit von Arbeitslosen grundlegend unterhalb derjenigen der Beschäftigten liegt, dass aber die zusätzliche „Freizeit“ der Arbeitslosen zum Teil kompensierend wirkt.



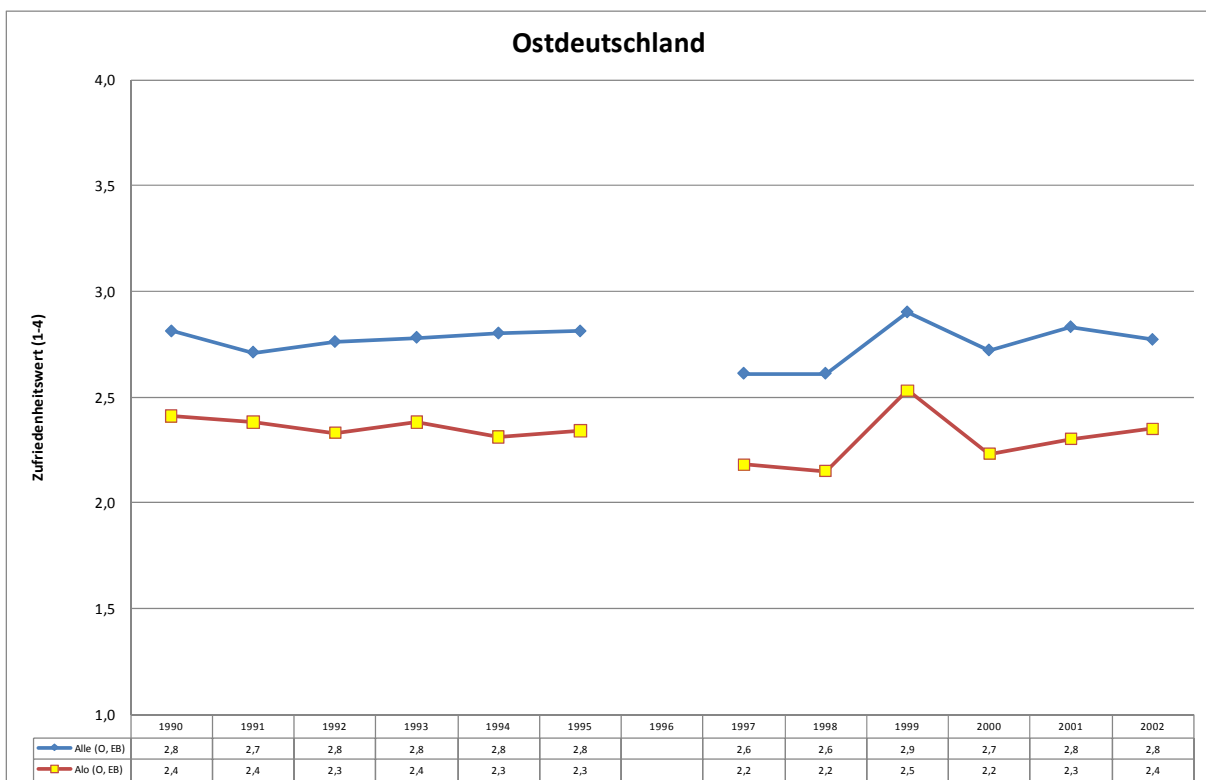
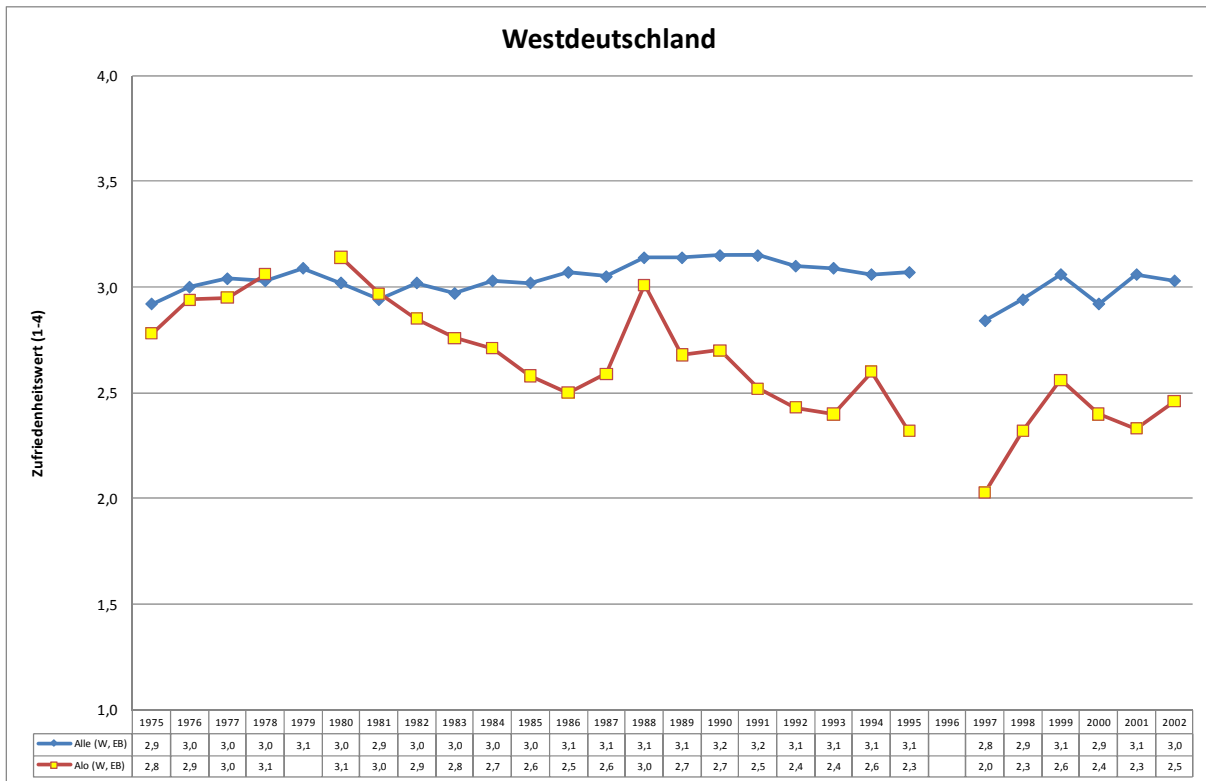
Quelle: Eigene SOEP-, WS- und EZS-Berechnungen

Die Ergebnisse der Abbildung 4 werden auch auf der Datengrundlage des Eurobarometers bestätigt.⁵² Auch auf EB-Basis zeigt sich nämlich, dass die mittlere Lebenszufriedenheit von Arbeitslosen in beiden Teilen Deutschlands geringer als diejenige der jeweiligen Gesamtpopulation und die durchschnittliche Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland geringer als jene in Westdeutschland ist (siehe Abbildung 5).⁵³

⁵² Zu einer ähnlichen EB-basierten Betrachtungsweise vgl. auch Berlemann/Kemmesies 2004 und Weller/Acisu 1996, insbesondere S. 10-11.

⁵³ Da in der genutzten EB-Datenbasis die Zufriedenheitswerte etwas unüblich mit 1 = sehr zufrieden bis 4 = sehr unzufrieden skaliert waren, wurden diese mittels der Formel $j = 1 + (4 - i) = 5 - i$ recodiert (mit j = „neuer“ Zufriedenheitswert, i = „alter“ Zufriedenheitswert), so dass sich eine Skalierung von 1 = sehr unzufrieden bis 4 = sehr zufrieden ergab.

Abbildung 5: Mittlere Lebenszufriedenheit in West- und Ostdeutschland 1975-2002 (EB)

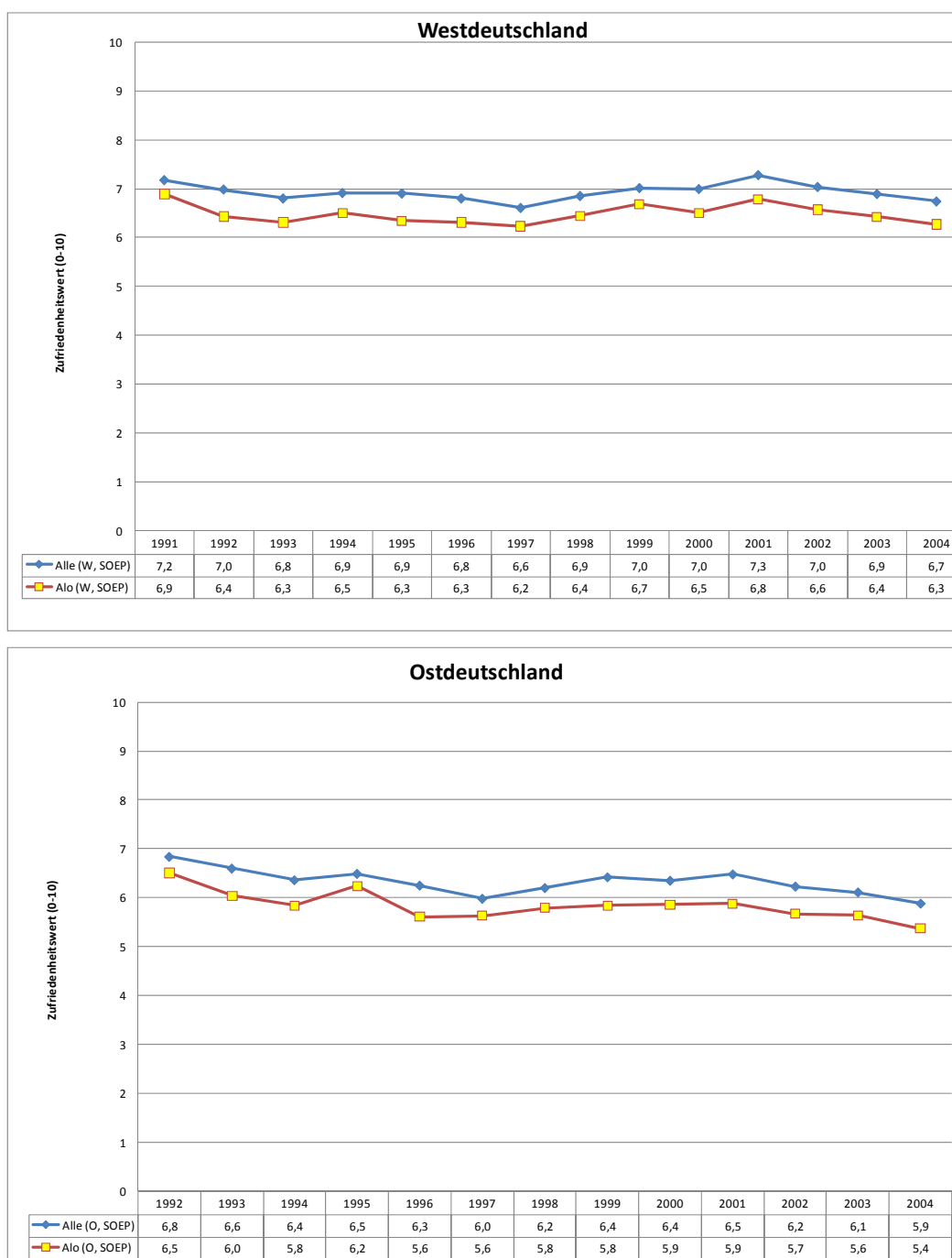


Quelle: Eigene EB-Berechnungen

4.1.1.2 Zufriedenheit mit dem Leben in fünf Jahren

Die Werte für die mittlere Zufriedenheit mit dem Leben in fünf Jahren oszillierten für die Gesamtpopulation in Westdeutschland um die Sieben-Punkte-Marke; in Ostdeutschland schwankten sie zwischen sechs und sieben Punkten. Für die Arbeitslosen waren die entsprechenden mittleren Zufriedenheitswerte im Vergleich zu den Gesamtpopulationen beider deutscher Landesteile durchgängig niedriger (in Westdeutschland üblicherweise mit etwas über sechs, in Ostdeutschland in der Regel mit knapp unter sechs Punkten; siehe Abbildung 6). Die schlechtere materielle Lage der Arbeitslosen (siehe Kapitel drei) prägt also offenkundig u. a. auch deren Zukunftsaussichten in Richtung weniger hoffnungreicher (Aufstiegs-) Erwartungen im Vergleich zur jeweiligen Gesamtbevölkerung.

Abbildung 6: Mittlere Zufriedenheit mit dem Leben in fünf Jahren in West- und Ostdeutschland 1991 bis 2004



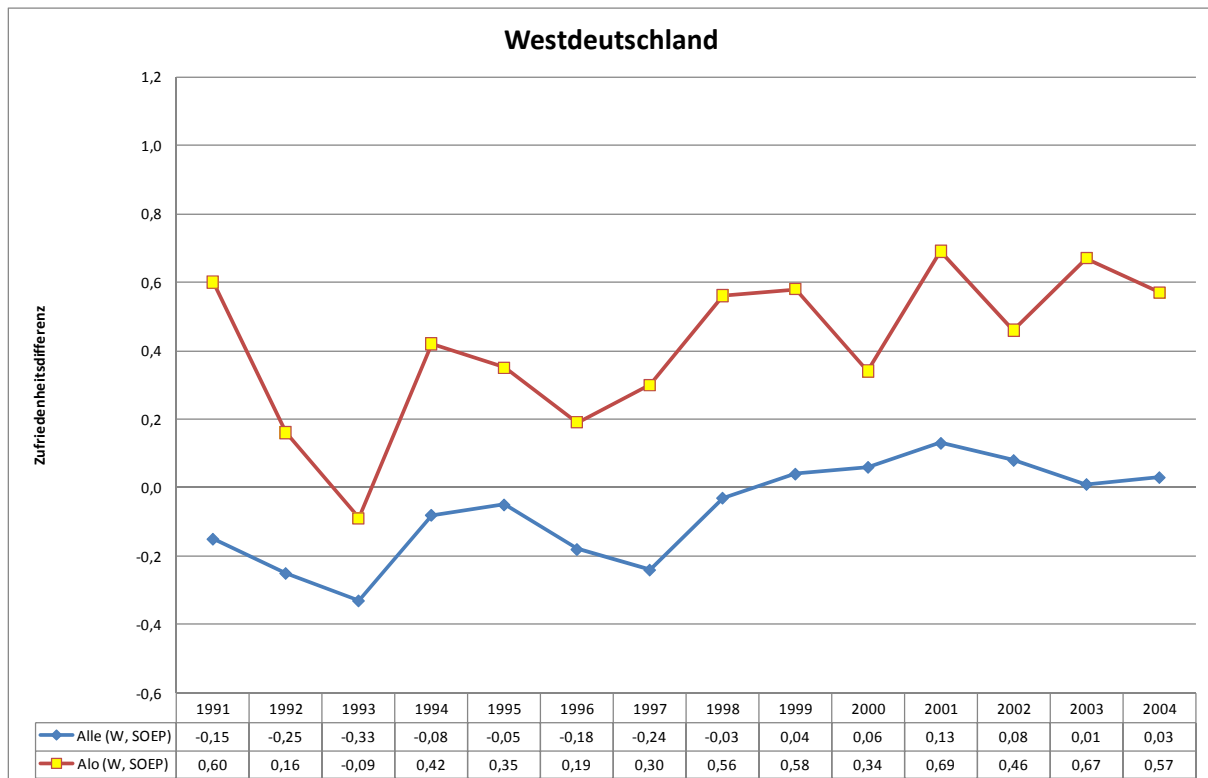
Quelle: Eigene SOEP-Berechnungen

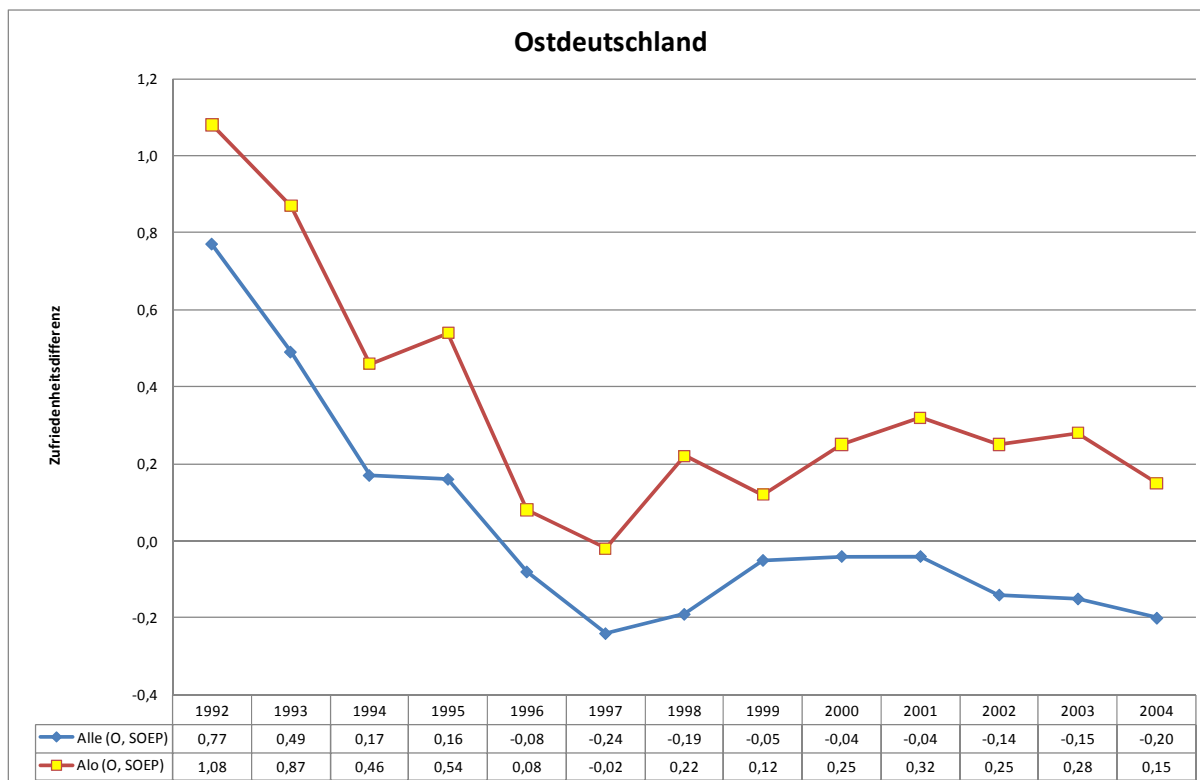
4.1.1.3 Aktuelle Lebenszufriedenheit versus Lebenszufriedenheit in fünf Jahren

Für die Untersuchungsgruppe der westdeutschen Gesamtbevölkerung ergaben sich – im Durchschnitt – bis 1998 durchgängig geringfügig negative Werte der Abweichung zwischen der jeweils aktuellen (durchschnittlichen) Lebenszufriedenheit und der (durchschnittlichen) Lebenszufriedenheit jeweils in fünf Jahren; ab 1999 zeigten sich indes durchweg (leicht) positive Abweichungswerte. Dies verweist darauf, dass – im Durchschnitt – bis 1998 positive und ab 1999 negative Zukunftserwartungen bezüglich der Veränderung der künftigen Lebenslage für alle Personen in Westdeutschland dominierten. In Ostdeutschland waren hingegen auf der Gesamtebene (und im Durchschnitt) bis 1995 positive Zufriedenheitsdifferenzen und ab 1996 negative Differenzen zu beobachten. Während demnach bis 1995 (im Durchschnitt) negative Zukunftserwartungen in Ostdeutschland existierten, kehrte sich dies ab 1996 genau um.

Bei den westdeutschen Arbeitslosen zeigten sich – mit Ausnahme des Jahres 1993 – durchgängig positive Abweichungen in einer Größenordnung zwischen etwa 0,2 Punkten und ca. 0,7 Punkten. Ausgehend von einer vergleichsweise geringen jeweiligen (durchschnittlichen) aktuellen Lebenszufriedenheit, waren die Zukunftserwartungen der westdeutschen Arbeitslosen demnach (im Durchschnitt) jeweils negativ. Dies kann durchaus so interpretiert werden, dass diese Personengruppe für die Zukunft weitere Verschlechterungen der eigenen Lebenslage erwartete, was gegebenenfalls als Indiz für die Bestätigung unserer in Kapitel 2.3 genannten Anspruchsniveauthese gewertet werden könnte. Analoges galt für die ostdeutschen Arbeitslosen (mit Ausnahme der SOEP-Welle 1997).

Abbildung 7: Aktuelle mittlere Lebenszufriedenheit abzüglich mittlerer Lebenszufriedenheit in fünf Jahren in West- und Ostdeutschland 1991 bis 2004





Quelle: Eigene SOEP-Berechnungen

4.1.2 Zufriedenheit mit materieller Wohlfahrt

4.1.2.1 Lebensstandardzufriedenheit

Es zeigen sich – vergleicht man Abbildung 8 mit Abbildung 4 – bei der Lebensstandardzufriedenheit gegenüber der allgemeinen Lebenszufriedenheit auf SOEP-Basis keine substantiellen Abweichungen.⁵⁴ Möglicherweise haben die Befragten nicht ausreichend zwischen der allgemeinen Lebenszufriedenheit einerseits und der Lebensstandardzufriedenheit andererseits differenzieren können.⁵⁵

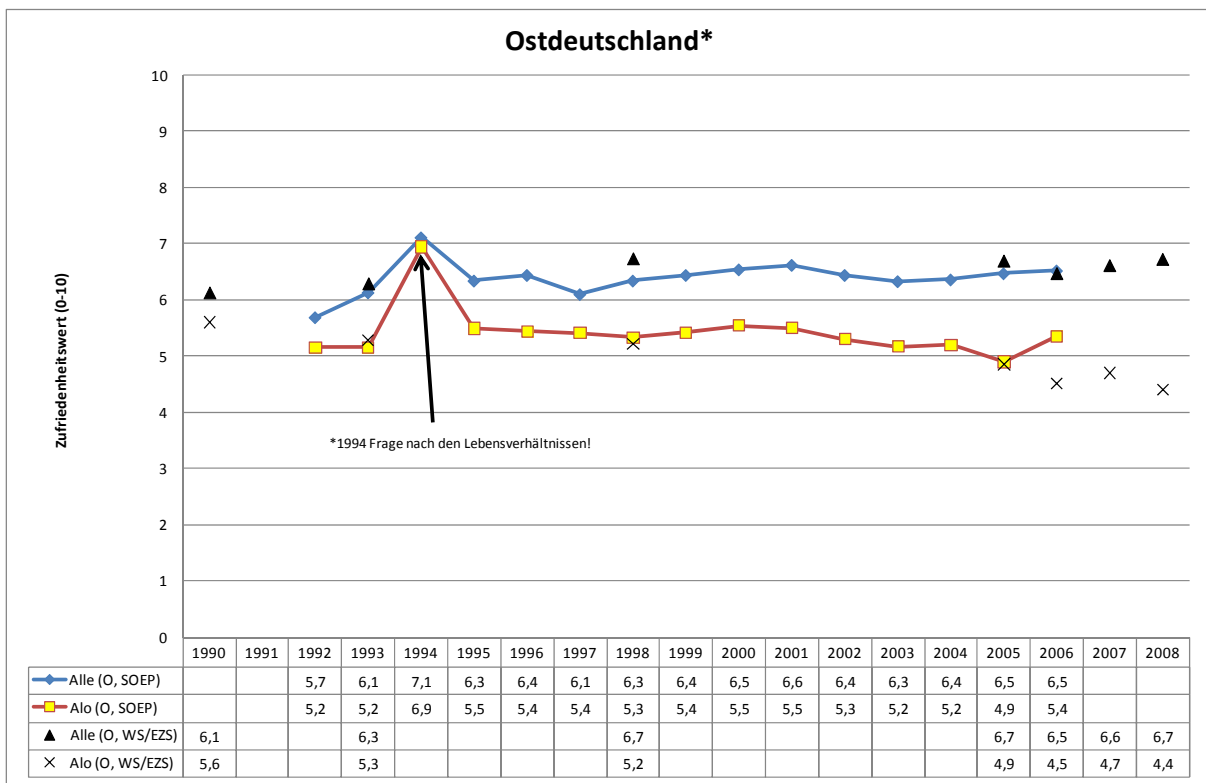
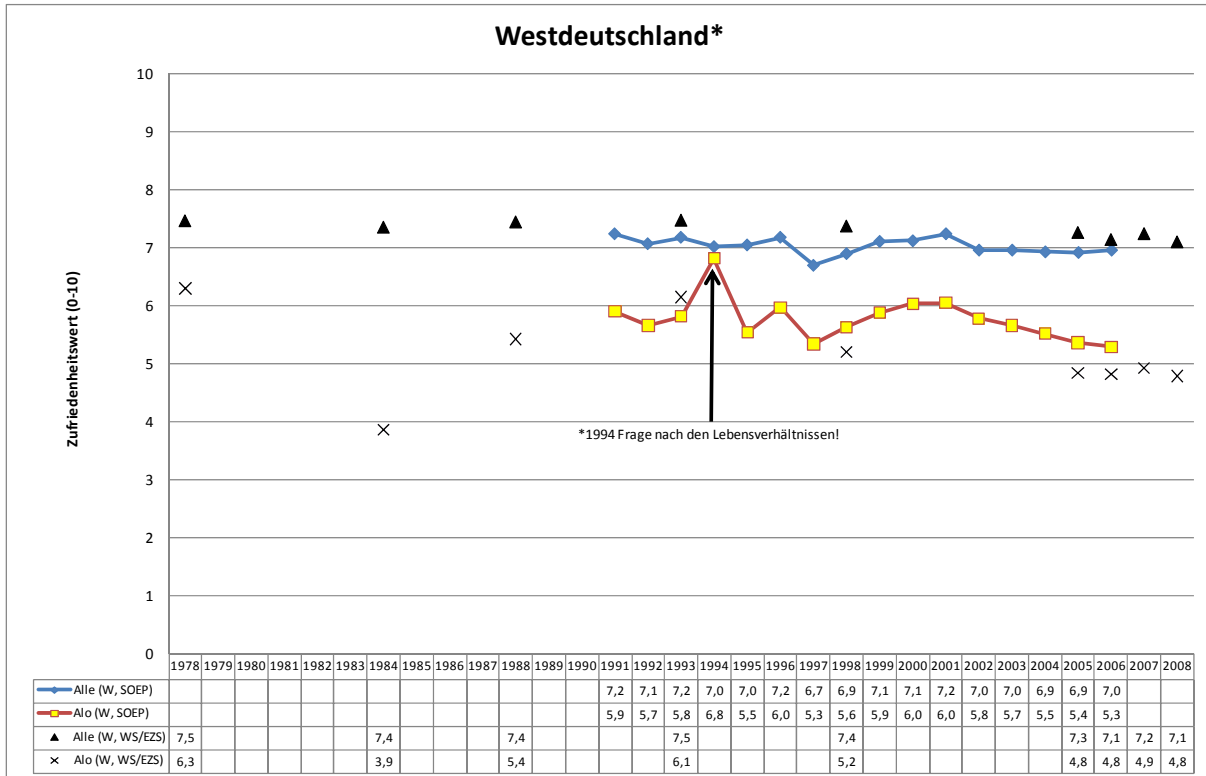
Auf WS-/EZS-Grundlage hingegen waren die Unterschiede zur allgemeinen Lebenszufriedenheit markanter, und zwar ergaben sich entsprechende Differenzen (zu Lasten der Lebensstandardzufriedenheit) auf der jeweiligen Gesamtebene in Höhe von etwa einem Punkt und bei den Arbeitslosen in West- und Ostdeutschland in Höhe von ca. zwei Punkten.⁵⁶

⁵⁴ Im Einzelnen ergeben sich – auf SOEP-Basis von 1991 bis 2006 in Gesamt- und Westdeutschland bzw. von 1992 bis 2006 in Ostdeutschland – folgende mittlere Abweichungen zwischen der durchschnittlichen allgemeinen Lebens- und der durchschnittlichen Lebensstandardzufriedenheit: Alle Personen, Deutschland: -0,07 Punkte, Arbeitslose, Deutschland: +0,16 Punkte, Alle Personen, Westdeutschland: -0,05 Punkte, Arbeitslose, Westdeutschland: +0,26 Punkte, Alle Personen, Ostdeutschland: -0,11 Punkte, Arbeitslose, Ostdeutschland: +0,01 Punkte (eigene SOEP-Berechnungen).

⁵⁵ Diese Vermutung hat im Übrigen möglicherweise dazu geführt, dass die Lebensstandardzufriedenheit seit 2007 nicht mehr im SOEP abgefragt wird.

⁵⁶ Auf der Datengrundlage der EVS 1993 ergibt sich im Übrigen eine Vergleichsmöglichkeit der Bewertung des aktuellen Lebensstandards gegenüber dem Vorjahr (1992). Ihr zufolge bewerteten gut 43 % der westdeutschen Arbeitslosen und immerhin ca. 36 % der ostdeutschen Arbeitslosen ihren aktuellen Lebensstandard im Jahre 1993 als schlechter im Vergleich zum Vorjahr (1992). Auf der Gesamtebene waren dies nur knapp 20 % in Westdeutschland bzw. 18 % in Ostdeutschland. Umgekehrt waren die Arbeitslosen hinsichtlich eines als verbessert empfundenen Lebensstandards unterre-

Abbildung 8: Mittlere Lebensstandardzufriedenheit in West- und Ostdeutschland 1978 bis 2008



Quelle: Eigene SOEP-, WS- und EZS-Berechnungen

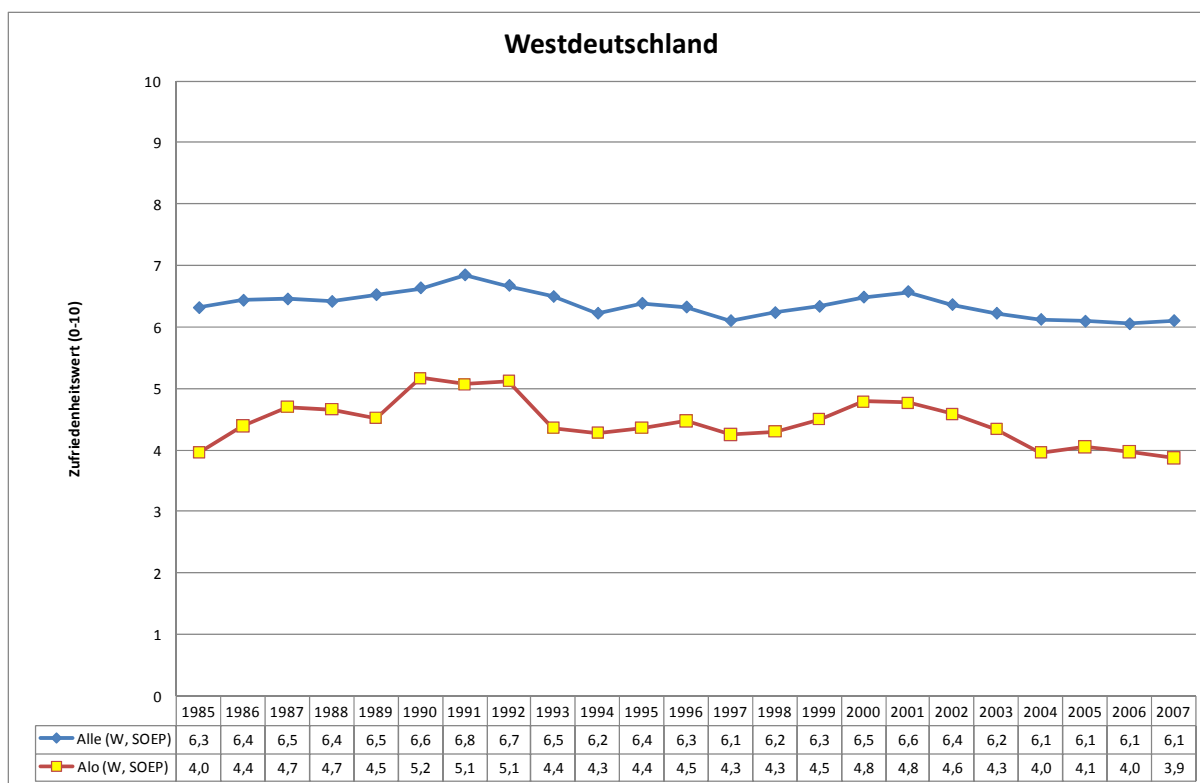
präsentiert, und zwar in Westdeutschland mit 10,2 % versus 16,8 % und in Ostdeutschland mit 14,0 % versus 27,8 % (siehe Anhang-Abbildung A.10).

4.1.2.2 Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen⁵⁷

Bei allen Personen in Westdeutschland bewegte sich die mittlere Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen zwischen ca. sechs und ca. sechseinhalb Punkten; in Ostdeutschland lag der entsprechende Durchschnittswert jeweils um etwa einen Punkt niedriger (siehe Abbildung 9). Bei den westdeutschen Arbeitslosen ergaben sich mittlere Zufriedenheitswerte zwischen knapp vier Punkten und gut fünf Punkten, d. h. es existierte jeweils eine relativ geringe Schwankungsbreite, wobei in der jüngeren Vergangenheit eine Tendenz zum Rückgang der mittleren Zufriedenheitswerte bestand. Dies korreliert mit der in Kapitel 3.1 festgehaltenen Verschlechterung der (relativen) einkommensbezogenen Wohlstandslage der Arbeitslosen in der jüngeren Vergangenheit (im Vergleich zur Gesamtbevölkerung). In Ostdeutschland zeigte sich für die Arbeitslosen ebenfalls eine Tendenz zu einem Rückgang der durchschnittlichen Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen – von 4,1 Punkten im Jahre 2001 auf 3,1 Punkte im Jahre 2007.

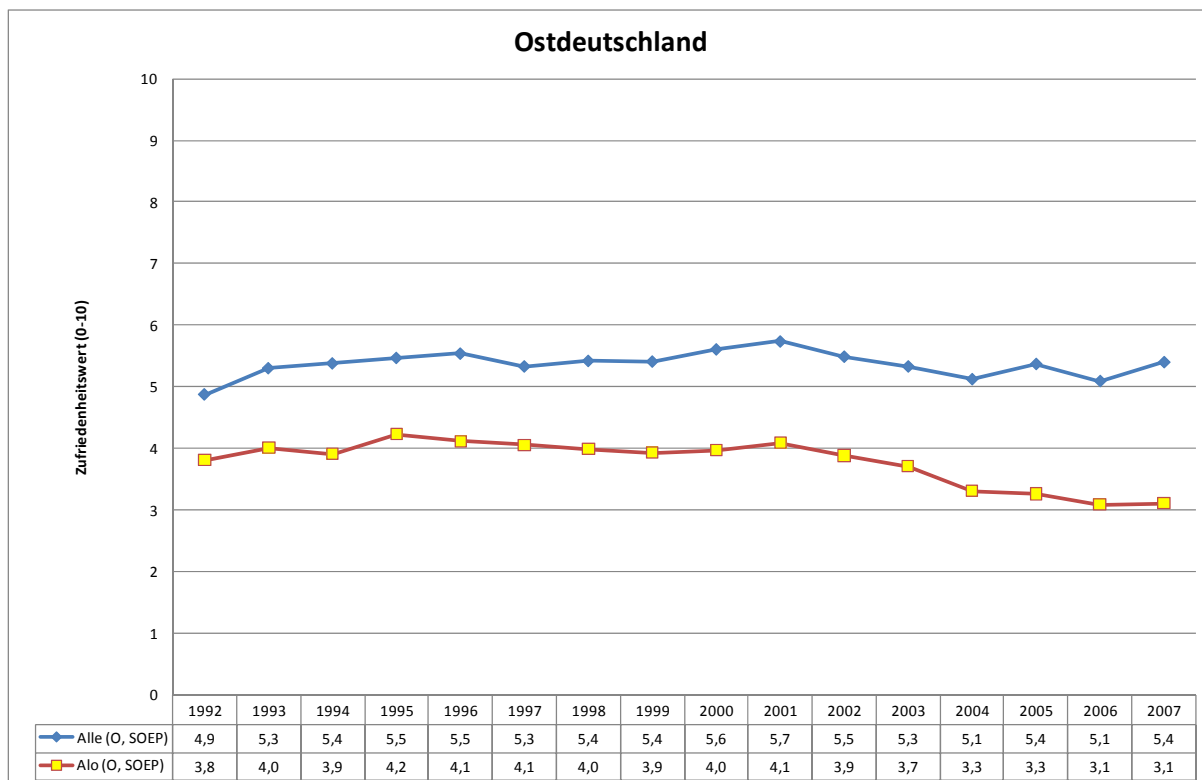
Dadurch liegt in Ostdeutschland aktuell (2007) die korrespondierende Zufriedenheitsdifferenz zwischen allen Personen und den Arbeitslosen bei fast zweieinhalb Punkten; in Westdeutschland ist dieser Abstand nur geringfügig niedriger. Grundsätzlich sind die mittleren Zufriedenheitswerte bezüglich des Haushaltseinkommens sowohl bei allen Personen als auch insbesondere bei den Arbeitslosen (wesentlich) geringer als die korrespondierenden mittleren Lebenszufriedenheitswerte.⁵⁸

Abbildung 9: Mittlere Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen in West- und Ostdeutschland 1985 bis 2007



⁵⁷ Vgl. hierzu auch die SOEP-basierten Ergebnisse von Easterlin/Plagnol 2008, S. 435-437 und S. 440-442 (bzw. von Easterlin/Zimmermann 2006, S. 32-41).

⁵⁸ Die bislang einmalig in der EVS 1993 gestellte Abfrage des „Auskommens mit dem Einkommen“ zeigt ergänzend, dass gut zwei Drittel aller Westdeutschen, aber nur gut die Hälfte der westdeutschen Arbeitslosen ihre wirtschaftliche Lage als eher gut oder besser einstufen. In Ostdeutschland liegt der entsprechende Prozentsatz auf der Gesamtebene bei gut 70 % und jener für die Gruppe der Arbeitslosen bei gut 60 % (siehe Anhang-Abbildung A.11).



Quelle: Eigene SOEP-Berechnungen

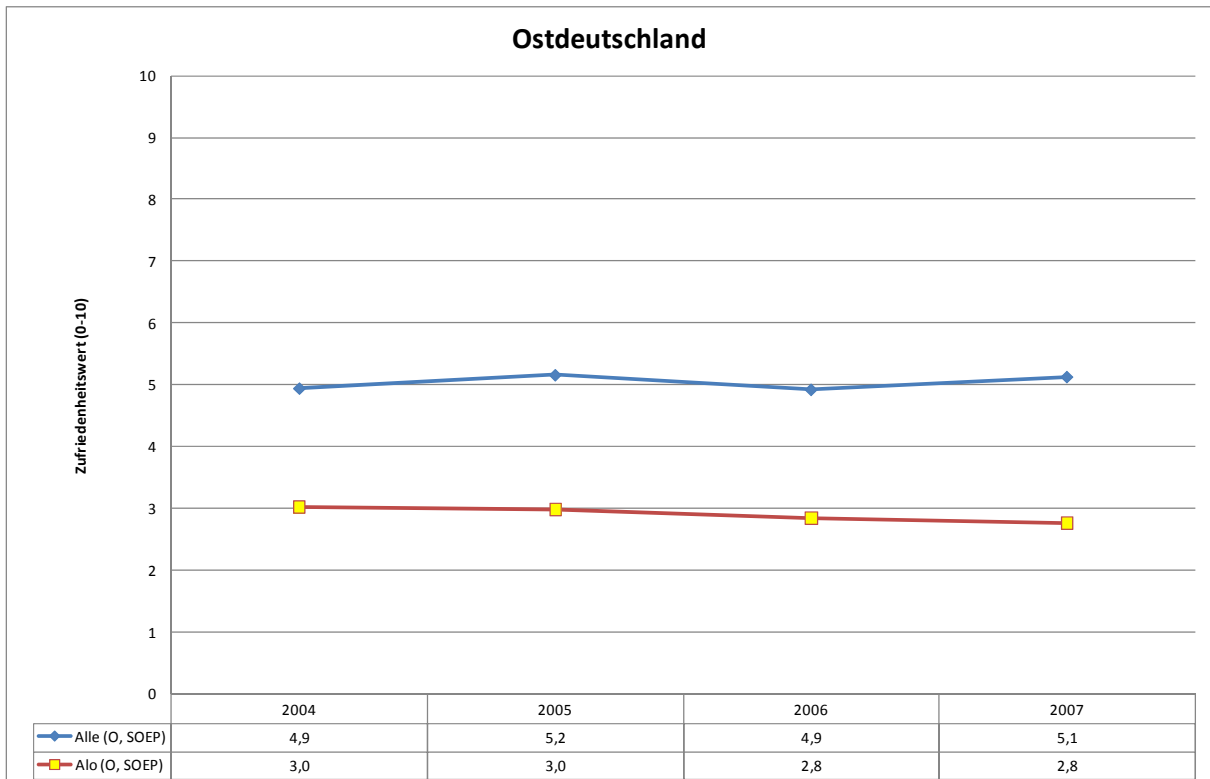
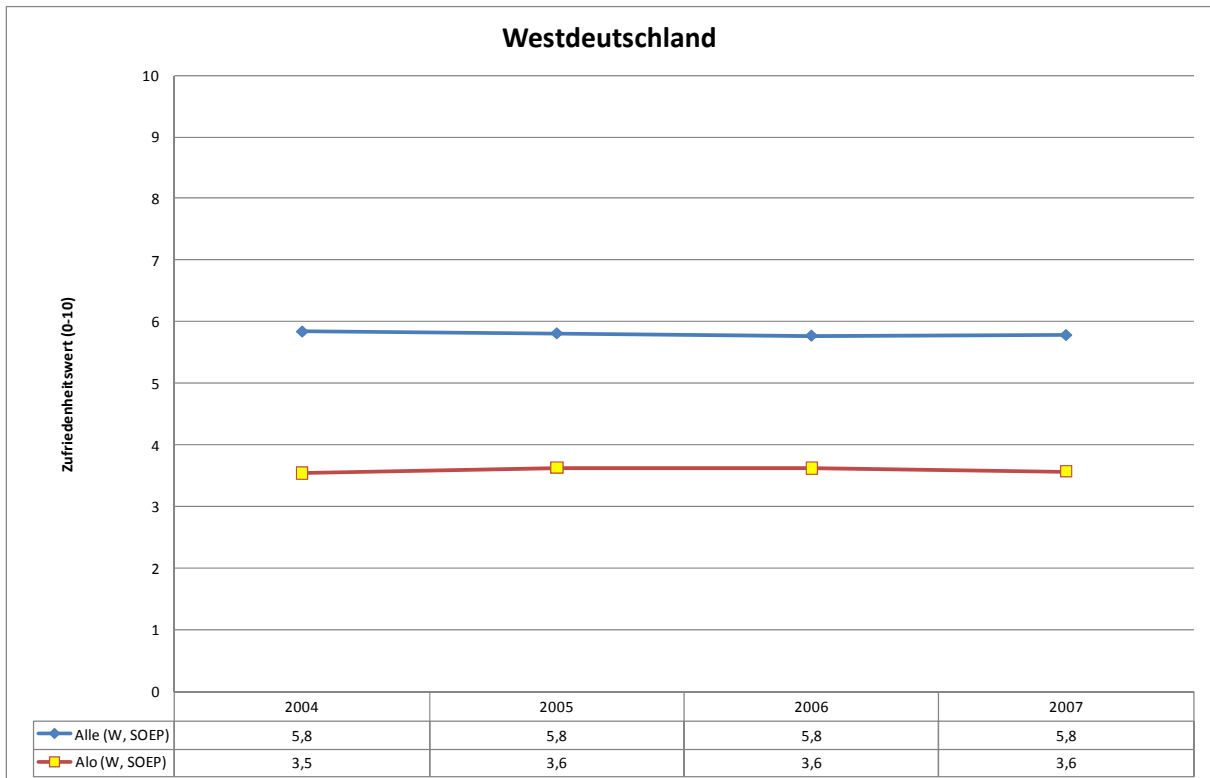
4.1.2.3 Zufriedenheit mit dem persönlichen Einkommen

Die Zufriedenheit mit dem persönlichen Einkommen wird im SOEP erst seit 2004 erhoben. Verglichen mit der mittleren Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen, sind die mittleren Zufriedenheitswerte bezüglich des persönlichen Einkommens durchgängig (etwas) niedriger, was ein Hinweis auf (leichte) nutzenerhöhende Wirkungen des Haushaltszusammenhangs ist (siehe Abbildung 10).

Bei den Arbeitslosen in Ostdeutschland waren die mittleren Zufriedenheitswerte für das persönliche Einkommen bei sinkender Tendenz lediglich um die Drei-Punkte-Marke herum angeordnet; für die Arbeitslosen im Westen Deutschlands ergaben sich – bei stagnativer Tendenz – entsprechende durchschnittliche Zufriedenheitswerte um die etwas höhere Marke von dreieinhalb Punkten herum. Für alle Personen zeigten sich in Westdeutschland durchschnittliche Zufriedenheitswerte in Bezug auf das persönliche Einkommen in Höhe von fast sechs und in Ostdeutschland solche in Höhe von ca. fünf Punkten. Auch Letzteres ist Ausdruck einer zwar gegenüber den Arbeitslosen höheren, aber im Vergleich zu anderen Zufriedenheitswerten letztlich doch recht geringen (mittleren) Zufriedenheit.

Da das persönliche Einkommen der Arbeitslosen vornehmlich aus ALG-Zahlungen besteht, zeigen die skizzierten relativ niedrigen durchschnittlichen Zufriedenheitswerte auch eine gewisse Unzufriedenheit in der Gruppe der Arbeitslosen mit der Höhe der bestehenden staatlichen Transferzahlungen an. Hierauf wird in Kapitel 5 noch detaillierter eingegangen.

Abbildung 10: Mittlere Zufriedenheit mit dem persönlichen Einkommen in West- und Ostdeutschland 2004 bis 2007



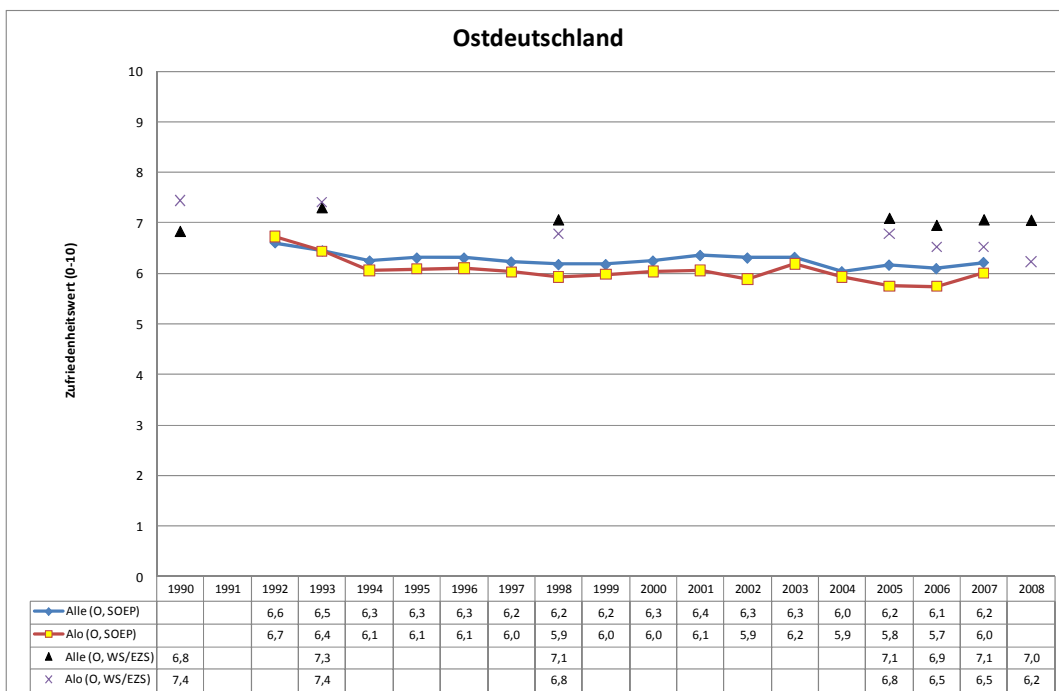
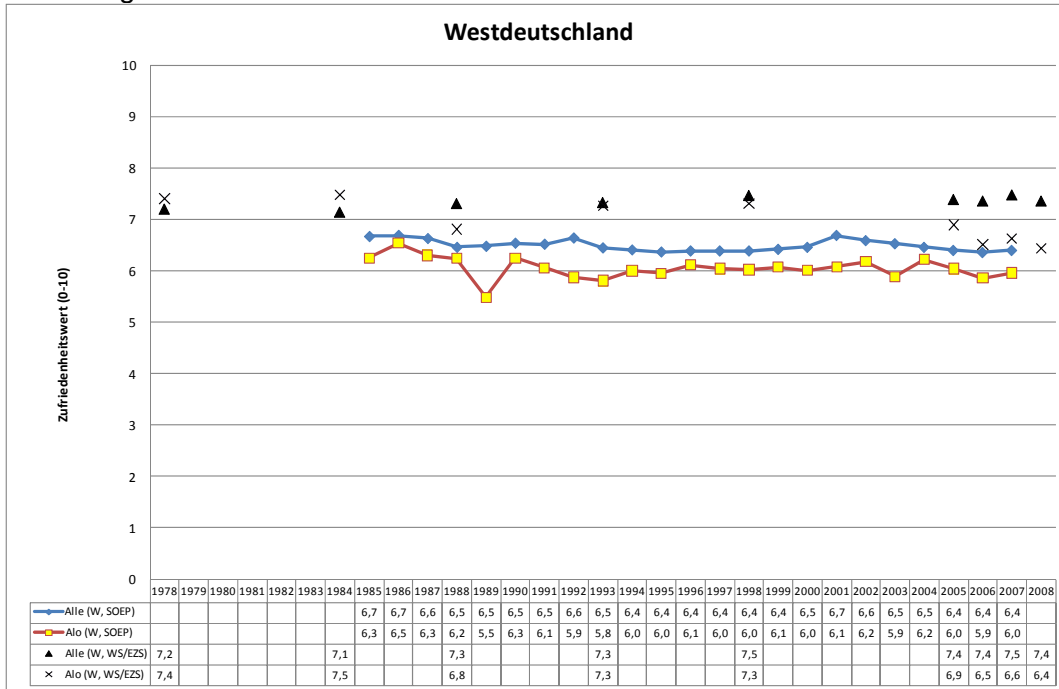
Quelle: Eigene SOEP-Berechnungen

4.1.3 Zufriedenheit mit immaterieller Wohlfahrt

4.1.3.1 Gesundheitszufriedenheit

Die durchschnittlichen Gesundheitszufriedenheitswerte schwankten im Zeitverlauf vergleichsweise wenig. Auch waren die diesbezüglichen Unterschiede zwischen allen Personen und den Arbeitslosen üblicherweise recht gering (mit in der Regel höheren mittleren Gesundheitszufriedenheitswerten für alle Personen). In Ost- und Westdeutschland lagen die mittleren Gesundheitszufriedenheitswerte überwiegend zwischen ca. sechseinhalb und ca. siebeneneinhalb Punkten (siehe Abbildung 11).

Abbildung 11: Mittlere Gesundheitszufriedenheit in West- und Ostdeutschland 1978 bis 2008



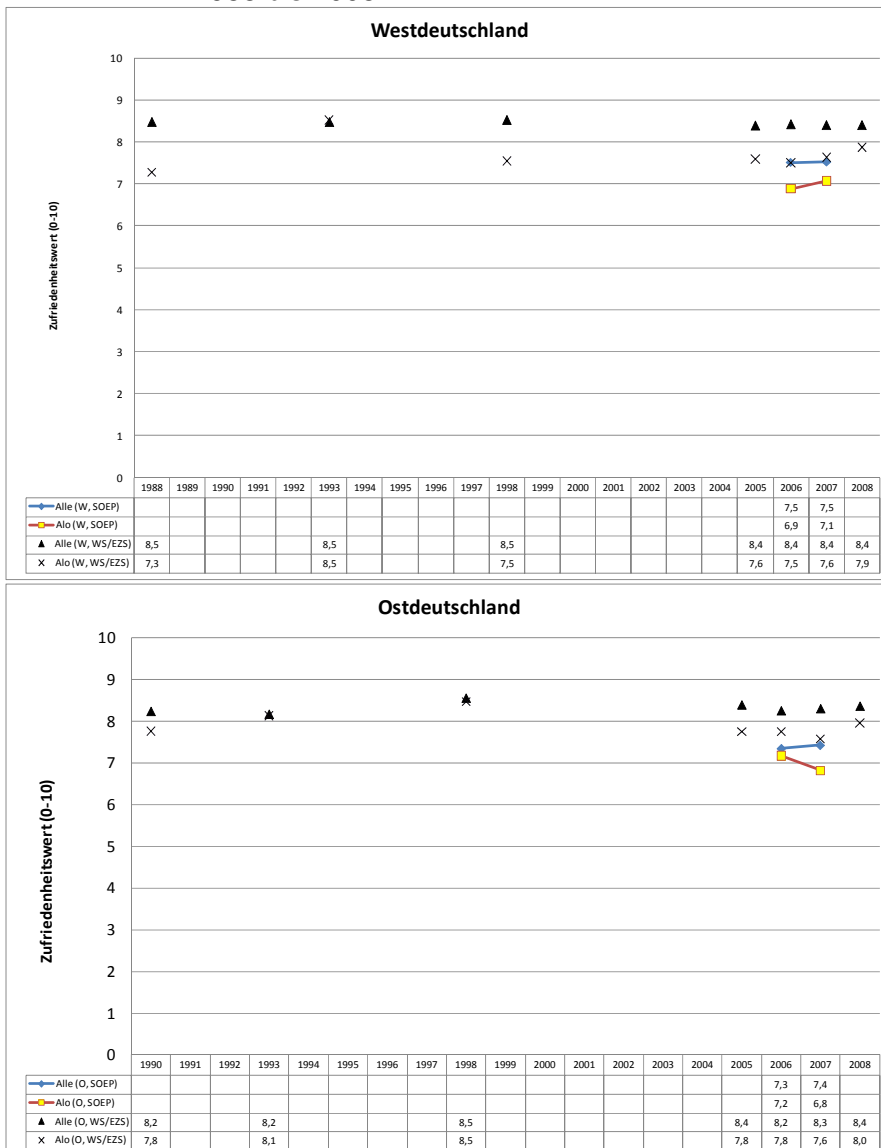
Quelle: Eigene SOEP-, WS- und EZS-Berechnungen

4.1.3.2 Zufriedenheit mit der Familie

Für die seit 2006 im SOEP erhobene Familienzufriedenheits-Variable offenbarten sich in unserer Hauptdatenquelle – dem SOEP – für alle betrachteten Personengruppen in beiden deutschen Landesteilen relativ hohe Durchschnittswerte. D. h., dass auch für die Arbeitslosen der Familienzusammenhang eine gewisse Stabilität bezüglich der eigenen Lebenssituation bietet. Allerdings waren die durchschnittlichen Familienzufriedenheitswerte für die Arbeitslosen doch etwas geringer als für alle Personen: Für alle Personen lagen die Durchschnittswerte bei ca. siebeneinhalb Punkten in West- und in Ostdeutschland, für die Arbeitslosen resultierten in beiden deutschen Landesteilen Durchschnittswerte in Höhe von ca. sieben Punkten.

Die vorstehenden Befunde werden vom Grundsatz her auch auf den Datenbasen der diversen Wohlfahrts- und Sozialstaatssurveys bestätigt. In Westdeutschland ergaben sich dabei – mit einem Ausreißer im Jahre 1993 (und einer höheren mittleren Zufriedenheit bei den Arbeitslosen im Vergleich zur westdeutschen Gesamtbevölkerung) – etwas höhere mittlere Zufriedenheitswerte in der Gesamtpopulation gegenüber den Arbeitslosen. Dies galt auch – auf einem Westdeutschland vergleichbaren Niveau – in Ostdeutschland (siehe Abbildung 12).

Abbildung 12: Mittlere Zufriedenheit mit der Familie in West- und Ostdeutschland 1988 bis 2008



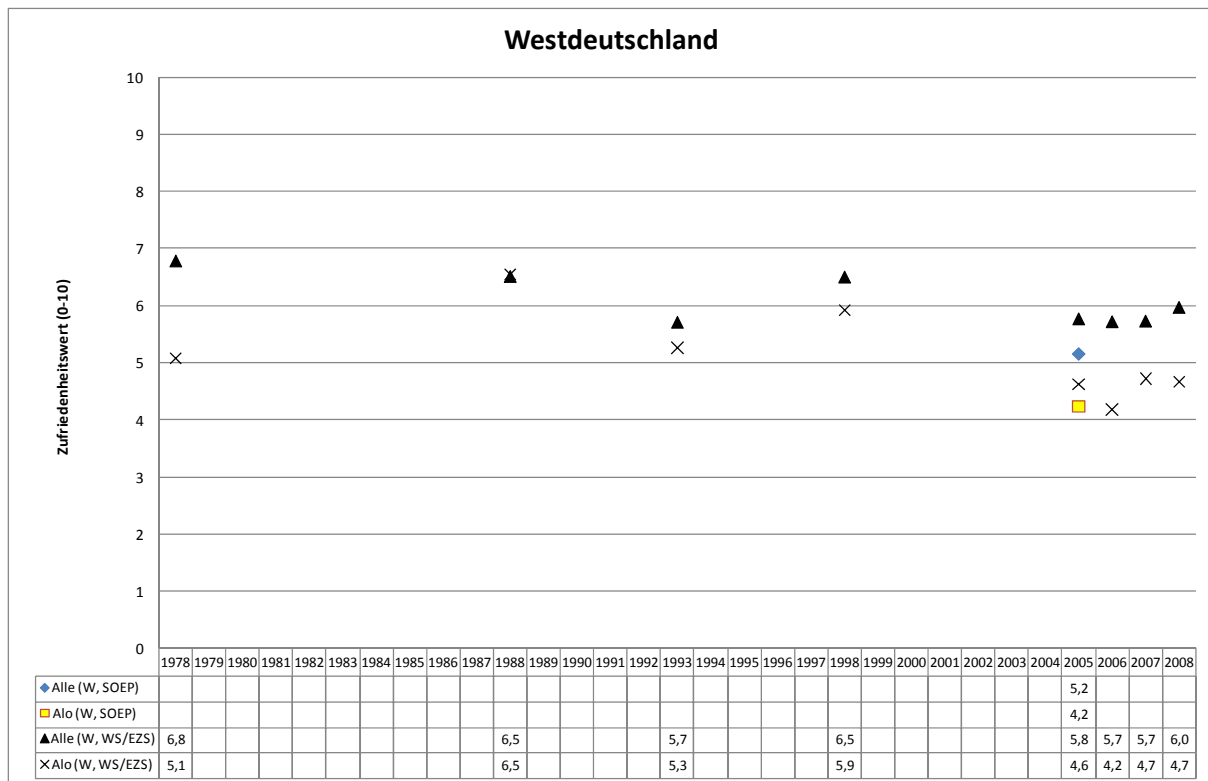
Quelle: Eigene SOEP-, WS- und EZS-Berechnungen

4.1.3.3 Zufriedenheit mit der Demokratie

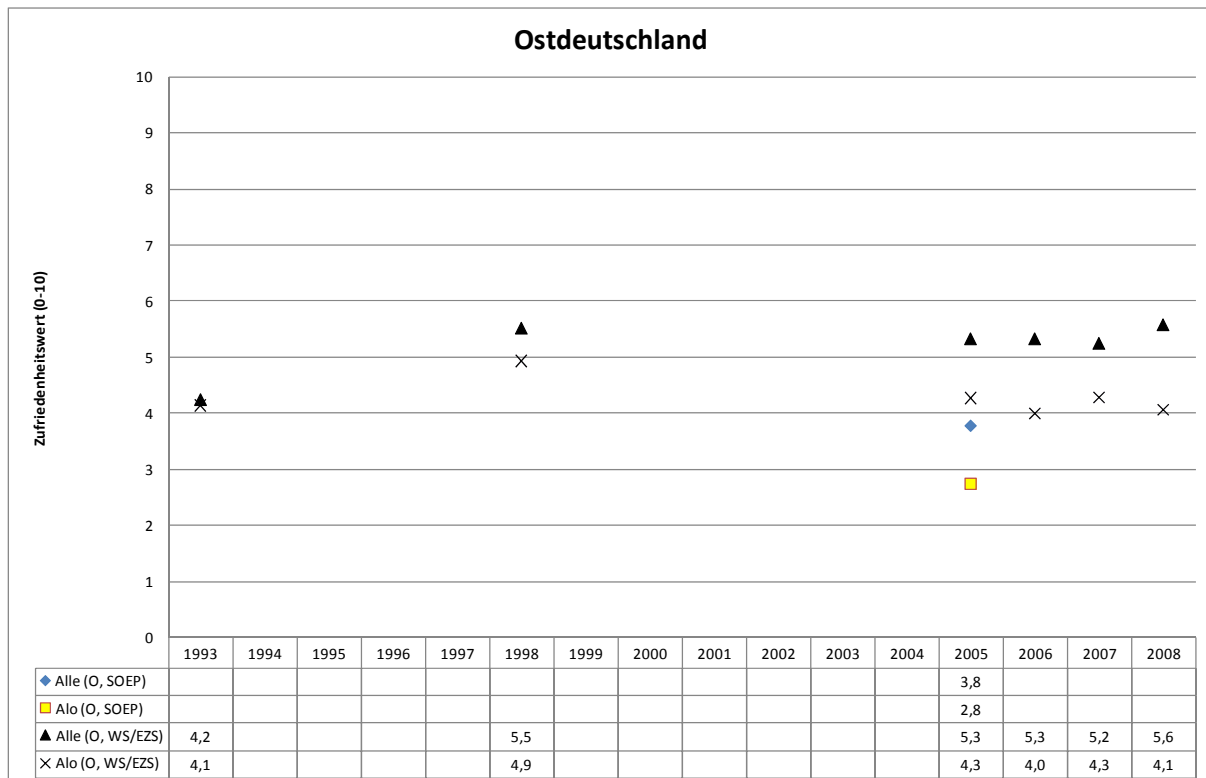
Die (mittleren) Zufriedenheitswerte mit der Demokratie auf SOEP-(2005-)Basis sind für alle betrachteten Personengruppen relativ niedrig, wobei sich in West- und in Ostdeutschland um ca. einen Punkt niedrigere durchschnittliche Demokratiezufriedenheitswerte bei den Arbeitslosen im Vergleich zu allen Personen ergaben (siehe Abbildung 13).

Auf Basis der verschiedenen Wohlfahrtssurveys waren die Demokratiezufriedenheitswerte zwar (etwas) höher, gleichwohl offenbarten sich gleiche Strukturen: Erstens (seit den 1990er-Jahren) höhere Demokratiezufriedenheitswerte bei allen Personen gegenüber den Arbeitslosen und zweitens höhere Demokratiezufriedenheitswerte in Westdeutschland im Vergleich zu Ostdeutschland. Diese Tendenzen zeigten sich auch auf Basis der Sozialstaatssurveys 2005-2008, wobei allerdings jeweils nicht direkt nach der Demokratiezufriedenheit, sondern nach der Zufriedenheit mit den politischen Beteiligungsmöglichkeiten gefragt wurde. Dennoch weisen auch diese Ergebnisse – in vorsichtiger Interpretation – auf gewisse Demokratiegefährdungen als Folge sozialer Probleme – hier indiziert durch die Wohlstandsschlechterstellungen bzw. -verschlechterungen der Arbeitslosen – hin.⁵⁹

Abbildung 13: Mittlere Demokratiezufriedenheit in West- und Ostdeutschland 1978 bis 2008 (SOEP, WS, EZS)



⁵⁹ In den Jahren 1987 bis 1989 wurde die Demokratiezufriedenheit im SOEP auf einer alternativen Skala von 1 bis 7 abgefragt. Hierbei ergaben sich für alle Westdeutschen folgende Durchschnittswerte (in Punkten): 1987: 2,7, 1988: 3,2, 1989: 3,1; bei den Arbeitslosen lauteten die Durchschnittswerte (in Punkten): 1987: 3,2, 1988: 3,1, 1989: 3,6 (eigene SOEP-Berechnungen). Verglichen mit der doch recht eindeutigen Rangfolge zwischen allen Personen und Arbeitslosen in Abbildung 13, waren demnach die mittleren Demokratiezufriedenheitswerte bei den westdeutschen Arbeitslosen auf SOEP-Basis 1987 und 1989 höher als für alle westdeutschen Personen.



Quelle: Eigene SOEP-, WS- und EZS-Berechnungen

Ähnliches wie in Abbildung 13 offenbart sich auf ALLBUS-Basis: Mit Ausnahme des Jahres 1991 waren in Ost- und Westdeutschland die mittleren Demokratiezufriedenheitswerte bei den Arbeitslosen geringer als bei der jeweiligen Gesamtbevölkerung, und zudem waren die Demokratiezufriedenheitswerte im Durchschnitt in Westdeutschland höher als in Ostdeutschland.⁶⁰

Die vorstehenden Ergebnisse einer geringeren mittleren Demokratiezufriedenheit bei den Arbeitslosen und generell in Ostdeutschland werden von der Tendenz her schließlich auch durch die diversen Eurobarometer von 1976 bis 2001 fundiert (siehe Abbildung 14).⁶¹

⁶⁰ Im Einzelnen ergaben sich in Punkten auf ALLBUS-Basis folgende Berechnungsergebnisse (wobei die ursprüngliche Skala von 1 = sehr zufrieden bis 6 = sehr unzufrieden genau invertiert wurde): Alle Westdeutschen: 1991: 4,5, 1992: 4,1, 1998: 4,2, 2000: 4,3, 2002: 4,1, 2008: 4,4; westdeutsche Arbeitslose: 1991: 4,6, 1992: 3,9, 1998: 3,8, 2000: 4,1, 2002: 3,7, 2008: 3,9; alle Ostdeutschen: 1991: 3,8, 1992: 3,3, 1998: 3,5, 2000: 3,5, 2002: 3,5, 2008: 3,5; ostdeutsche Arbeitslose: 1991: 3,8, 1992: 3,1, 1998: 3,0, 2000: 3,2, 2002: 3,2, 2008: 3,1. Es sind allerdings die vergleichsweise wenigen Fälle für die Arbeitslosen in West- und Ostdeutschland ergebnisrelativierend zu beachten: Westdeutschland: 1991: 25 Fälle, 1992: 63 Fälle, 1998: 82 Fälle, 2000: 87 Fälle, 2002: 68 Fälle, 2008: 102 Fälle; Ostdeutschland: 1991: 93 Fälle, 1992: 148 Fälle, 1998: 172 Fälle, 2000: 160 Fälle, 2002: 120 Fälle, 2008: 123 Fälle (eigene Berechnungen auf ALLBUS-Basis).

⁶¹ Zu entsprechenden Betrachtungen der Demokratiezufriedenheit auf EB-Basis für West- und Ostdeutschland vgl. auch Scheuer 2005. Bei der Interpretation von Abbildung 14 ist auch bei der Demokratiezufriedenheit zu beachten, dass die in der genutzten EB-Datenbasis enthaltene ursprüngliche Skalierung 1 = sehr zufrieden, ..., 4 = sehr unzufrieden mittels $j = 1 + (4 - i) = 5 - i$ in 1 = sehr unzufrieden, ..., 4 = sehr zufrieden transformiert wurde (j = „neuer“ Skalenwert, i = „alter“ Skalenwert).

Abbildung 14: Mittlere Demokratiezufriedenheit in West- und Ostdeutschland 1976 bis 2001 (EB)



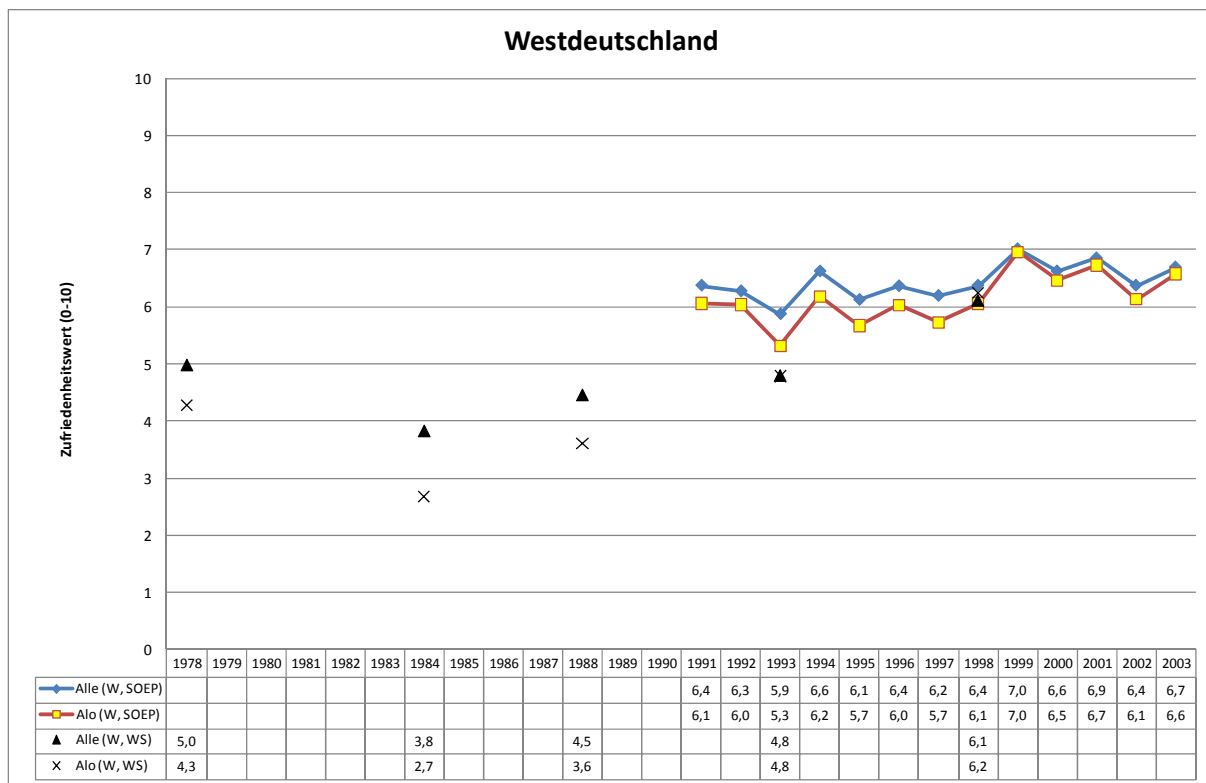
Quelle: Eigene EB-Berechnungen

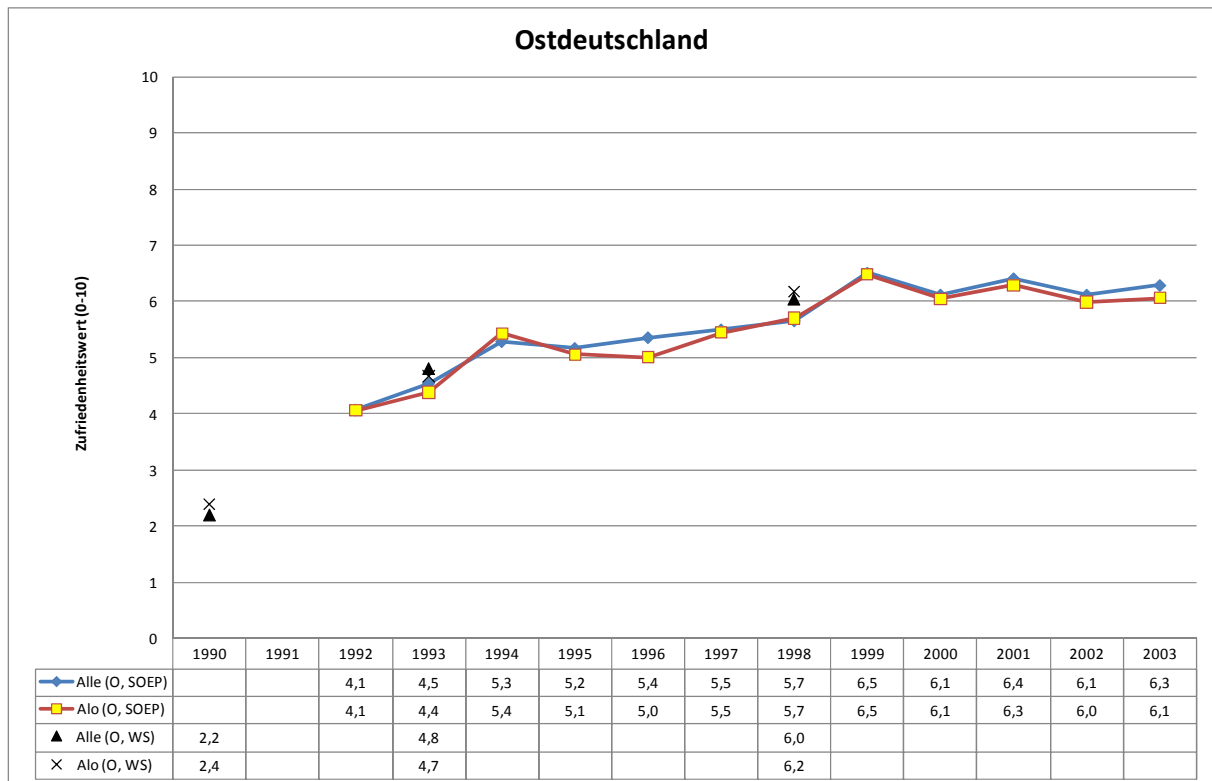
4.1.3.4 Umweltzufriedenheit

Für die Gesamtbevölkerung Westdeutschlands schwankten die mittleren Umweltzufriedenheitswerte auf SOEP-Basis zumindest seit 1994 um die Marke von sechseinhalb Punkten. Die durchschnittliche Umweltzufriedenheit war für die Arbeitslosen in Westdeutschland durchgängig niedriger (in den letzten Beobachtungsjahren aber nur noch geringfügig). In Ostdeutschland zeigte sich für die Gesamtpopulation und für die Arbeitslosen über den Beobachtungszeitraum von 1992 bis 2003 eine Tendenz zu steigender (mittlerer) Umweltzufriedenheit. Hierbei waren die mittleren Zufriedenheitswerte in der Gesamtpopulation etwas größer als bei den Arbeitslosen (siehe Abbildung 15). Dass eine mit dem Arbeitslosen-Status nicht unmittelbar zusammenhängende Variable wie die Umweltzufriedenheit solche (Rangordnungs-)Ergebnisse produziert, verweist – trotz der relativ geringen (mittleren) Zufriedenheitsabstände – auf die allgemein vergleichsweise niedrige (durchschnittliche) Lebenszufriedenheit der Arbeitslosen (allerdings bei Weitem nicht so prononciert wie bei den durchschnittlichen Zufriedenheiten mit den Wohlstandskategorien, worauf insbesondere auch die unten genannten WS-Ausnahmen hinweisen).

Auf WS-Basis waren in Westdeutschland die Mittelwerte für die Umweltzufriedenheit in der Regel niedriger als auf SOEP-Grundlage. Sowohl für alle Westdeutschen als auch für die westdeutschen Arbeitslosen zeigte sich auf WS-Basis ein steigender Trend für die korrespondierenden Durchschnitte. Er war bei den Arbeitslosen ausgeprägter, was 1998 dazu führte, dass der Umweltzufriedenheitsmittelwert bei den westdeutschen Arbeitslosen (etwas) höher als für die westdeutsche Gesamtbevölkerung war. Ein steigender Trend bezüglich der (mittleren) Umweltzufriedenheit offenbarte sich auf WS-Basis auch in Ostdeutschland. Hier war der durchschnittliche Zufriedenheitswert in der Gruppe der Arbeitslosen 1998 (wie im Übrigen auch schon 1990) höher als derjenige für die ostdeutsche Gesamtbevölkerung.

Abbildung 15: Mittlere Umweltzufriedenheit in West- und Ostdeutschland 1978 bis 2003





Quelle: Eigene SOEP- und WS-Berechnungen

4.1.4 Zufriedenheit und sozioökonomische Faktoren

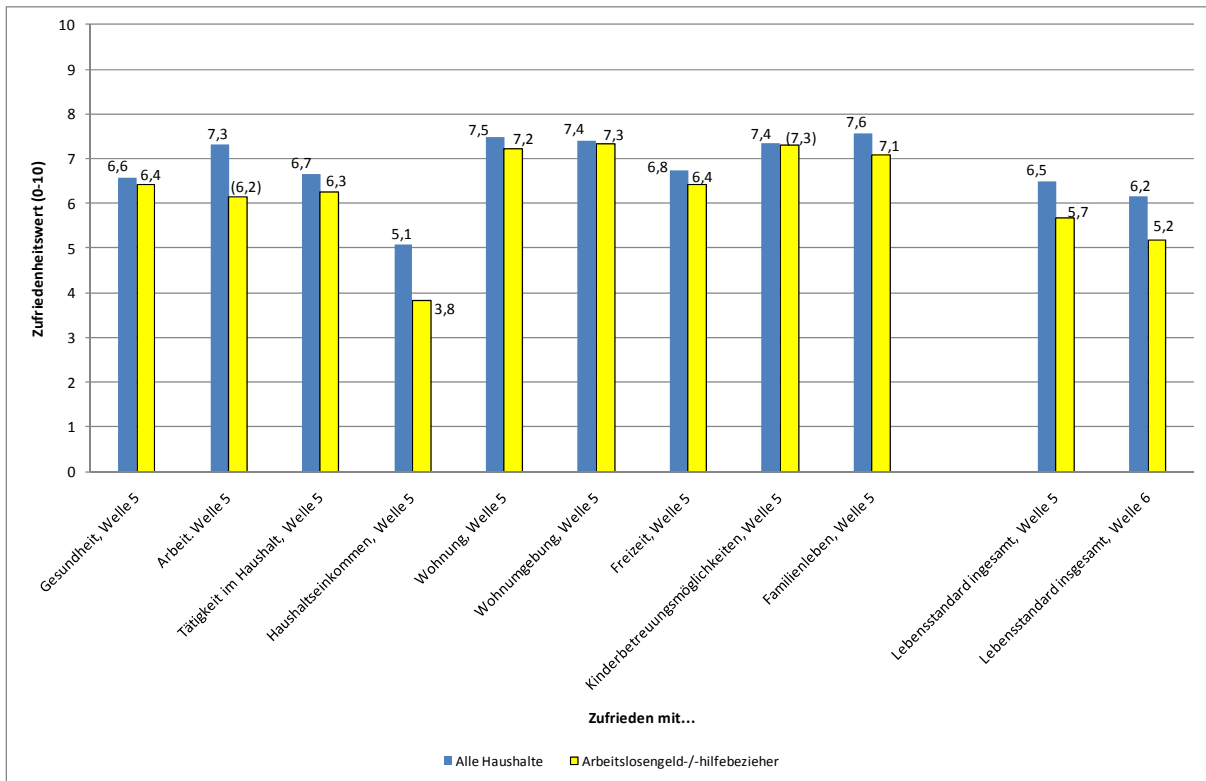
4.1.4.1 Zufriedenheit und Einkommenslage

Auch mit der fünften Welle des Niedrigeinkommenspanels (NIEP) – 2. Halbjahr 2001 – waren verschiedene Zufriedenheitsaussagen möglich.⁶² Abbildung 16 zeigt hierbei, dass für alle – in der ersten Welle (2. Halbjahr 1999) – dem Niedrigeinkommensbereich zugeordneten Haushalte die mittleren Zufriedenheitswerte höher als für diejenigen Haushalte im Niedrigeinkommensbereich (in der ersten Welle) lagen, in denen Arbeitslosengeld und/oder –hilfe bezogen wurde.

Die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard insgesamt wurde auch in der letzten, der sechsten NIEP-Welle (1. Halbjahr 2002) abgefragt. Hierbei zeigte sich für beide miteinander verglichenen Haushaltsgruppen ein Sinken im mittleren Zufriedenheitsniveau gegenüber der fünften NIEP-Welle.

⁶² Vgl. hierzu auch Mühling 2005, S. 185.

Abbildung 16: Mittlere NIEP-Zufriedenheiten in Deutschland 2001 und 2002



Quelle: Eigene NIEP-Berechnungen

Vergleicht man die in Abbildung 16 enthaltenen Werte mit den SOEP-Durchschnittswerten der Jahre 2001 und 2002 in Bezug auf die Gesundheits-, die Haushaltseinkommens- und die Lebensstandardzufriedenheit, sind die oben angegebenen NIEP-Werte jeweils niedriger als die jeweiligen SOEP-Werte für Westdeutschland (mit der Ausnahme der mittleren Gesundheitszufriedenheit der Arbeitslosen). Bei den Zufriedenheitswerten, welche auf materielle Aspekte Bezug nehmen, d. h. bei der Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen und bei der Zufriedenheit mit dem Lebensstandard, sind die SOEP-Durchschnittswerte sowohl bei allen Personen als auch bei den Arbeitslosen um ca. einen halben bis einen Punkt größer als die korrespondierenden NIEP-Durchschnittswerte. Dies ist plausibel, da die Personen im Niedrigeinkommensbereich eine schlechtere materielle (Einkommens-)Lage haben als die auf SOEP-Gesamteinkommensebene betrachteten Personengruppen.

Gegenüber den für Ostdeutschland berechneten SOEP-Durchschnittswerten ist die Zufriedenheit mit der Gesundheit auf NIEP-Basis (und dort für Gesamtdeutschland berechnet) sowohl bei allen Personen als auch bei den Arbeitslosen im Durchschnitt (etwas) höher. Demgegenüber sind die SOEP-Durchschnitte für die Haushaltseinkommens- und die Lebensstandardzufriedenheit auch in Ostdeutschland sowohl für alle Personen als für die Arbeitslosen in der Regel größer als die NIEP-Durchschnittswerte, wengleich sich für die Gruppe der Arbeitslosen hier bei der durchschnittlichen Haushaltseinkommenszufriedenheit der ostdeutschen Arbeitslosen gemäß SOEP 2002 (3,9 Punkte) nur ein marginaler Unterschied zur korrespondierenden mittleren NIEP-2001-Zufriedenheit (3,8 Punkte) ergibt und die Lebensstandardzufriedenheit bei allen bundesdeutschen Arbeitslosen im Niedrigeinkommensbereich im Mittel gemäß NIEP 2001 (5,7 Punkte) sogar höher als gemäß SOEP 2001 für die ostdeutschen Arbeitslosen (5,5 Punkte) ist.

Insgesamt wird aber auch durch die im NIEP vorgenommene Fokussierung auf den Niedrigeinkommensbereich deutlich, dass eine schlechtere objektive Wohlstandslage (zumindest im

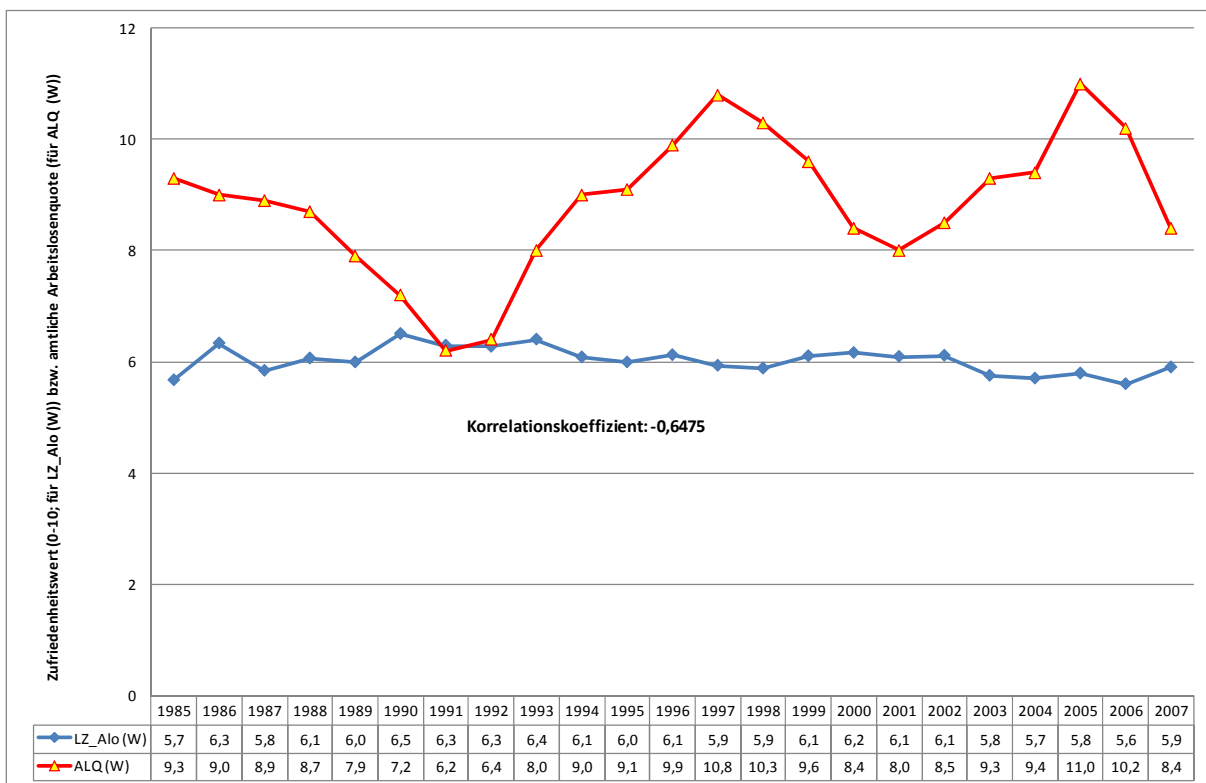
Durchschnitt) mit einer geringeren mittleren Zufriedenheit mit dem Leben allgemein bzw. in bestimmten Lebensbereichen einhergeht.

4.1.4.2 Lebenszufriedenheit und Arbeitslosenstatus

a) Aggregatebene

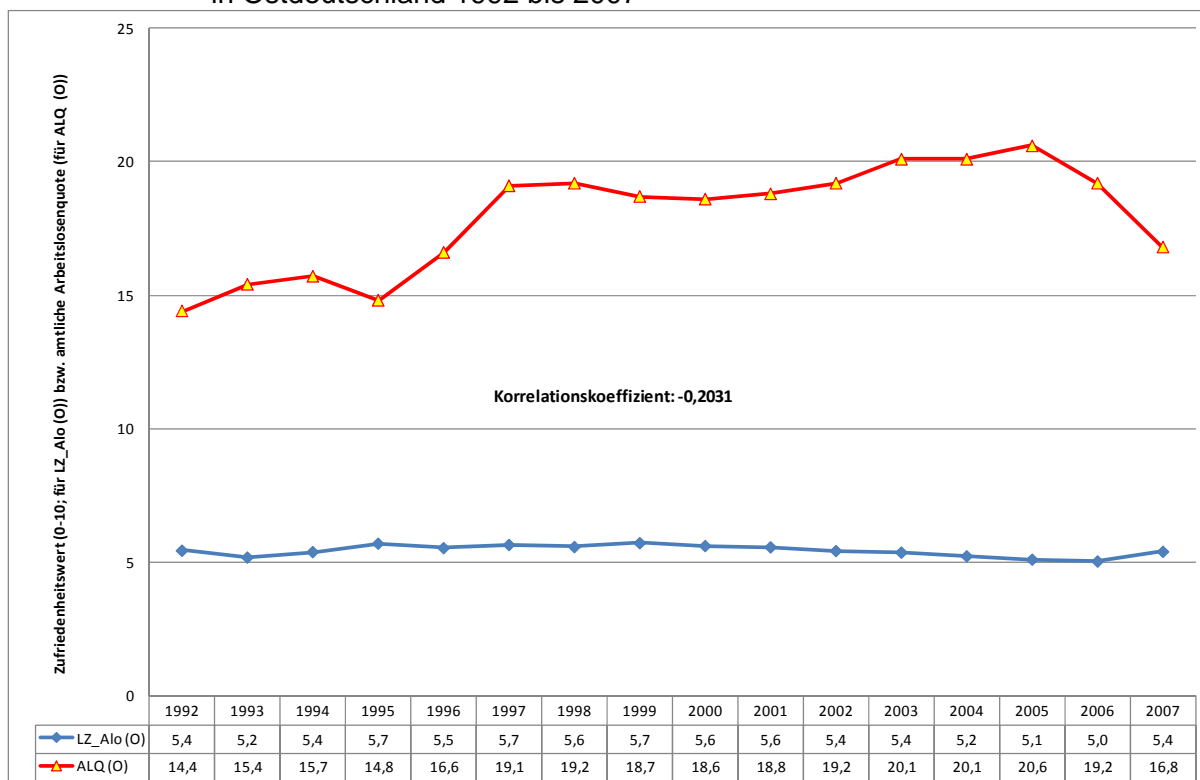
Wie in der Literatur u. a. von Easterlin/Plagnol (2009) auf der Aggregatebene gefunden, wirkt sich auch in unserer Studie die Arbeitslosenquote auf die (mittlere) Lebenszufriedenheit negativ aus. In den Abbildungen 17a und 17a sind zu diesem Zweck die amtlichen Arbeitslosenquoten und die mittleren Lebenszufriedenheiten der Arbeitslosen in West- und Ostdeutschland dargelegt. Es offenbaren sich jeweils negative (Pearson-)Korrelationskoeffizienten.

Abbildung 17a: Mittlere Lebenszufriedenheiten und amtliche Arbeitslosenquoten in Westdeutschland 1985 bis 2007



Quellen: Eigene SOEP-Berechnungen und Angaben der Bundesagentur für Arbeit

Abbildung 17b: Mittlere Lebenszufriedenheiten und amtliche Arbeitslosenquoten in Ostdeutschland 1992 bis 2007



Quellen: Eigene SOEP-Berechnungen und Angaben der Bundesagentur für Arbeit

Es ist allerdings behauptet worden, dass der Unterschied der mittleren Lebenszufriedenheit der Arbeitslosen zu jener der Gesamtbevölkerung dann geringer ist, wenn das Niveau der Arbeitslosigkeit vergleichsweise hoch ist – sozusagen deshalb, weil die soziale Deprivation auf relativ viele Personen verteilt ist, es – umgangssprachlich gesprochen – vergleichsweise viele „Leidensgenossen“ gibt.⁶³ Außerdem könnten in der Gruppe der Beschäftigten etwa die Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz in einem derartigen wirtschaftlichen Umfeld ihre durchschnittliche Lebenszufriedenheit bzw. diejenige der Gesamtbevölkerung senken, so dass der Abstand zwischen den durchschnittlichen Lebenszufriedenheiten der Gesamtbevölkerung und der Gruppe der Arbeitslosen sich verringern könnte.⁶⁴

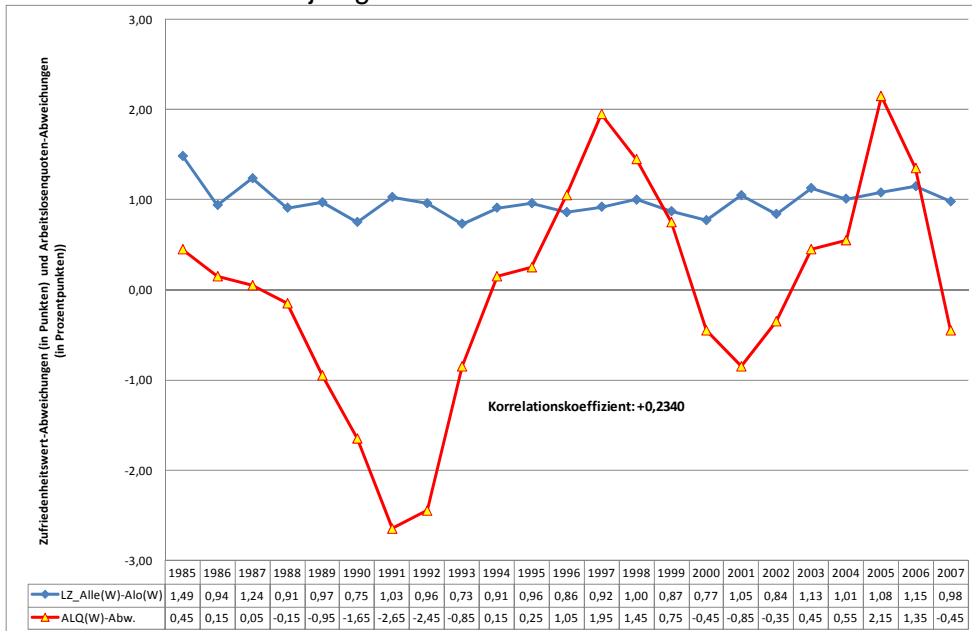
Um dies etwas präziser als anhand der Abbildungen 17a und 17b zu überprüfen, sind in den Abbildungen 18a und 18b die Zusammenhänge zwischen der „relativen Arbeitslosigkeit“ und der „relativen Lebenszufriedenheit“ der Arbeitslosen jeweils in Form von Differenzen dargestellt: Die „relative Arbeitslosigkeit“ gibt in diesem Zusammenhang die Differenz aus der Arbeitslosenquote eines Jahres und der über den gesamten jeweiligen Zeitraum berechneten durchschnittlichen Arbeitslosenquote an, und die „relative Lebenszufriedenheit“ der Arbeitslosen wurde operationalisiert aus der mittleren Lebenszufriedenheit aller Personen in einem Jahr abzüglich der durchschnittlichen Lebenszufriedenheit der Arbeitslosen in dem betreffenden Jahr. Sowohl für West- als auch – ausgeprägter – für Ostdeutschland ergeben sich zwischen den beiden Größen positive Korrelationen. Dies bedeutet, dass in Zeiten höherer Arbeitslosigkeit der Abstand aus der mittleren Lebenszufriedenheit der Gesamtbevölkerung

⁶³ Zu längsschnittlicher Evidenz auf (SOEP-)Individualdatenbasis für Deutschland vgl. in diesem Zusammenhang Clark/Knabe/Rätzel 2009.

⁶⁴ Vgl. hierzu Frey/Stutzer 2002, S. 108.

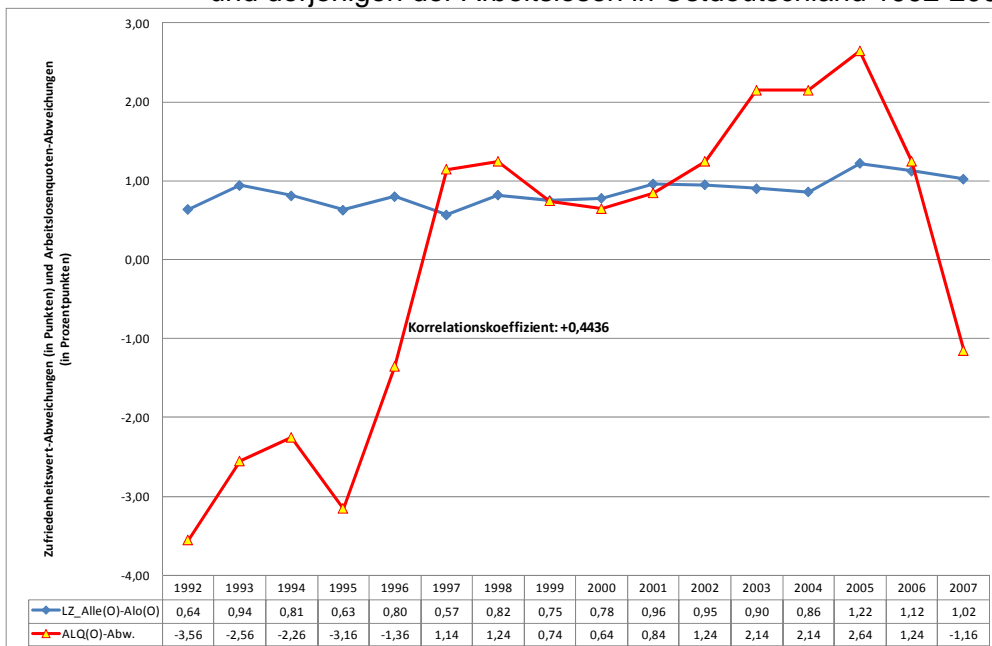
und derjenigen der Arbeitslosen tendenziell größer ist (et vice versa). Dies verleiht der erwähnten gegenteiligen Behauptung keine empirische Evidenz.⁶⁵

Abbildung 18a: Zum Zusammenhang zwischen Arbeitslosenquoten-Abweichungen und Differenzen aus mittlerer Lebenszufriedenheit aller Personen und derjenigen der Arbeitslosen in Westdeutschland 1985-2007



Quelle: Eigene SOEP-Berechnungen

Abbildung 18b: Zum Zusammenhang zwischen Arbeitslosenquoten-Abweichungen und Differenzen aus mittlerer Lebenszufriedenheit aller Personen und derjenigen der Arbeitslosen in Ostdeutschland 1992-2007



Quelle: Eigene SOEP-Berechnungen

⁶⁵ Einschränkung ist aber an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass es sich bei der hier präsentierten Überprüfung um eine möglicherweise zu stark aggregierte Betrachtung – auch bezüglich der regionalen Differenzierung – handelte. Hier wären gegebenenfalls weiterführende Untersuchungen anzustellen.

b) Individualebene

Der vergleichsweise große Einfluss der Arbeitslosigkeit auf die Lebenszufriedenheit wird auch auf der individuellen Ebene durch eigene Korrelations- bzw. Regressionsberechnungen sichtbar (siehe Anhang-Tabellen A.3 und A.4). Wie aus Tabelle A.3 deutlich wird, ergibt sich in beiden Teilen Deutschlands auf EB-Basis ein – gegenüber den anderen betrachteten sozioökonomischen Variablen – vergleichsweise starker (in diesem Fall: negativer) korrelativer Zusammenhang zwischen der Lebenszufriedenheit und dem Arbeitslosen-Status. Dies zeigt sich auch im Rahmen einer Regressionsbetrachtung (siehe Tabelle A.4): Es wird ein relativ starker Einfluss der (individuellen) Arbeitslosigkeit auf die Lebenszufriedenheit deutlich. Die betreffenden Regressionskoeffizienten interpretierend, ergibt sich, dass in Westdeutschland das Auftreten des Ereignisses Arbeitslosigkeit die Lebenszufriedenheit um ca. 0,4 Punkte und in Ostdeutschland um ca. 0,5 Punkte senkt.⁶⁶

In Panel-Perspektive zeigt sich ergänzend für Gesamtdeutschland in Abbildung 19 eine klar negative Korrelation zwischen der aktuellen mittleren Lebenszufriedenheit im Jahre 2007 und der Art des Erwerbs- bzw. Arbeitslosenstatus in den fünf Jahren zwischen 2003 und 2007. Insbesondere von der Ausprägung „kein Mal arbeitslos“ zu „einmal arbeitslos“ und dann zu „zweimal arbeitslos“ ergab sich jeweils ein merklicher Rückgang in der durchschnittlichen Lebenszufriedenheit im Jahre 2007 von jeweils etwa einem halben Punkt.

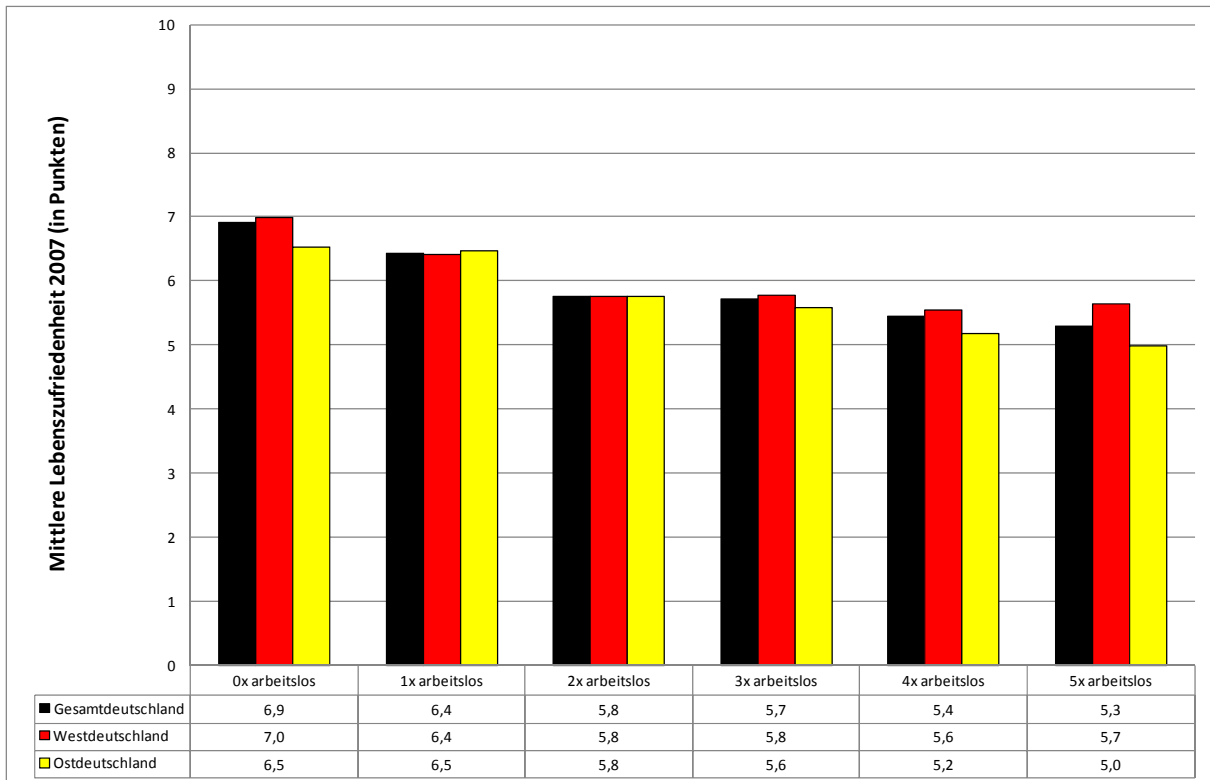
Zwischen diesen Kategorien resultierten auch für Westdeutschland deutliche Rückgänge in der durchschnittlichen Lebenszufriedenheit; allerdings waren die Unterschiede in der mittleren Lebenszufriedenheit in den alten Bundesländern bei den folgenden Ausprägungen „dreimal arbeitslos“, „viermal arbeitslos“ und „fünfmal arbeitslos“ gering, und es kann in Westdeutschland für diesen Ausprägungsbereich nicht mehr von einer negativen Korrelation zwischen den beiden betrachteten Variablen der mittleren Lebenszufriedenheit und dem (kumulierten) Arbeitslosigkeitsstatus gesprochen werden.⁶⁷

Ein durchgängig negativer statistischer Zusammenhang offenbarte sich hingegen – wie für Gesamtdeutschland – auch für Ostdeutschland, wenngleich hier weniger der Übergang von „kein Mal arbeitslos“ zu „einmal arbeitslos“ ins Gewicht zu fallen scheint, sondern eher der Übergang von „einmal arbeitslos“ zu „zweimal arbeitslos“ mit einem Rückgang der mittleren Lebenszufriedenheit um immerhin 0,7 Punkte bedeutsam zu sein scheint.

⁶⁶ Diese Interpretation wurde nur dadurch möglich, dass den Regressionsschätzungen eine OLS-Schätzung zugrunde lag. Die ökonomisch eigentlich angemessenere Verwendung eines „Zähl-Modells“ mit multinomialen Zufriedenheitswerten als Regressanden (etwa eines Ordered-Probit-Ansatzes) hätte eine solche Interpretation nicht ermöglicht. Wegen der nicht zu leugnenden ökonomischen Problematik sollten die OLS-Befunde nicht überinterpretiert werden. Es sollte im Grunde genommen nur auf ihre ungefähre Größenordnung Bezug genommen werden.

⁶⁷ Allerdings sind gerade für die höheren Merkmalsausprägungen aufgrund relativ geringer Fallzahlen gewisse statistische Unschärfen gegeben.

Abbildung 19: Mittlere Lebenszufriedenheit 2007 und Arbeitslosigkeitsphasen 2003-2007 in Deutschland



Quellen: Eigene SOEP-Berechnungen

Um die Pfadabhängigkeit des Erwerbs- bzw. des Arbeitslosenstatus zu erkunden, wurden für den Zeitraum 2003-2007 (panel-fundierte) Einjahres-Übergänge mit den jeweiligen Ausprägungen „nicht arbeitslos“ versus „arbeitslos“ modelliert und die jeweils aktuelle mittlere Lebenszufriedenheit berechnet (siehe Tabelle 1). Hierbei ergaben sich erwartungsgemäß für die Ausprägung „Nicht arbeitslos im Vorjahr und nicht arbeitslos im aktuellen Jahr“ in beiden deutschen Landesteilen die höchsten Mittelwerte sowie für die Ausprägung „Arbeitslos im Vorjahr und arbeitslos im aktuellen Jahr“ die niedrigsten Mittelwerte. Für die beiden Kombinationen mit einmaliger Arbeitslosigkeit und einmaliger Nicht-Arbeitslosigkeit offenbarten sich – mit der schwachen Ausnahme des Übergangs von 2006 auf 2007 in Westdeutschland – jeweils niedrigere Mittelwerte für die Ausprägung „Nicht arbeitslos im Vorjahr und arbeitslos im aktuellen Jahr“.

Tabelle 1: Mittlere Lebenszufriedenheiten für Erwerbs- bzw. Arbeitslosigkeitsstatus-Übergänge von 2003 bis 2007 in West- und (in Klammern) Ostdeutschland

2003: Nicht arbeitslos Arbeitslos	2004:	
	Nicht arbeitslos 6,9 (6,3) 6,2 (5,9)	Arbeitslos 5,6 (5,2) 5,6 (5,0)
2004: Nicht arbeitslos Arbeitslos	2005:	
	Nicht arbeitslos 7,1 (6,6) 6,4 (5,9)	Arbeitslos 6,0 (5,4) 5,5 (4,9)
2005: Nicht arbeitslos Arbeitslos	2006:	
	Nicht arbeitslos 6,9 (6,4) 6,4 (5,9)	Arbeitslos 5,7 (5,6) 5,5 (4,8)
2006: Nicht arbeitslos Arbeitslos	2007:	
	Nicht arbeitslos 7,0 (6,6) 6,2 (6,5)	Arbeitslos 6,3 (5,7) 5,6 (5,1)

Quelle: Eigene SOEP-Berechnungen

4.2 Verteilungsbeurteilungen

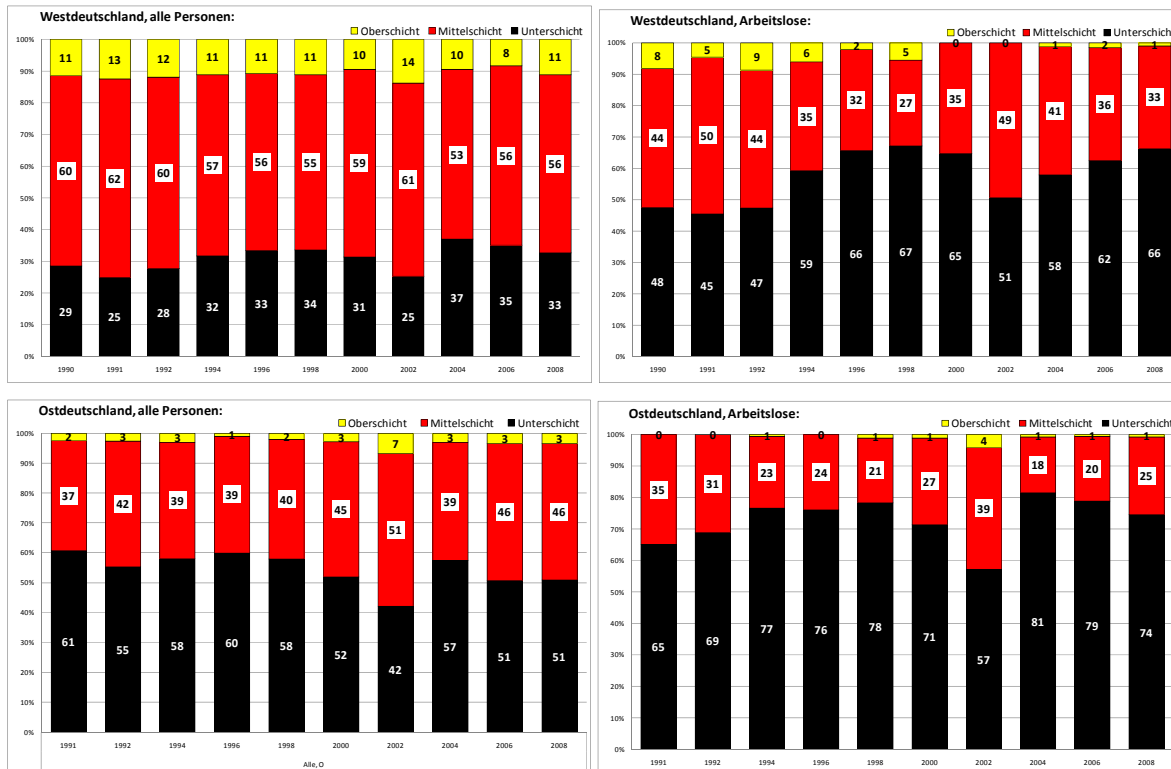
4.2.1 Subjektive Schichtzugehörigkeiten

In Abbildung 20 sind ALLBUS-Ergebnisse zur subjektiven Schichtzugehörigkeit dargestellt, wobei die Kategorien „Unterschicht“ und „Arbeiterschicht“ zur Unterschicht sowie „Obere Mittelschicht“ und „Oberschicht“ zur Oberschicht zusammengefasst wurden. In Westdeutschland ordneten sich im Zeitraum von 1990 bis 2008 insgesamt zwischen ca. einem Viertel und einem Drittel der Bevölkerung der Unterschicht zu; bei den westdeutschen Arbeitslosen waren es immerhin zwischen ca. der Hälfte und etwa zwei Dritteln der betreffenden Subpopulation. In Ostdeutschland sahen sich im Zeitraum von 1991 bis 2008 zwischen 42 % (2002) und 61 % (1991) der Gesamtbevölkerung als Angehörige der Unterschicht; bei den ostdeutschen Arbeitslosen waren dies zwischen 57 % (2002) und 79 % (2006).^{68, 69}

⁶⁸ Vgl. hierzu auch Habich/Noll 2008, S. 178-179. Auch auf EZS-Basis zeigten sich nach eigenen Berechnungen ähnliche Strukturen: Für Westdeutschland ergaben sich für alle Personen folgende Aufteilungen in Unter-, Mittel- und Oberschicht (auch hier wurde die obere Mittelschicht der Oberschicht zugeordnet): 2005: 23,5 %/60,6 %/15,9 %; 2006: 28,7 %/57,4 %/14,0 %; 2007: 23,3 %/61,6 %/15,1 %; 2008: 22,5 %/60,5 %/17,0 %. Die Gruppe der westdeutschen Arbeitslosen stratifizierte sich wie folgt in Unter-, Mittel- und Oberschichtangehörige gemäß Selbsteinstufung: 2005: (40,7 %)/(53,5 %)/(5,8 %); 2006: (58,3 %)/(36,8 %)/(4,9 %); 2007: (45,1 %)/(50,6 %)/(4,3 %); 2008: (47,8 %)/(45,0 %)/(7,2 %). In Ostdeutschland ergab sich für die dortige Gesamtbevölkerung folgende Struktur in den einzelnen EZS-Erhebungsjahren: 2005: 43,0 %/52,0 %/5,1 %; 2006: 46,8 %/48,1 %/4,5 %; 2007: 44,2 %/50,5 %/5,3 %; 2008: 38,4 %/54,5 %/7,1 %. Die soziale Schichtung der ostdeutschen Arbeitslosen schließlich sah nach deren Selbsteinstufung so aus: 2005: 63,0 %/(34,9 %)/(2,0 %); 2006: 72,5 %/(26,7 %)/(0,7 %); 2007: 65,2 %/(34,2 %)/(0,6 %); 2008: (68,4 %)/(31,1 %)/(0,6 %). [Legende: () : ≥ 30 Fälle, < 100 Fälle; (()) : < 30 Fälle.]

⁶⁹ Korrespondierend mit diesen Befunden, stuften sich gemäß EVS 1993 fast 30 % der ostdeutschen Arbeitslosen und fast ein Drittel der westdeutschen Arbeitslosen als eher minderbemittelt bzw. als minderbemittelt ein – gegenüber ca. 14 % der ostdeutschen Gesamtpopulation bzw. etwa 8 % der westdeutschen Gesamtpopulation. Mindestens eher wohlhabend waren ihrer Selbsteinschätzung nach fast 17 % der westdeutschen Arbeitslosen und nur knapp 7 % der ostdeutschen Arbeitslosen. Auf der Gesamtebene ergaben sich in diesem Kontext als Anteilswerte fast ein Drittel in Westdeutschland bzw. knapp 15 % in Ostdeutschland. Verdichtet man die in der Anhang-Abbildung A.12 enthalte-

Abbildung 20: Subjektive Schichtzugehörigkeit in West- und Ostdeutschland 1990-2008 (Anteile in %)



Quelle: Eigene ALLBUS-Berechnungen

Mit diesen Befunden korrespondierten die Antworten auf die Frage nach dem gerechten Anteil am Lebensstandard in der ALLBUS 2008. Gut 40 % aller Westdeutschen sahen ihren Anteil als ungerecht an, bei den westdeutschen Arbeitslosen waren es immerhin ca. 64 %, bei allen Ostdeutschen ca. 68 % und bei den ostdeutschen Arbeitslosen bemerkenswerte 85 %.⁷⁰ Die Sozialstaatssurveys bestätigen die vorstehenden Befunde bezüglich des

nen Informationen dahingehend, dass man die beiden unteren Wohlstandskategorien der „Unterschicht“, die beiden mittleren Kategorien der „Mittelschicht“ und die beiden oberen Kategorien der „Oberschicht“ zuweist, ergibt sich ein eindeutiges Bild: Während sich nur gut 8 % aller Westdeutschen der Unterschicht zuordneten, waren dies bei den westdeutschen Arbeitslosen – wie erwähnt – immerhin ca. ein Drittel der betreffenden Personen. In Ostdeutschland nahmen auf der Gesamtebene fast 14 % aller Personen eine Zuordnung zur Unterschicht vor, bei den ostdeutschen Arbeitslosen waren dies gut 29 %. Auf Grund der korrespondierenden EVS-Fragestellung, welche keinen Referenzpunkt für die jeweiligen Wohlstands-Selbsteinstufungen vorgab, muss allerdings offen bleiben, auf welche Bezugsniveaus bzw. –gruppen sich die entsprechenden Zuordnungen bezogen.

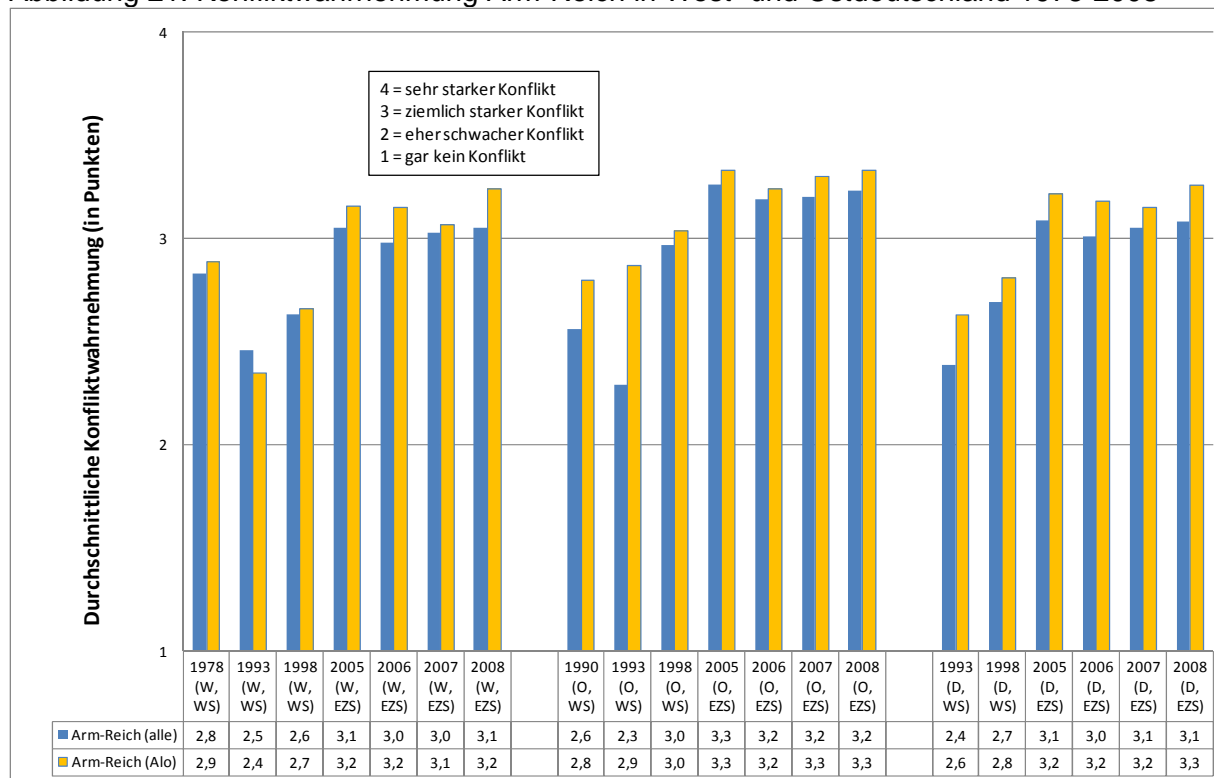
⁷⁰ Eigene ALLBUS-Berechnungen. Auf EVS-1993-Basis zeigte sich ergänzend, dass hinsichtlich der aus Sicht der Befragten vorgenommenen Zuordnung von (mittels der „neuen OECD-Skala“ in Haushaltsäquivalenzeinkommen umgerechneten) Einkommenswerten zu („kritischen“) Wohlstandsniveaus erstens über alle Wohlstandsniveaus hinweg die westdeutsche Gesamtpopulation den einzelnen Kategorien jeweils höhere DM-Beträge als die ostdeutsche Gesamtbevölkerung zuwies, dass zweitens die Arbeitslosen geringere DM-Beträge als die jeweilige Gesamtpopulation in beiden deutschen Landesteilen den einzelnen Kategorien zuordneten und dass drittens die angegebenen DM-Werte der westdeutschen Arbeitslosen durchgängig höher als jene der ostdeutschen Arbeitslosen waren (siehe Abbildung A.13 im Anhang). Diese unterschiedlichen DM-Beträge spiegelten die unterschiedlichen objektiven Wohlstandslagen der einzelnen Gruppen wider, und zwar in dem Sinne, dass eine positive Korrelation zwischen der Höhe des angegebenen Geldbetrages und der eigenen objektiven Wohlstandslage existierte.

gerechten Anteils am Lebensstandard sowohl von der Größenordnung als auch von der Richtung her. Gemäß Sozialstaatssurvey 2008 beispielsweise empfanden in Westdeutschland 42,9 % aller westdeutschen Bürger und 63,3 % der westdeutschen Arbeitslosen ihren Anteil am Lebensstandard als nicht gerecht; in Ostdeutschland waren dies 56,4 % (alle Personen) bzw. 73,0 % (Arbeitslose).⁷¹

4.2.2 Konfliktwahrnehmung Arm-Reich

Mittels der Daten der diversen Wohlfahrtssurveys sind im Rahmen einer Vierer-Skalierung Aussagen zur Wahrnehmung etwaiger Konflikte zwischen Armen und Reichen möglich. Die diesbezüglichen Durchschnittsberechnungen weisen darauf hin, dass im Betrachtungszeitraum in der west- und der ostdeutschen Bevölkerung von mittelstarken Konflikten ausgegangen wurde, da die betreffenden Durchschnittswerte üblicherweise zwischen „ziemlich starken“ und „eher schwachen“ Konflikten lagen (siehe Abbildung 21). Die Gruppe der Arbeitslosen ordnete hierbei dem genannten Gegensatz zwischen Arm und Reich – mit der Ausnahme des Jahres 1993 in Westdeutschland – eine höhere Konfliktintensität zu, als dies die Gesamtpopulation tat. Zeigte sich bereits in den beiden jüngeren Wohlfahrtssurveys 1993 und 1998 für die beiden deutschen Landesteile (und damit auch für Deutschland insgesamt) eine Steigerung der Konfliktwahrnehmung, hat sich in den seit 2005 erhobenen Sozialstaatssurveys die wahrgenommene Konfliktintensität noch einmal in beiden deutschen Landesteilen erhöht. In Ostdeutschland wurde dabei seitens der Befragten von einem intensiveren Konflikt zwischen Arm und Reich als in Westdeutschland ausgegangen.

Abbildung 21: Konfliktwahrnehmung Arm-Reich in West- und Ostdeutschland 1978-2008



Quelle: Eigene WS- und EZS-Berechnungen

⁷¹ Für die Sozialstaatssurveys 2005-2007 ergaben sich in diesem Zusammenhang folgende Prozentwerte: 2005: Westdeutschland: Alle Personen: 36,7 %, Arbeitslose: 53,2 %, Ostdeutschland: Alle Personen: 54,7 %, Arbeitslose: 71,5 %; 2006: Westdeutschland: Alle Personen: 40,0 %, Arbeitslose: 60,2 %, Ostdeutschland: Alle Personen: 57,7 %, Arbeitslose: 79,2 %; 2007: Westdeutschland: Alle Personen: 37,8 %, Arbeitslose: 66,0 %, Ostdeutschland: Alle Personen: 56,7 %, Arbeitslose: 73,2 % (eigene EZS-Berechnungen).

4.3 Ein zweites Zwischenfazit

Die in Kapitel drei festgestellte materielle Schlechterstellung der Arbeitslosen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung spiegelt sich in der allgemeinen Lebenszufriedenheit (dabei auch in der negativen Einschätzung der künftigen Lebenszufriedenheit), insbesondere aber in der Zufriedenheit mit materieller Wohlfahrt deutlich wider. Konkret äußert sich dies in im Grunde genommen durchgängig – und weit – niedrigeren mittleren Zufriedenheitswerten der Arbeitslosen in den Kategorien Lebensstandard, Haushalts- und Persönliches Einkommen gegenüber der jeweiligen Gesamtpopulation. Bei der Zufriedenheit mit immaterieller Wohlfahrt – konkret wurden die Zufriedenheiten mit der Gesundheit, der Familie, der Demokratie und der Umwelt näher beleuchtet – waren die mittleren Zufriedenheitswerte in der Gruppe der Arbeitslosen zwar in der Regel etwas niedriger als bei der jeweiligen Gesamtbevölkerung; allerdings waren die korrespondierenden Abstände deutlich geringer als bei den mittleren Zufriedenheiten mit materiellen Wohlfahrtskategorien. Dass es dennoch üblicherweise (etwas) geringere Zufriedenheitsmittelwerte auch bei der immateriellen Wohlfahrt für die Arbeitslosen zu konstatieren galt, weist darauf hin, dass Arbeitslosigkeit sich nicht nur auf eine ökonomisch-materielle Dimension reduzieren lässt, sondern auch noch eine soziale bzw. psychische Dimension aufweist. Arbeitslose nehmen auch – unseren Untersuchungsbefunden zufolge – etwaige Konflikte zwischen Arm und Reich wesentlich intensiver als der Rest der Bevölkerung wahr.

5. Bewertung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen

Wurden bisher die objektiven und subjektiven Dimensionen von Arbeitslosigkeit im Kontext eines Lebenslagenansatzes einer Prüfung unterzogen, gilt es im Folgenden institutionelle Rahmenbedingungen und -leistungen der Arbeitsmarktverwaltung zu analysieren und anhand des ALG I und ALG II zu präzisieren. Dieser Zusammenhang weist noch Forschungslücken auf. Er steht in Beziehung zur erfolgten Neudefinition sozialstaatlicher und sozialpolitischer Werte und Arrangements seit der Implementierung der Hartz-Reformen, die das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Individuen spürbar verändert haben.

Das klassische, auf Geben und Nehmen beruhende Leitbild des „alten“ Sozialstaates und des darin sozialisierten „sozialversicherten Menschen“⁷² wird prekär. Es findet sich noch in der auf zwölf Monate begrenzten Arbeitslosenversicherung, in der gesetzlichen Krankenversicherung und vom Grundsatz her in der gesetzlichen Rentenversicherung. Dass die Fähigkeit der Individuen, eigenständig für ihre soziale Unabhängigkeit zu sorgen und damit soziale Risiken zu minimieren, eingeschränkt oder unmöglich sein kann, wird mitunter ausgeblendet.⁷³ Die der Risikosemantik des fordernden und fördernden Sozialstaats zugrunde liegende soziale Unsicherheit kann zur individuellen Verunsicherung mit möglicherweise problematischen Konsequenzen führen⁷⁴, wie wir im Folgenden am ALG I und ALG II aufzeigen.

5.1 Einschätzungen zum ALG I

Das subjektive Absicherungsgefühl und die Höhe des Arbeitslosengeldes einerseits sowie die antizipierte eigene Absicherung im Falle einer zukünftigen Arbeitslosigkeit andererseits lassen sich aufeinander beziehen. Exemplarisch soll im Folgenden ein diesbezüglicher Ver-

⁷² Hondrich 2001.

⁷³ Vgl. Castel 2005, S. 33.

⁷⁴ Vgl. Castel 2005, S. 38.

gleich der Einstellungsvariablen des Projektes „Einstellungen zum Sozialstaat“ (Sozialstaats-survey) durchgeführt werden.⁷⁵

Aus Tabelle 2 lässt sich eine tendenziell ausbalancierte Einschätzung über das Leistungsniveau des ALG I erkennen: 46 % der Befragten halten die Leistungen für schlecht bzw. für eher schlecht, während die restlichen 54 % eine gegenteilige Auffassung vertreten. Auffällig ist die Polarisierung zwischen dem untersten und dem obersten Einkommensquintil sowie zwischen Langzeitarbeitslosen auf der einen Seite sowie abhängig Beschäftigten und Selbstständigen auf der anderen Seite.

Tabelle 2: Beurteilung der Leistungen des Arbeitslosengeldes I 2008 (in %)*

		Eher schlecht / Schlecht	Eher gut / Gut
Alle Befragten		46	54
<i>Einkommenslage</i>	Unterstes Quintil	52	48
	Oberstes Quintil	38	62
<i>Erwerbsstatus</i>	Abhängig beschäftigt	46	54
	Selbstständig	46	54
	Arbeitslos (bis 1 Jahr)	53	47
	Langzeitarbeitslos	60	40
<i>Alter</i>	18-34 Jahre	43	57
	35-59 Jahre	48	52
	60 Jahre und älter	45	55
<i>Region</i>	Ost	52	48
	West	54	47

*Sind die Leistungen des Arbeitslosengelds Ihrer Meinung nach in der heutigen Zeit gut, eher gut, eher schlecht oder schlecht?

Datenquelle: Sozialstaatssurvey 2008

Quelle: Nüchter/Schmid 2009

Verwunderlich erscheint die relative Zufriedenheit der ALG-I-Empfänger, da von diesen immerhin 47 % mit der Höhe des ALG I zufrieden zu sein scheinen. Ein Blick auf die Leistungshöhe des ALG I im Jahr 2008 demonstriert nämlich das doch relativ niedrige Niveau des realen Leistungsniveaus. Laut Aussagen des Statistischen Bundesamtes bezogen 2008 54,7 % der Frauen (Männer 25,9 %) weniger als 600 Euro/Monat Arbeitslosengeld (siehe im Anhang Abbildung A.14). Während 59,2 % der Männer zwischen 600 und 1.200 Euro/Monat erhielten, hatten lediglich 40,8 % der Frauen einen Betrag in dieser Bandbreite inne. Nur 14,8 % der Männer (Frauen 4,6 %) erreichten das Niveau zwischen 1.200 und 1.800 Euro/Monat.

In einem weiteren Schritt wurde nach den subjektiven Erwartungen im Falle einer künftigen Arbeitslosigkeit gefragt. Aus Tabelle 3 wird ersichtlich, dass 58 % aller Befragten künftig mit einer schlechteren eigenen Absicherung rechnen. Zu den Pessimisten zählen neben Lang-

⁷⁵ Das vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales geförderte Projekt „Einstellungen zum Sozialstaat“ untersuchte 2005-2008 die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger zum Sozialstaat und zu den sozialen Sicherungssystemen. Darin wurden neben quantitativen Befragungen auch qualitative Interviews durchgeführt, auf die im Folgenden rekurriert wird. Vgl. dazu auch „Projekte“ unter <http://www.soz.uni-frankfurt.de/agsi/>.

zeitarbeitslosen und ALG-I-Empfängern interessanterweise auch Selbstständige, was zumindest für Teile dieser Erwerbsgruppe durchaus auf eine prekäre Absicherungsvorsorge hindeutet und der viel zitierten Eigenverantwortungslogik widerspricht. Sehr markant sind die deutlich polarisierten Absicherungswahrnehmungen zwischen hohen und niedrigen Einkommensbeziehern. Auffällig ist auch eine Geschlechter-Differenz: Rund 63 % der Frauen gehen von einer schlechteren Absicherung im Falle einer künftigen Arbeitslosigkeit aus, während es bei den Männern mit 54 % fast zehn Prozentpunkte weniger sind.

Tabelle 3: Beurteilung der eigenen Absicherung bei Arbeitslosigkeit 2008 (in %)*

		Eher schlecht / Schlecht	Eher gut / Gut
Alle Befragten		58	42
<i>Einkommenslage</i>	Unterstes Quintil	68	32
	Oberstes Quintil	41	59
<i>Erwerbsstatus</i>	Abhängig beschäftigt	44	56
	Selbstständig	71	29
	Arbeitslos (bis 1 Jahr)	69	31
	Langzeitarbeitslos	83	17
<i>Alter</i>	18-34 Jahre	54	46
	35-59 Jahre	63	37
	60 Jahre und älter	46	54
<i>Geschlecht</i>	Frauen	63	37
	Männer	54	47
<i>Region</i>	Ost	62	38
	West	58	42

*Und wenn Sie an sich selber denken, was meinen Sie: Werden Sie in Zukunft im Falle einer Arbeitslosigkeit gut, eher gut, eher schlecht oder schlecht abgesichert sein?

Datenquelle: Sozialstaatssurvey 2008

Quelle: Nüchter/Schmid 2009

Die unterschiedlichen Einschätzungen hinsichtlich der Höhe des ALG I und einer adäquaten Absicherung im Falle der Arbeitslosigkeit ändern nichts daran, dass die Mehrheit der Bevölkerung (2008: 54 %) der Arbeitslosenversicherung „vertraut“, das heißt, diese positiv bewertet. Das folgende Zitat einer 36-jährigen Frankfurter Arbeitslosen, das, wie bei den Befragungen häufig zu hören, zwischen dem ALG I und dem ALG II differenziert, verdeutlicht diesen Aspekt und leitet zum nächsten Aspekt, der Grundsicherung für Arbeitsuchende, über:

„Na ja, gut, aber Arbeitslosengeld I und Arbeitslosengeld II muss man ja unterscheiden, ...weil Arbeitslosengeld I ist ja eine Versicherungsleistung, das wird ja schon finanziert, aus den Beiträgen, und Arbeitslosengeld II wird ja aus Steuern finanziert. Also, bei Arbeitslosengeld I finde ich das in Ordnung, so wie es ist auch, weil das geht ja dann auch nach der Höhe des Verdienstes, das sind, glaube ich, 65 oder 67 % vom Netto, und Arbeitslosengeld II finde ich nicht in Ordnung, weil es eben auch die individuelle Situation der Menschen nicht berücksichtigt, ja, jemand, der zum Beispiel jetzt 40 Jahre gearbeitet hat und hatte nicht die Möglichkeit, Rücklagen zu bilden, der jetzt wenig verdient hat oder eine Familie zu ernähren hat, was weiß ich auch immer, rutscht dann automatisch in dieses ganz niedrige Niveau, ja, also die Individualität geht völlig verloren.“⁷⁶

Weitere empirische Befunde belegen dieses Einstellungsmuster. Es stellt sich daher die Frage, ob der relative Vertrauensbonus, den das ALG I aufweist, auch für das ALG II gilt, da

⁷⁶ Vgl. Becker/Hallein-Benze 2008, S. 9.

beitragsfinanzierte Versicherungsleistungen vermutlich einen höheren Stellenwert als steuerfinanzierte Leistungen zur Grundsicherung genießen.

5.2 Einschätzungen zum ALG II

Aufbauend auf diesen Ausführungen, ist zu fragen, wie das ALG II sowie die mit „Hartz IV“ verbundenen Richtlinien seitens der Bevölkerung bewertet werden. Für die „Aktivierung“ der arbeitssuchenden Grundsicherungsempfänger stehen umfangreiche Anreiz- und Förderinstrumente zur Verfügung. Als Anreiz für Arbeitsuchende, auch geringfügig entlohnte Arbeit anzunehmen, dient die Möglichkeit, die geringfügig entlohnte Arbeit durch Hartz IV „aufzustocken“, damit die Existenzsicherung gewahrt bleibt. Darüber hinaus werden bestimmte arbeitsmarktpolitische Problemgruppen gezielt gefördert. So stehen zum Beispiel für junge Menschen bis 25 Lebensjahren (u. a. die Vermittlung von Praktika oder ein Ausbildungsplatz bzw. eine Arbeitsstelle) oder für ältere Arbeitnehmer (z. B. Entgeltsicherung, „58er-Regelung“) besondere Eingliederungsmaßnahmen zur Verfügung. Standen noch 2005 Leistungsmissbrauchsvorwürfe, illegale Beschäftigungsverhältnisse oder verschwiegene Geld- oder Sachvermögen von Leistungsempfängern im Vordergrund, wurden in den vergangenen beiden Jahren die noch immer geringen Beschäftigungsperspektiven für Langzeitarbeitslose sowie der Wandel der Förderphilosophie und der Instrumenteneinsatz diskutiert.⁷⁷ Betroffenenverbände rügen restriktive Maßnahmen seitens der Arbeitsmarktverwaltung, ein bürokratisches Antragsverfahren, ein gesunkenes Leistungsniveau, übertriebene staatliche Kontrollen zur Bekämpfung von Leistungsmissbrauch und nicht zuletzt Mängel bei der „Betreuung aus einer Hand“ (Arbeitsvermittlungspraxis und Qualität der angebotenen Arbeitsplätze).⁷⁸ Re-Familialisierungstendenzen aufgrund der gängigen ALG-II-Praxis in Form von Abhängigkeitsverhältnissen bringen die verschärften Anrechnungsregelungen auch der Bedarfsgemeinschaften mit sich.⁷⁹

Eine weitere wichtige Determinante der Zufriedenheit mit Hartz IV ist naheliegenderweise das Niveau der Leistungen. Hierbei hat 2008 eine Untersuchung von Bernhard Christoph zum Lebensstandard, die 18.954 Personen und 12.794 Haushalte umfasste, ergeben, dass die Mehrheit der Hartz-IV-Empfänger mit der Versorgung elementarer Güter durchaus zufrieden ist. Das betrifft die Bereiche Wohnung bzw. Wohnkosten, Kleidung und Ernährung. Ausgesprochen problematisch erscheinen hingegen faktische Beschränkungen bei der kulturellen Teilhabe oder die Unmöglichkeit, höherwertige Konsumgüter zu erwerben. Ferner könnten kaum Rücklagen für defekte Haushaltsgeräte oder andere Einrichtungsgegenstände und -reparaturen getätigt werden.⁸⁰

Insgesamt stützt die betreffende Studie die These, die Grundsicherung für Arbeitsuchende festige soziale Exklusion und führe bei vielen Betroffenen zu Benachteiligungsgefühlen. Von daher ist es sinnvoll, die Leistungen des ALG II einer genaueren Betrachtung zu unterziehen. Die folgende Abbildung 22 gibt über die ALG-II-Bewertungen seitens der Bevölkerung Auskunft. Rund 58 Prozent der Befragten hielten im Jahre 2007 (nach 61 % im Jahre 2005) die Leistungen des aktuellen Arbeitslosengeldes II für schlecht oder für eher schlecht.

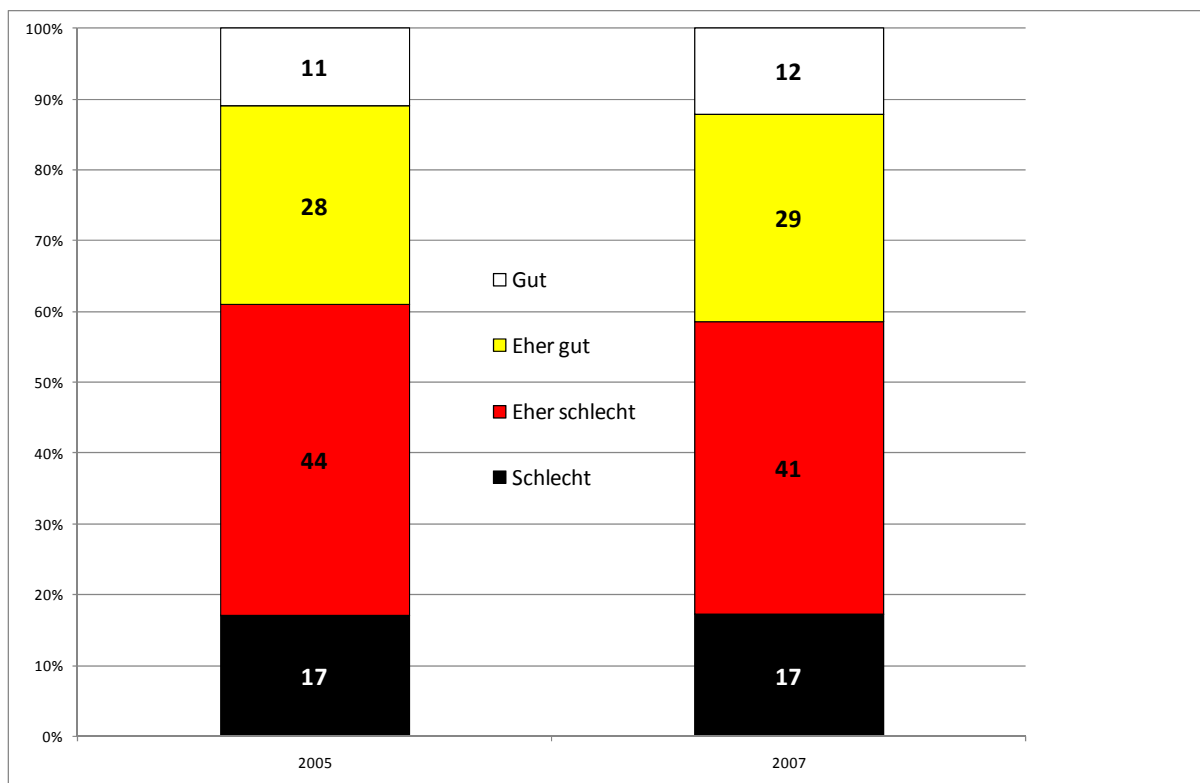
⁷⁷ So monierte etwa das Forschungsteam Internationaler Arbeitsmarkt folgende Entwicklung: „Bis 2003 war es ein gewünschter Effekt, dass über eine tariflich bzw. ortsüblich entlohnte ABM (neue) Ansprüche auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung erworben werden konnten. Im Zusammenwirken mit mehrfach verschärften Zumutbarkeitsregelungen und verschlechterten Förderkonditionen hat das in § 1 SGB III formulierte Ziel, unterwertiger Beschäftigung entgegenzuwirken, in der praktischen Umsetzung der Beschäftigungsförderung keine wahrnehmbare Wirkung. Das SGB II kennt ohnehin keinerlei Zumutbarkeitsgrenzen.“ (Wagner 2007, S. 321).

⁷⁸ Vgl. exemplarisch Schwarzbuch Hartz IV 2008. Vgl. auch, bezogen auf arbeitsmarktpolitische Zielgruppen, Lenhart/Tießler-Marender 2007, S. 156-176.

⁷⁹ Vgl. Auth/Langfeldt 2007, S. 150.

⁸⁰ Vgl. Christoph 2008a.

Abbildung 22: Bewertung der Leistungen des Arbeitslosengeldes II (in %)*



* Seit 2005 erhalten Langzeitarbeitslose und arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger gemeinsam eine Grundsicherung für Arbeitsuchende, das so genannte Arbeitslosengeld II. Halten Sie die Leistungen des Arbeitslosengelds II für gut, eher gut, eher schlecht oder schlecht?

Datenbasis: Sozialstaatssurvey 2005, 2007

Quelle: Becker/Hallein-Benze 2009, S. 206

Eher negativ wurden die ALG-II-Leistungen mehrheitlich auch bei den Gruppendiskussionen in Frankfurt/Main und Leipzig bewertet. Der Ausspruch „Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel“ wurde vor allem von Betroffenen verwendet. Sie erklärten, dass eine gesellschaftliche Teilhabe kaum möglich sei. Einem Hilfebedürftigen stünden pro Tag knapp 10 Euro zur Verfügung, von denen er Lebensmittel, Telefon, Internet, Vereinsbeiträge und andere Dinge des alltäglichen Bedarfs bezahlen müsse. Die Unterhaltung eines Pkws, der Kauf von U-Bahn-Fahrkarten, Kinobesuche etc. seien für Hilfebedürftige kaum möglich. Als problematisch sahen viele Diskutanten die Preissteigerungen an, die beim Hartz-IV-Satz zu wenig berücksichtigt würden. Andere Teilnehmer differenzierten ihre Aussagen: So gab es in Leipzig einige Teilnehmer, die der Ansicht waren, dass man von den Leistungen des Arbeitslosengeldes II einigermaßen gut leben könne. Eine Grundversorgung, so argumentierten einige Studenten und auch ein Selbstständiger, sei gewährleistet, wie das folgende Zitat aus den Gruppendiskussionen 2007 illustriert:⁸¹

„Also, als Student kann man, glaube ich, sagen, dass man mit 347 Euro Taschengeld im Monat schon auskommen könnte, ich meine, das ist natürlich knapp, weil man ja auch Telefonkosten und so weiter davon bezahlt, aber, ja, die Miete ist ja bezahlt und unter der Brücke schlafen muss man ja damit nicht. Ist schon nicht viel, aber dafür macht man ja auch nicht so viel, im Moment zumindest.“

Im Zusammenhang mit der Beurteilung der Leistungsebene traten in den Diskussionsrunden zahlreiche Facetten auf. So nahmen die Teilnehmer Bezug auf das nachlassende Selbst-

⁸¹ Vgl. auch für die folgenden Zitate Becker/Hallein-Benze 2008 oder 2009.

wertgefühl der Betroffenen, auf die behauptete Willkür, der sich die Leistungsempfänger ausgesetzt sähen, auf die steigende Kinderarmut sowie auf Probleme bei der Beantragung von Sonderzahlungen. Eine arbeitssuchende Frankfurterin fühlte sich in gewisser Weise der Willkür der Arbeitsagenturen ausgeliefert:

„Die Willkür, die geht mir tierisch auf die Nerven, diese Willkür, diese Abhängigkeit vom Amt, [...] dass eigentlich von heute auf morgen irgendwas geändert werden kann, und man kann eigentlich nichts dagegen machen, ja. Die rechnen mit nackten Zahlen, die richten sich ja auch nur nach den Gesetzen, okay, verstehe ich auch einerseits, die machen auch nur ihre Arbeit, aber es ist einfach eine Abhängigkeit und eine Willkür dahinter [...]“

Weiterhin zeigten sich in der Praxis erhebliche Probleme bei Sonderanträgen für Wohnungsinventar. Nur in seltenen Fällen werde einem Antrag auf Reparatur stattgegeben, wie ein Leipziger Hartz-IV-Empfänger darlegte:

„[...] dann reicht das also vorne und hinten nicht, da ist zum Beispiel eine Reparatur nicht drin für eine Waschmaschine und so weiter und so weiter. [...] besteht ja die Möglichkeit, dass man im Notfall zum Beispiel auf Hilfe speziell noch mal anfragt, also Mehrbedarf zum Beispiel beantragen kann oder einmalige Hilfen, und dann sind eben diese Regelungen so dehnbar, dass man dort, bei dem Sachbearbeiter in der Regel, schon abblitzt, also, dass der konkret sagen kann: ‚Nein, das bewillige ich nicht.‘“

Zu Fragen, auf welchen Einstellungen oder Deutungen derartige Umfrageergebnisse beruhen, vermögen die durch Gruppendiskussionen in Frankfurt/Main und Leipzig erhobenen Daten einen gehaltvollen Beitrag zu leisten. Neben einer positiven Grundeinstellung zu einer staatlich gewährleisteten Grundsicherung überwogen im Detail negative Deutungen: Mit den Grundsicherungsleistungen, so ließe sich der Tenor der Gruppendiskussionen zusammenfassen, sei eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben kaum oder gar nicht möglich.

Auf positive Resonanz stieß die Forderung, auch im Falle längerer Arbeitslosigkeit die Leistung an den vorherigen Lohn zu koppeln, damit der Lebensstandard einigermaßen aufrechterhalten werden könne.

Auf die Frage nach der zukünftigen Absicherung bei länger anhaltender Arbeitslosigkeit antwortete die Mehrheit der Frankfurter und Leipziger Diskutanten, dass diese „eher schlecht“ bis „schlecht“ sei. Vermutet wurde, dass die Lebenshaltungskosten weiter steigen werden, während es zukünftig weitere Leistungskürzungen in den verschiedenen sozialen Sicherungsbereichen geben werde. Auffällig waren die relativ positiven Einschätzungen von drei Leipziger Diskutanten, deren Alter zwischen 24 und 38 Jahren lag. Verglichen wurde das Leistungsniveau in Deutschland mit dem anderer Länder, weiterhin wurde der Miet- und Stromkostenzuschuss positiv bewertet:

„Also, ich würde auch sagen, eher gut, weil auch vergleichsweise zu anderen Ländern [...], dass man das auch nicht einfach so voraussetzen kann, dass es diese Zahlungen gibt, finde ich, dass die hier noch auf jeden Fall ausreichend sind, um zu überleben.“

Eine zentrale Dimension der Einstellungen zum Sozialstaat bezieht sich auf das Verhältnis von Markt – Staat – Individuum, das als Hintergrundfolie der Beurteilung und Akzeptanz sozialstaatlicher Zielsetzungen fungiert: Welcher Akteur ist für die Schaffung von Arbeitsplätzen zuständig? Wem sollte die materielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit obliegen? Diese beiden Schlüsselfragen, die das Spannungsverhältnis zwischen Staat und Markt tangieren, begleiten nicht nur die fortlaufende öffentliche Diskussion, sondern hatten auch in den vier Gruppendiskussionen einen hohen Stellenwert.

Trotz der zunächst homogenen Beurteilungen zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat führte die Frage nach der Schaffung von Arbeitsplätzen im weiteren Verlauf der Gespräche zu Kontroversen. Erkennbar war in allen Gruppen der Vertrauensverlust in die Wirtschaft. Kritisiert wurde vor allem das fehlende Verantwortungsbewusstsein der Unternehmen gegenüber ihren Arbeitnehmern, das in direktem Zusammenhang mit der Abwanderung vieler Unternehmen ins Ausland diskutiert wurde, aber auch die Rolle des Staates wurde kritisch bewertet. Mehrheitlich waren die Teilnehmer der Ansicht, dass staatliche Subventionen eher dazu

geführt hätten, Arbeitsplätze abzubauen anstatt welche zu schaffen.⁸² Ein 35-jähriger Arbeitsloser erklärte:

„Also, das sollte der Staat schon, gerade die Firmen, die er fördert mit Subventionen, dass sie da nicht also nach ein paar Jahren oder was einfach abwandern, wo dann auch wieder neue Arbeitslose entstehen, wo dann halt mal eine Produktionsanlage verlegt wird, ich meine, aus Kostengründen ist alles gut und schön vorgeschoben, aber vorher wurde viel Geld vom Bund investiert, und das wird dann einfach mitgenommen.“

Mit dieser Argumentation in Einklang stehend, waren viele Diskussionsteilnehmer der Ansicht, dass der Staat gelegentlich stärker als regulierende Institution in Erscheinung treten solle. Eine 58-jährige Leipzigerin etwa forderte:

„Ich bin der Meinung, der Staat sollte in das System eingreifen, zumindest dann, wenn es darum geht, dass große und auch renommierte Firmen reguläre Arbeitsplätze umwandeln in Zeitarbeitsplätze, nur weil sie sich dadurch finanziell besser stellen, und das auch noch geduldet wird, da müsste ein Riegel vorgeschoben werden.“ Die Auswertung der Transkripte zeigt, dass staatliche Eingriffe im Sinne einer „Regulierung“ zwar befürwortet, „zu viel Staat“ jedoch von den Teilnehmern abgelehnt wurde. Möglicherweise gibt es hier Argumentationsunsicherheiten und Wissenslücken, wie das folgende Zitat einer 62-jährigen Frankfurterin andeutet:

„Also, ich denke mal, wenn der Staat noch stärker eingreift, dann ist es also eine ganz andere Staatsidee, eine ganz andere tragende Staatsidee. [...] Nein, so viel Staat möchte ich nicht.“ Bei der Frage nach der Finanzierung und Zuständigkeit der Absicherung gegen Arbeitslosigkeit wurden Wissensdefizite bei den Teilnehmern beider Städte erkennbar. Unklar war einigen Diskutanten, wer die Absicherung gegen Arbeitslosigkeit gegenwärtig finanziert. Nach Aufklärung durch den Moderator oder informierte Teilnehmer plädierten viele für die Beibehaltung der paritätischen Finanzierung (Arbeitgeber und -nehmer) beim Arbeitslosengeld I sowie für eine steuerfinanzierte staatliche Finanzierung des Arbeitslosengeldes II.

Die Frage nach der Zuständigkeit zeigte, dass neben dem Sozialstaat auch dem Individuum eine (finanzielle) Verantwortlichkeit bei der Absicherung gegen Arbeitslosigkeit zugeschrieben wurde. In Frankfurt/Main argumentierten einige Teilnehmer, dass es notwendig sei, für potenzielle Notlagen finanzielle Rücklagen zu bilden. Andere entgegneten, dass die Gehälter vieler Arbeitnehmer derart gering seien, dass eine ausreichende Rücklagenbildung ausgeschlossen sei.

In Leipzig plädierten einige Teilnehmer für eine stärkere staatliche Zuständigkeit. Eine 30-jährige Ärztin erklärte:

„Das sollte schon der Staat sein [...] wir leben in einem Sozialstaat, und ich denke, das gehört einfach dazu, dass er seine Bewohner auch absichert. Auf jeden Fall.“

Während der Diskussionen zeigte sich, dass die Beurteilung der Finanzierung der Absicherung gegen Arbeitslosigkeit häufig mit der Beurteilung über das Leistungsniveau der Grundversicherung vermischt wurde. Der Tatbestand, dass langjährige Beitragszahler im Falle der Langzeitarbeitslosigkeit mit „Almosen abgespeist“ würden, wurde vielfach skandalisiert. Die auch in der politischen Arena geführte Diskussion, dass langjährige Beitragszahler gegenüber Beitragszahlern mit kürzeren Anwartschaften im Falle der Arbeitslosigkeit bevorzugt werden sollten, fand hier ihren Widerhall.

⁸² Allerdings gilt es zu beachten, dass viele Diskussionsteilnehmer zum Zeitpunkt der Diskussionen unter dem Eindruck der Berichterstattung über die Entscheidung von Nokia, den Produktionsstandort in Bochum zu schließen, standen.

5.3 Fördern und Fordern – Problembewusstsein und Lösungsansätze

Nachfolgend werden in Kapitel 5.3.1 die zentralen Aspekte des in Politik und Öffentlichkeit häufig benutzten Leitsatzes „Fördern und Fordern“ behandelt. Fokussiert werden die Einstellungen und Erfahrungen der Diskutanten zur „Betreuung aus einer Hand“ und zu bestimmten Wiedereingliederungsangeboten in den Arbeitsmarkt. Kapitel 5.3.2 beschäftigt sich mit der Eigenverantwortung der Teilnehmer bei der Arbeitssuche. Ferner werden in Kapitel 5.3.3 die Ergebnisse aus den Diskussionen hinsichtlich der geplanten verschärften Kontrollen und Sanktionen – etwa bei Schwarzarbeit, bei verschwiegenem Vermögen, bei eheähnlichen Gemeinschaften und bei fehlender Arbeitsbereitschaft im Wiederholungsfall – erläutert.

5.3.1 Grundsicherung für Arbeitsuchende

Die Idee der Betreuung aus einer Hand wurde in beiden Städten mehrheitlich positiv bewertet, an einer guten Umsetzung, so vor allem Betroffene, mangelte es allerdings. Es zeigte sich, dass die Erwartungen, die Betroffene von den Arbeitsagenturen haben, nicht erfüllt werden. Mehrfach berichteten die Diskutanten von unzureichenden bzw. „absurden“ Arbeitsangeboten, inkompetenten Fallmanagern und einer unflexiblen Verfahrensweise. Ein typisches Beispiel ist folgendes: Eine 42-jährige Arbeitslose aus Frankfurt/Main war enttäuscht über die unzureichenden Vermittlungsangebote, die ihr die Arbeitsagentur in der Vergangenheit gemacht hatte. Sie hatte sich eine engere Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur gewünscht:

„Wir haben ja heute über die Arbeitsagentur überhaupt keine Möglichkeit, eine Arbeitsstelle vermittelt zu bekommen. Ich habe in diesen knapp drei Jahren meiner Arbeitslosigkeit zwei Stellenbeschreibungen von der Arbeitsagentur, von der kommunalen Arbeitsvermittlung mitgeteilt bekommen.“

Ein 48-jähriger arbeitssuchender Frankfurter verwies ebenfalls auf unzureichende, aber auch auf „absurde“ Arbeitsangebote, die ihm durch ein Job-Center unterbreitet worden waren:

„Aus meiner Erfahrung sind die Angebote des Job-Centers vollkommen unzureichend. Also es kamen äußerst selten Vermittlungsvorschläge, die Vermittlungsvorschläge, die wenigen, die ich bekam, die waren meistens, sage ich mal, unreal von den Anforderungen her, die kennen doch am Job-Center eigentlich mein Profil. Die kennen meinen Lebenslauf, die wissen, welche Kenntnisse, Fähigkeiten ich habe und mal ein ganz krasses Beispiel: Da bekomme ich einen Vermittlungsvorschlag von einer griechischen Expedition, mich zu bewerben, wo Griechisch-Kenntnisse verlangt sind, und ich musste mich drauf bewerben, da war die Absage vorprogrammiert, ja, das ist ein Witz, ja, also manche Vermittlungsvorschläge sind die reinsten [...]“

Neben den Vermittlungsangeboten wurden die Arbeitsweise und das Verhalten der Fallmanager negativ beurteilt. Viele Betroffene bemängelten die ungenügende Aufklärung durch die Fallmanager. Sie erklärten, dass man sie zwar ausreichend über ihre Pflichten, jedoch nur unzureichend über ihre Rechte informieren würde. Übereinstimmend kritisierten insbesondere die Betroffenen die fehlende Kontinuität der Ansprechpartner. Bei jedem Besuch oder Anruf werde man von einem anderen Ansprechpartner betreut, ferner würde man nur als „Fall“ (verwiesen wurde in diesem Kontext auf den Begriff „Fallmanager“) und nicht als Mensch behandelt. All diese Aspekte führten dazu, dass eine individuelle Betreuung auf der Strecke bleibe. Viele der Betroffenen fühlten sich von den Mitarbeitern der Arbeitsagenturen oder Job-Center schlecht behandelt bzw. diesen „ausgeliefert“. Stellvertretend hierfür sei die Aussage einer allein erziehenden Mutter aus Frankfurt/Main angeführt, deren Antrag auf Arbeitslosengeld II abgelehnt worden war:

„Ja, also, ich kann auch nur sagen, als Mensch bin ich da nicht behandelt worden, eher als Nummer, als Fall, man hat auch meine spezielle Situation, weil ich ja gerade das kleine Kind hatte, überhaupt nicht respektiert oder beachtet, man hat zu mir gesagt: ‚Sie können ja in vier, fünf Monaten oder wann immer auch einen neuen Antrag stellen, oder Sie haben bis dahin eine Arbeitsstelle gefunden und geben Ihr Kind in eine Krippe.‘ Und dann habe ich gesagt: ‚Ich möchte mein Kind aber gerne bis zum dritten Lebensjahr zu Hause erziehen und betreuen.‘ Das Recht habe ich ja. ‚Dazu können wir Ihnen auch nichts sagen.‘“

Unverständnis bezüglich der Arbeitsweise der Arbeitsagenturen zeigten auch berufstätige Diskutanten, die über Erfahrungen aus dem näheren sozialen Umfeld berichteten. Bekannt seien Fälle, bei denen eine ABM-Stelle schon mehrere Jahre in Folge mit derselben Person besetzt sei oder ABM-Stellen an Personen vergeben würden, die über keine ausreichende berufliche Qualifikation verfügten. Positive Äußerungen über eine umfassende Betreuung wurden in den Diskussionsrunden nur selten gemacht. Ein Frankfurter Arbeitsuchender hob eine sechswöchige Fördermaßnahme hervor, die Arbeitsuchenden notwendige Kompetenzen (PC-Recherche, Bewerbungsschreiben und -gespräche) vermittele. Generell wurde aber die Idee, Arbeitsangebote und Förderprogramme anzubieten, um Langzeitarbeitslose schneller wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, in beiden Städten befürwortet:

„Das finde ich eigentlich so ganz gut, wenn ich das so höre. Das stelle ich mir so vor, dass man irgendwelche Zuschüsse bekommt, um beispielsweise, ich sage mal, irgendwelche Qualifizierungskurse zu besuchen, um sich dann auf dem Arbeitsmarkt irgendwie besser zu etablieren, interessanter zu machen. Das finde ich ganz gut. Das ist auch eine aktive Sache für den Arbeitnehmer. Er kann sich selber einbringen.“

Aber auch hier offenbarten sich Umsetzungsprobleme, die insbesondere von Leipziger Diskutanten kritisch aufgezeigt wurden. Vor dem Hintergrund der beschriebenen eher ineffizienten Arbeitsweise einiger Arbeitsagenturen wurde bemängelt, dass die zeitliche Umsetzung von der Beantragung bis zur Genehmigung von Arbeitsangeboten und Förderprogrammen langwierig sei.

5.3.2 Eigenverantwortliche Arbeitssuche

Eigenverantwortung und Eigeninitiative wurden in den einzelnen Diskussionsrunden als zentrale Aspekte bei der Arbeitssuche genannt. Neben Bewerbungen sei es wichtig, dass sich die Betroffenen über Weiterbildungs- oder Umschulungsmaßnahmen informierten sowie über eine gewisse Flexibilität und Mobilität verfügten. In beiden Städten manifestierte sich bei diesem Thema allerdings eine gewisse Spaltung der Gruppen. Berufstätige und Studenten zeigten andere Argumentationsmuster als Arbeitsuchende. Vor allem jüngere Teilnehmer argumentierten, dass es nicht zu den zentralen Aufgaben des Staates zähle, Betroffenen bei der Arbeitssuche zu helfen. Eine Leipziger Studentin fand es „merkwürdig“, Menschen Anreize zu geben, damit diese sich einen Job suchten:

„Also, im Endeffekt sollte der finanzielle Anreiz ja schon der Job alleine sein und deswegen, wenn man jetzt nur für das Bemühen schon Geld auszahlt, dann ist die Chance auch des Missbrauchs wieder viel zu groß, weil, bewerben sich die Leute, gehen da auch hin, stellen sich auch an wie, ja, keine Ahnung, so dass, präsentieren sich so, dass sie den Job sowieso nicht bekommen und haben aber die Prämie vom Arbeitsamt bekommen, also ich denke, dass da auch viel...“

Andere Teilnehmer erwähnten strukturelle Barrieren, die den Zugang zum Arbeitsmarkt erschwerten und die im Wesentlichen mit der als schwerfällig empfundenen Arbeitsweise der Arbeitsagenturen und Job-Center in Verbindung gebracht wurden. So appellierte ein 26-jähriger Tierarzt an die Eigeninitiative der Arbeitsuchenden, weil die Arbeitsagenturen viel zu „träge“ seien, um Arbeitsuchende wieder schnell in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Demnach müssten Arbeitsuchende selbst „Informationsquellen auf tun“, um an Jobangebote zu gelangen. Zwei Langzeitarbeitslose reagierten darauf verärgert. Sie erklärten, dass sie den Fallmanagern zahlreiche eigene Vorschläge über Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen unterbreitet hätten, die allerdings abgelehnt worden seien. Auch ein Selbstständiger, der lange die Grundsicherung für Arbeitsuchende bezogen hatte, meinte, Eigeninitiative scheitere oftmals an bürokratischen Barrieren. Erforderlich scheint ein hohes Maß an Motivation (positives Denken), um – in diesem Fall im Raum Leipzig – wieder Arbeit zu finden:

„Ich kann bloß als Selbstständiger sagen, dass es eben als ALG-II-Empfänger auch sehr schwer ist, sich selbstständig zu machen, weil die Förderungen, die ein Normal-Arbeitsloser kriegt, eben halt ein Hartz-IV-Empfänger dann nicht bekommt. Also, halt einfach auch aus dem wieder rauszukommen, es ist halt, wenn man da mal drin ist, ist bestimmt ziemlich schwer, da wieder Fuß zu fassen, also, dass

die Motivation beziehungsweise [...] der Staat da zu wenig dafür tut, dass das Arbeitsamt zahlt zwar das Geld aus, aber letztendlich so die Job-Vermittlung, dass das letztendlich [...]“

Beim Thema Mobilität von Leistungsempfängern waren vor allem jüngere Teilnehmer der Ansicht, dass es bestimmten Gruppen von Arbeitssuchenden zuzumuten sei, den Bewerbungsradius möglichst weit anzulegen. Eine Leipzigerin erklärte:

„Also, ich denke, dass man auf jeden Fall erwarten kann, dass man, ja, dass man versucht, seine Situation zu verbessern, es gibt ja diverse Qualifikationsmaßnahmen, an denen man teilnehmen könnte, oder Umschulungen in gewisse Richtungen oder, ja, ich finde auch, dass man durchaus erwarten kann, dass man, also, ja, ich sage mal allein stehende Arbeitslose, also ohne Familie oder so, kann man durchaus auch erwarten, dass man umzieht für einen Arbeitsplatz.“

Hingegen argumentierten Arbeitssuchende, dass Mobilität auch zusätzliche finanzielle Mittel (Besitz eines Pkws, Bahnfahrkarten) erfordere und dies für viele Betroffene problematisch sei. In den Diskussionsrunden wurde deutlich, dass das Thema Bewerbungen für alle Langzeitarbeitslosen mit finanziellen Belastungen verbunden ist. So verwies beispielsweise eine Arbeitssuchende aus Frankfurt/Main darauf, dass Bewerbungskosten zwar erstattet würden – das Problem sei jedoch, dass „diese Gelder halt immer in Vorkasse erbracht werden müssen.“ Dies sei für viele der Betroffenen aus finanziellen Gründen problematisch.

5.3.3 Kontrollen bei Leistungsmissbrauch

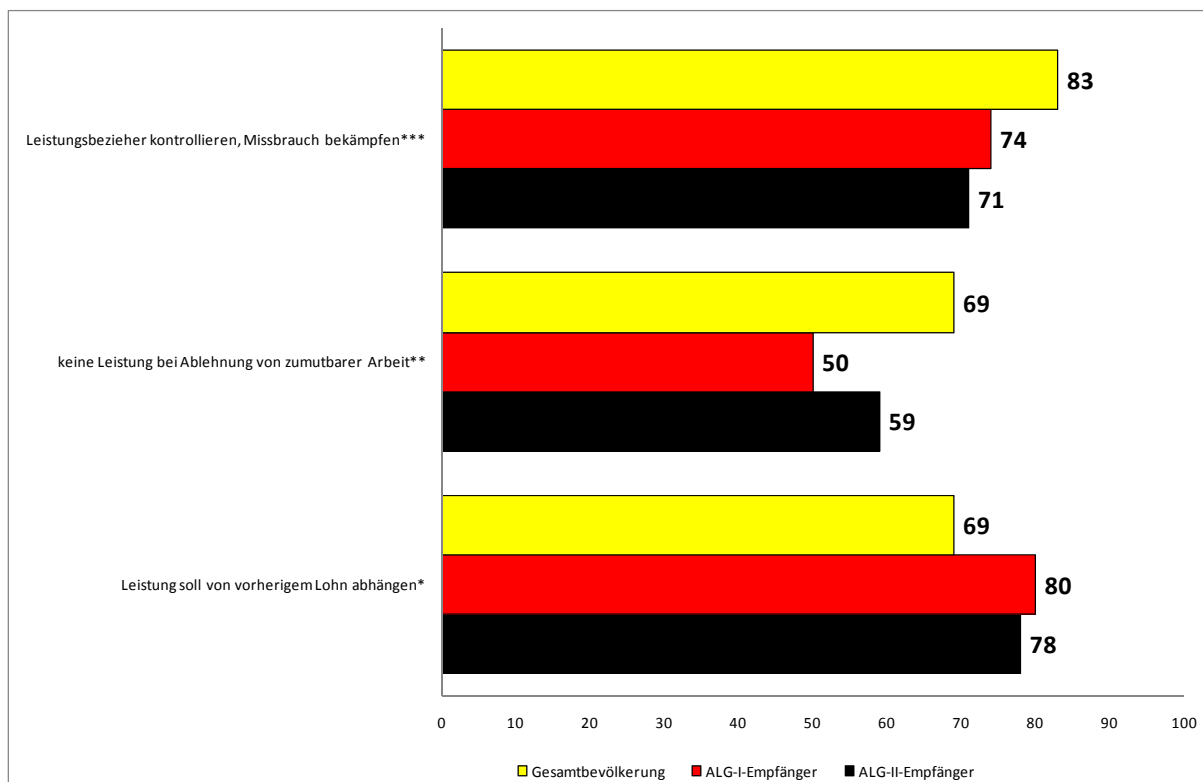
Leistungsmissbrauch, stärkere Kontrollen und Sanktionen waren ein brisantes und viel diskutiertes Thema im Rahmen der Gruppendiskussionen. Im Folgenden werden Einstellungen gegenüber staatlichen Kontrollen und Sanktionen bei Schwarzarbeit, bei verschwiegenem Vermögen, bei eheähnlichen Bedarfsgemeinschaften sowie bei fehlender Arbeitsbereitschaft im Wiederholungsfall erörtert.

Hierbei zeichnete sich im Jahre 2008 ein relativ homogenes Meinungsbild ab. In beiden Städten war die Einstellung dominant, Schwarzarbeit sei unehrlich und im Falle von Grundsicherungsbezug auch moralisch fragwürdig. Es sei ungerecht, wenn Arbeitssuchende durch Schwarzarbeit oder verschwiegene Vermögenswerte ihre Leistungen aufbesserten. Beispielhaft drückte dies ein Frankfurter Student aus, der sich negativ über das Verhalten eines Freundes äußerte, der durch Schwarzarbeit seine Leistungen aufstockte:

„Es gibt viele, die sind unehrlich. Ein Kumpel von mir, der kann arbeiten gehen, so kann man so sagen. Der will anscheinend nicht. Weil der macht auch so Umzüge nebenbei und so und solche Tätigkeiten, und ich finde, das ist nicht in Ordnung.“

Dem drastischen Vorschlag, einem Arbeitslosen bei Ablehnung einer Arbeit, die sich unterhalb seines Qualifikationsniveaus befindet, die Leistungen komplett zu streichen, stimmten über zwei Drittel aller im Sozialstaatssurvey 2007 Befragten zu (siehe Abbildung 23). Bei den befragten Arbeitslosen sank dieser Anteil zwar, er lag jedoch immer noch bei ca. 50 % (ALG-I-Empfänger) bzw. bei ca. 59 % (ALG-II-Empfänger). Auch für Missbrauchskontrollen gab es hohe Zustimmungswerte, die Überraschung hervorrufen könnten. Die meisten Befragten (83 %) befürworteten umfangreiche Kontrollen, um Leistungsmissbrauch bei der Grundsicherung zu bekämpfen. Selbst die meisten ALG-II-Empfänger (71 %) standen hinter dieser Regelung.

Abbildung 23: Zustimmung zu Gestaltungsweisen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Angaben in %)*



* Auch bei längerer Arbeitslosigkeit sollte die Leistung vom vorherigen Lohn abhängen, damit der Lebensstandard gesichert wird.

** Wer als Arbeitsloser eine zumutbare Arbeit ablehnt, sollte keine Leistungen mehr erhalten, auch wenn die angebotene Arbeit unter seiner Qualifikation liegt oder schlecht bezahlt wird.

*** Es ist nötig, Leistungsbezieher permanent zu kontrollieren, um den massenhaften Missbrauch von Sozialleistungen zu bekämpfen.

Datenbasis: Sozialstaatssurvey 2007

Quelle: Becker/Hallein-Benze 2009, S. 208

Auch die meisten Gruppendiskutanten optierten für Kontrollen und Sanktionen, allerdings ohne für *verschärfte* Kontrollen, etwa im Sinne der Befragung von Nachbarn, zu plädieren. Das folgende Zitat einer 36-jährigen allein erziehenden Arbeitslosen verdeutlicht die Ambivalenz einiger Teilnehmer bei diesem Thema. So wird es einerseits als verwerflich angesehen, wenn Leistungsbetrug begangen wird – andererseits sei er nachvollziehbar, denn:

„[...] es ist eine Gratwanderung, finde ich, das ist wirklich eine extreme Gratwanderung. Wenn ich jetzt selbst ehrlich bin und alle meine Angaben korrekt mache gegenüber dem Job-Center oder der ARGE, bin ich natürlich zu Recht sauer über Leute, die betrügen. Andererseits kann ich Leute auch verstehen, die sagen, der Staat, verzeihen Sie das harte Wort, beschießt uns auch oft genug und zieht uns das Geld aus den Taschen, und die da oben stopfen sich die Taschen voll, warum soll ich nicht auch mal? Das ist die andere Seite.“

Auch eine 58-jährige Leipzigerin verwies auf das fehlende Unrechtsbewusstsein einiger Bundesbürger:

„Also, ich finde das, es muss kontrolliert werden, aber meine Meinung ist, das Verständnis dafür unter den Menschen, die davon betroffen sind, ist natürlich sehr gering, weil sie sich ungerecht behandelt fühlen, wenn man jetzt wieder das aktuelle Beispiel herannimmt mit den Steuerhinterziehungen in Millionen- und Milliarden-Größenordnung [die Fälle Zumwinkel, Siemens; die Verf.], dann ist ja das,

was ein Arbeitsloser mal dem Staat verschweigt, Peanuts. Und wenn der Bürger, der normale Bürger, das Gefühl hat, es wird jeder gleich behandelt, [...] dann wäre das Verständnis aus meiner Sicht wesentlich größer. Aber jeder weiß ja, die Leute hinterziehen Steuern, die, die anderen setzen Millionen in der Wirtschaft in den Sand und kriegen dafür noch Millionen Abfindung, und da wird irgendwo hört das Verständnis auf und wird dann auch der Neid, der Neidfaktor wieder geschürt.“

Diese Aussage spiegelt die resignativ-empörte Argumentationsstruktur vieler Diskutanten in diesem Zusammenhang wider. Begriffe wie Ehrlichkeit und Gerechtigkeit bzw. Ungerechtigkeit wurden vielfach verwendet. Deutlich zeigte sich, dass einige „gutes Verhalten“ auch von den gesellschaftlichen Oberschichten erwarten und dass beim Thema „Missbrauch“ aus ihrer Sicht durchaus mit zweierlei Maß gemessen werde. Weniger Verständnis für verschärfte Kontrollen hatten die Teilnehmer beider Städte beim Thema der eheähnlichen Gemeinschaften. Viele empfanden dies als einen Eingriff in die Privatsphäre.⁸³

Dass ein mehrfaches Ablehnen von Arbeitsangeboten zu Leistungskürzungen führt, hielten die meisten Teilnehmer für gerechtfertigt – vorausgesetzt, dass es sich um Arbeitsangebote handele, die einen Bezug zur früheren beruflichen Tätigkeit aufwiesen bzw. als gleichwertig anzusehen seien. Vor allem bei Betroffenen, die keine Lust hätten, arbeiten zu gehen, seien Leistungskürzungen berechtigt. Andere Teilnehmer plädierten bezüglich der Leistungskürzungen für eine individuellere Handhabung:

„Ja, also, ich meine, dieser Zwang ist immer schlecht, man sollte schon mit dem Betreffenden sprechen, inwieweit das in Frage kommt und ob da vielleicht auch gesundheitliche Einschränkungen sind, dass er in seinem alten Beruf nicht mehr arbeiten kann und was da in Frage, also, ich bin dagegen, dass man jetzt gesagt kriegt, das und das, da gehst du jetzt hin, da bewirbst du dich und wenn nicht, wird das Geld gestrichen. Da bin ich gegen. Also, so ein bisschen im beiderseitigen, wenn man jetzt natürlich merkt, da will einer überhaupt nicht, der war jetzt schon drei, vier, fünf Mal zum Bewerbungsgespräch, und man hat von dem Arbeitgeber erfahren, der war eigentlich nur hier und hat sich dumm gestellt und wollte nur das Schreiben, damit er da war, dann, das ist auch wieder eine andere Sache, man muss immer so abwägen auch, man kann das nicht alles über einen Kamm scheren.“

In den Diskussionen zum Thema Leistungsmissbrauch tauchte in beiden Städten die Frage nach den Kosten und Nutzen von Kontrollen auf. Einige Teilnehmer hielten es für sinnvoller, das Geld für die berufliche Förderung Arbeitsuchender aufzuwenden:

„Und, also den Leistungsmissbrauch senken [...], denke ich, kann nur, also entweder durch Kontrollen oder eben durch eine Erhöhung der Leistung, wobei ja durchaus vielleicht zu bedenken wäre, dass ja diese Kontrollen auch Geld kosten, da wird ja Personal für gebraucht, da wäre es vielleicht besser, man würde die Leistungen etwas erhöhen, dann könnte man sich vielleicht einen gewissen Teil, also natürlich würde man damit den Leistungsmissbrauch nicht völlig einschränken können, aber vielleicht würden sich doch einige Sachen dadurch von selbst erledigen sozusagen, und für den Staat wird es vielleicht unterm Strich auf das Gleiche rauskommen, weil einfach das Geld für Kontrollen gespart werden könnte.“

5.4 Ein drittes Zwischenfazit

Hinsichtlich der Bewertungen des ALG I und des ALG II wurden die quantitativen Betrachtungen des Sozialstaatssurveys durch qualitative Befragungsergebnisse ergänzt. Das ALG I wurde über die Gesamtheit der Befragten hinweg vergleichsweise ausgewogen beurteilt, und zwar in dem Sinne, dass etwa die Hälfte die ALG-I-Leistungen für nicht ausreichend erachtete und die andere Hälfte gegenteiliger Meinung war. Interessanterweise galt diese hälftige Aufteilung in etwa auch für die ALG-I-Bezieher selbst. Die Zufriedenheit mit den ALG-II-Leistungen war hingegen deutlich geringer: Fast 60 % hielten hier die ALG-II-Leistungen für unzureichend. Diese negative Grundhaltung kam auch aus den qualitativen Befragungen zum Ausdruck. Im Hinblick auf die Betreuung im Zusammenhang mit „Hartz IV“ artikulierte sich in den Gruppendiskussionen ein relativ großes Unbehagen. Kontrollen zur Vermeidung

⁸³ Unklar war vielen Teilnehmern allerdings, ab wann man von einer Bedarfsgemeinschaft spricht.

von Leistungsmissbrauch wurden in den Gruppendiskussionen mehrheitlich, allerdings mit Grenzen, befürwortet.

6. Schlussbetrachtung

Im Diskussionspapier wurden objektive Lebensstandardindikatoren und subjektive Lebenslagebeurteilungen von Randgruppen des Arbeitsmarktes, von Arbeitslosen und Arbeitsuchenden, im Vergleich zur Gesamtbevölkerung in einem Ost-West-Vergleich analysiert. Es ging um die materielle Grundversorgung ebenso wie um individuelle Konsummöglichkeiten, Teilhabechancen und Zufriedenheiten unterschiedlicher Provenienz: Diese Zufriedenheiten reichten von der subjektiven Bewertung der eigenen Gesundheit bis hin zur Demokratiezufriedenheit bzw. zur Wahrnehmung wachsender Konflikte zwischen Arm und Reich.

Die Nutzung subjektiver Indikatoren ermöglicht die Einstellungsanalyse von Arbeitslosen bzw. von Arbeitsuchenden. Hierbei wurden deutliche Abweichungen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung festgestellt, die mit dem negativen sozialen Status der Arbeitslosigkeit bzw. mit der Arbeitssuche, aber auch mit der Art und Höhe der „Hartz-IV“-Leistungen zusammenhängen. Arbeitslose oder arbeitssuchende Menschen, so könnte man sagen, haben vergleichbare Bedürfnisse, sie haben aber negativere Einstellungen und größere Zukunftsängste als die restliche Bevölkerung, und ihr Unbehagen an gesellschaftlichen Zuständen und bezüglich der eigenen Lebenslage ist signifikant.

Derartige Klassifikationen sind in Deutschland in einen sozialen Transformationsprozess eingebettet, welcher den Um- und Rückbau des Sozialstaats und einen bis zur aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise satisfaktionsfähigen Wettbewerbsindividualismus umfasst: „Risiko“, „Unsicherheit“, „Exklusion“ und „Prekariat“ bzw. „Prekarisierung“ sind Schlagworte, welche die „neuen Verhältnisse“ umschreiben. Markante Konfliktlinien wie die zwischen Arm und Reich, zwischen Gerech und Ungerecht (im Hinblick auf polarisierte Einkommens- und Vermögenslagen) oder zwischen Erwerbstätig und Erwerbslos (mit der Prägung durch soziale Abstiegsängste durch „Hartz IV“) reproduzieren hybride Einstellungskonstellationen, die mit dem Datenmaterial sichtbar gemacht werden konnten. Auf die gesellschaftliche Makroebene scheinen die Funktionsmechanismen eines flexibilisierten Kapitalismus mit neuen sozialen Ungleichheiten Einfluss zu nehmen, welche durch eine neuartige Kultur der Unsicherheit und ein Primat des Ökonomischen geprägt zu sein scheinen. Daraus ergeben sich auch Konsequenzen für die politische Ebene, die von Teilen der Bevölkerung mitverantwortlich für eine Kultur der Unsicherheit und der Risikopolitik gemacht wird. Aus der relativen Zufriedenheit mit dem ALG I, im Gegensatz zum ALG II, lässt sich überdies ersehen, dass eine gewisse Stattsicherheit sich positiv auf die Lebenszufriedenheit auswirken kann.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die im Diskussionspapier vorgenommenen Vergleiche zwischen Gesamtbevölkerung und Arbeitslosen bei den objektiven Lebenslageindikatoren überwiegend eine (deutliche) materielle Schlechterstellung der Arbeitslosen zeigen. So haben die westdeutschen Arbeitslosen ein Armutrisiko in Höhe von immerhin ca. 40 % und die ostdeutschen Arbeitslosen gar ein solches in Höhe von gut 45 %. Unsere Ausgrenzungsthese scheint also bestätigt. Die schlechtere objektive Lebenslage spiegelt sich weitgehend – wie oben angedeutet – in den subjektiven Lebenslageindikatoren wider. So sind die Zufriedenheitswerte der Arbeitslosen in den betrachteten Lebensbereichen fast durchgängig niedriger als jene der Gesamtpopulation (in West- und in Ostdeutschland). Besonders bei den materiellen Zufriedenheitsabfragen (vor allem nach der Zufriedenheit mit dem persönlichen bzw. mit dem Haushaltseinkommen) sind die durchschnittlichen Zufriedenheitswerte der Arbeitslosen markant niedriger als bei der jeweiligen Gesamtpopulation. Da bei der Zufriedenheit mit der allgemeinen Lebenslage die Unterschiede zwischen Gesamtbevölkerung und Arbeitslosen zwar einerseits sichtbar, aber andererseits nicht derart gravierend wie bei den Zufriedenheiten mit Wohlstandskategorien sind, lässt dies – zusammen mit den vergleichsweise hohen mittleren Zufriedenheiten bei Kategorien wie Gesundheit

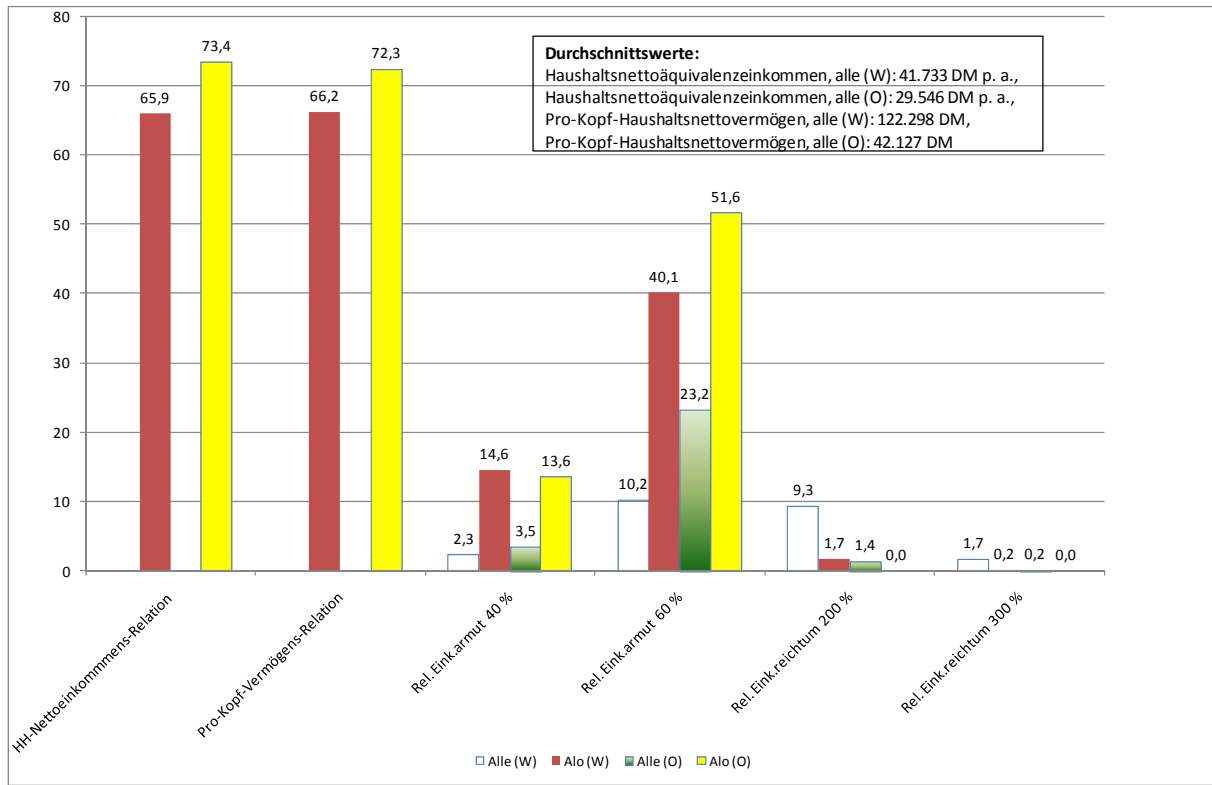
oder Familie – darauf schließen, dass es immaterielle Wohlfahrtskomponenten gibt, welche bei den Arbeitslosen die hohe Unzufriedenheit mit der eigenen materiellen Lage – bis zu einem gewissen Grad – mildern. Im Grundsatz wird unsere Anspruchsniveauthese aber bestätigt, zumal unsere Befunde auch negativere Zukunftserwartungen der Arbeitslosen gegenüber der jeweiligen Gesamtbevölkerung andeuten.

Die signifikant niedrigeren (mittleren) Lebenszufriedenheiten der Arbeitslosen gegenüber der Gesamtbevölkerung weisen im Übrigen auf ein nicht zu vernachlässigendes Maß an unfreiwilliger Arbeitslosigkeit hin (insofern scheint eine nachfrageorientierte, in die Marktprozesse intervenierende keynesianische Lehre evidenter als die neoklassische Theorie mit ihrer angebotsorientierten Marktbezogenheit, die mit der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise an ihre Grenzen der Erklärung gestoßen zu sein scheint).

Bei der Beurteilung arbeitsmarktpolitischer Instrumente interessieren insbesondere die Einschätzungen der Bevölkerung zu „Hartz IV“. Hierbei zeigte sich, dass diese Sozialleistung vielfach kritisch unter dem Gesichtspunkt der sozialen Exklusion gesehen wird. Dies deutet darauf hin, dass unsere Nichtakzeptanzthese – zumindest in wichtigen Teilen – Bestätigung zu finden scheint. Diese betrifft insbesondere die Leistungen des ALG II, die Unsicherheit der eigenen Absicherung im Falle einer künftigen Arbeitslosigkeit und, was die Hartz-Reformen aus Sicht der Befragten doch sehr fragwürdig werden lässt, die kritische Beurteilung der Arbeitsangebote und des Arbeitsmarktservices. Deutlich wurde in diesem Zusammenhang, dass das vielfach gepriesene und u. E. ideologisch überfrachtete „eigenverantwortliche Handeln“ für die Befragten zwar durchaus selbstverständlich ist, aber angesichts unzureichender Arbeitsangebote deutlich an seine Grenzen stößt.

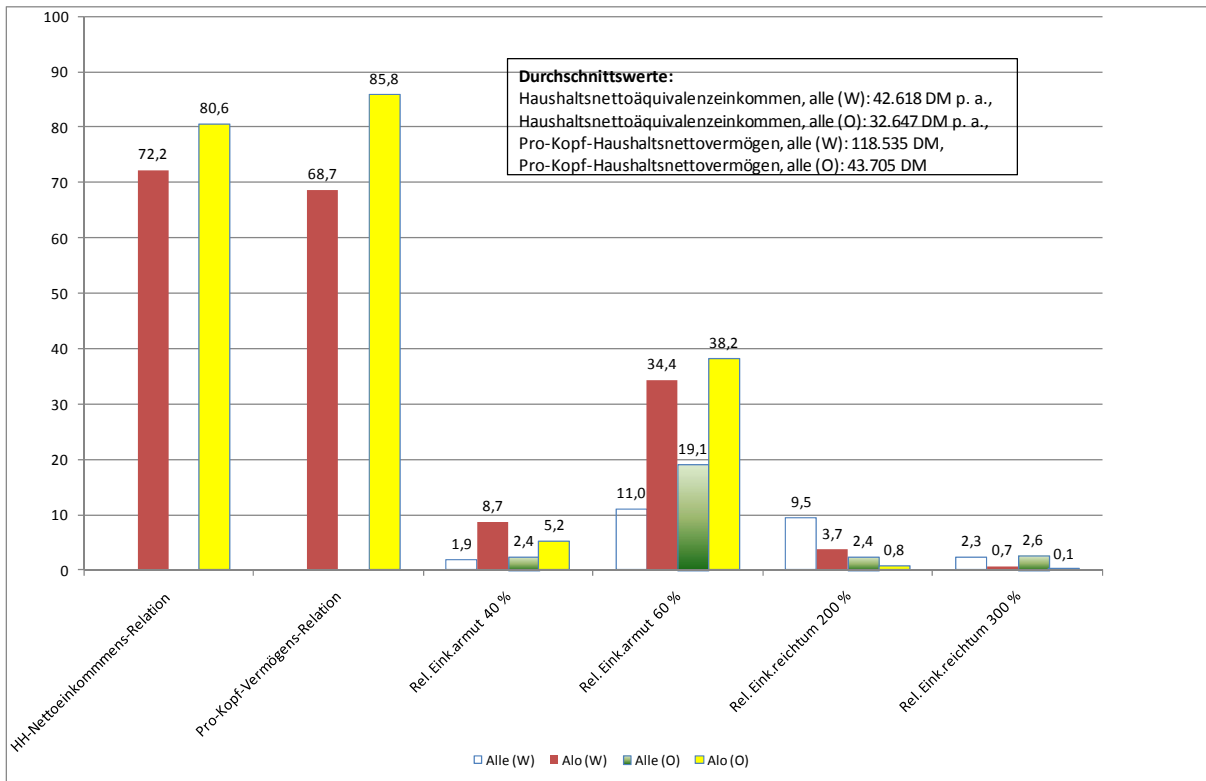
Anhang

Abbildung A.1: Wohlstandsindikatoren in West- und Ostdeutschland 1993 (in %)



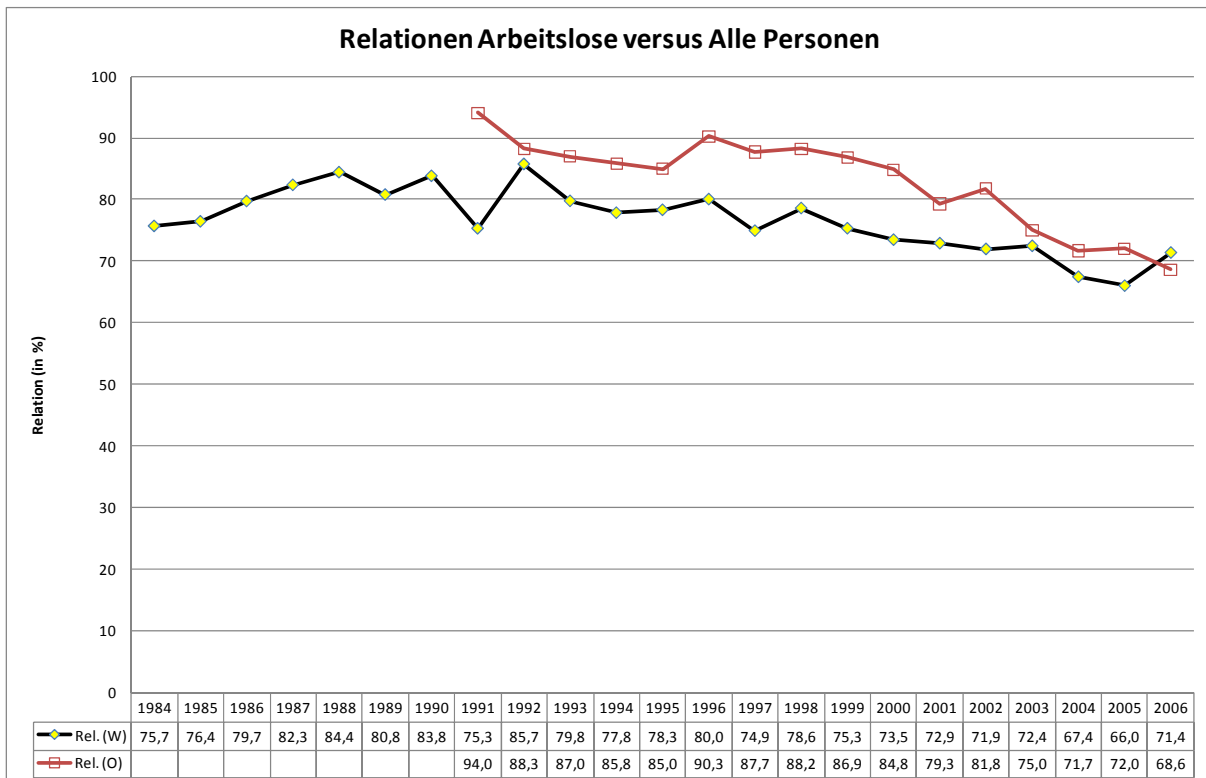
Quelle: Eigene EVS-Berechnungen

Abbildung A.2: Wohlstandsindikatoren in West- und Ostdeutschland 1998 (in %)



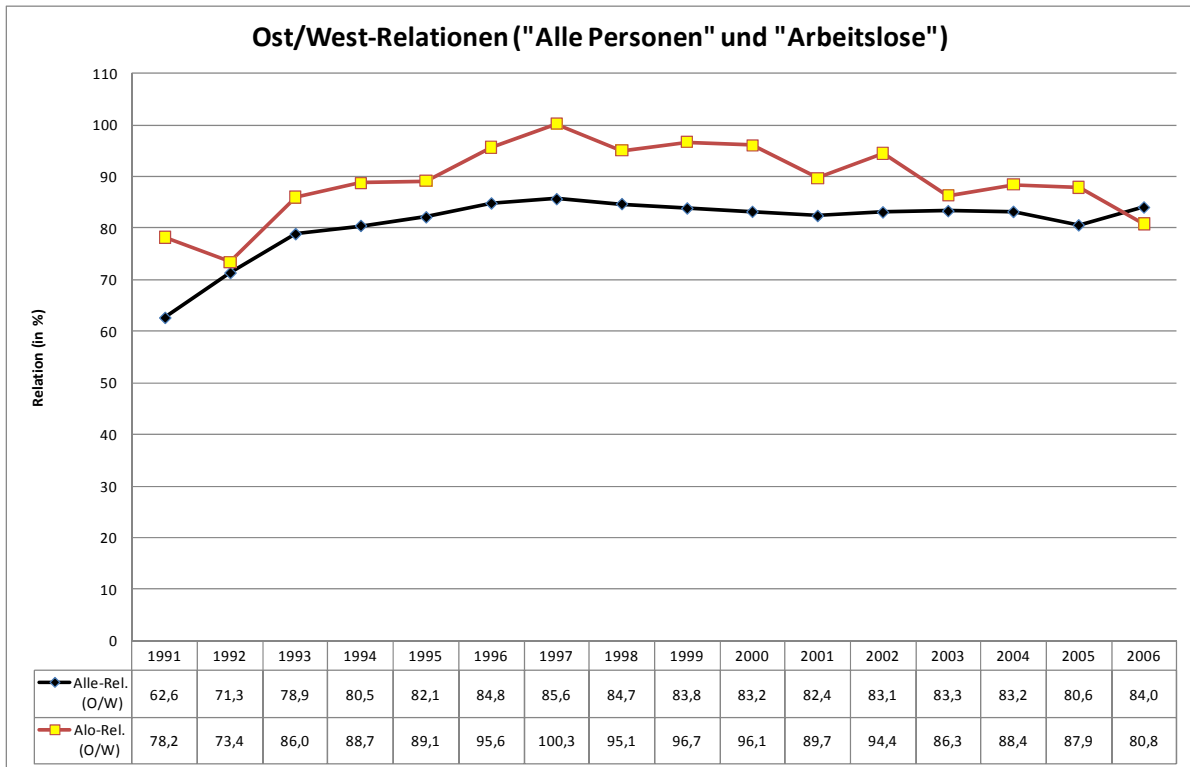
Quelle: Eigene EVS-Berechnungen

Abbildung A.3: Arbeitslosen/Alle-Personen-Relationen der Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen (Vorjahreswerte) bei allen Personen und bei den Arbeitslosen in West- und Ostdeutschland 1984 bis 2006



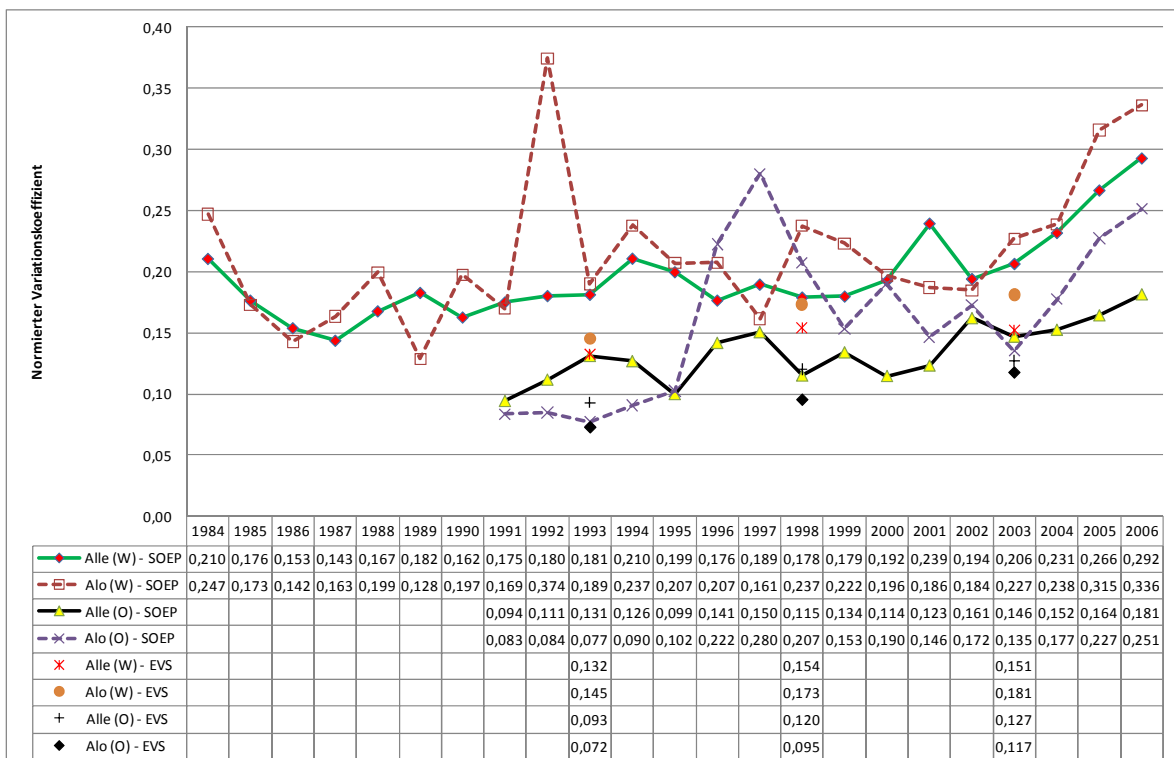
Quelle: Eigene SOEP-Berechnungen

Abbildung A.4: Ost/West-Relationen der Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen (Vorjahreswerte) bei allen Personen und bei den Arbeitslosen in West- und Ostdeutschland 1991 bis 2006



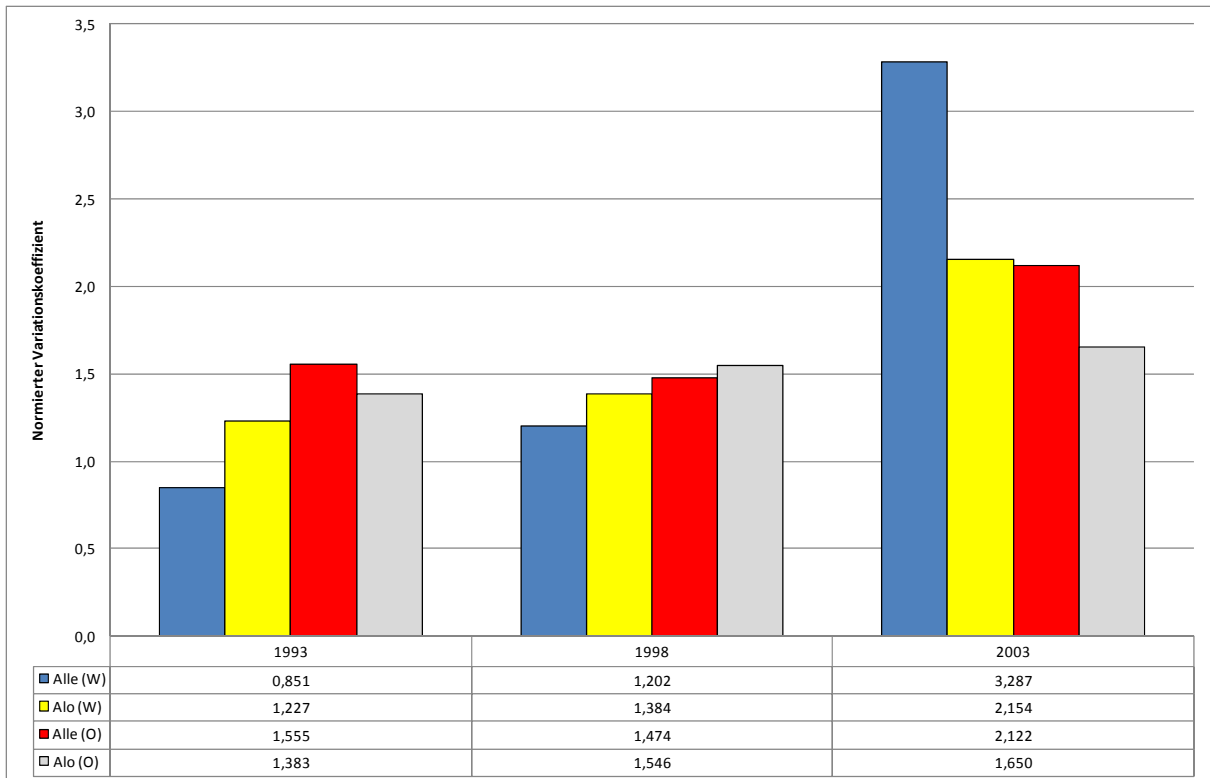
Quelle: Eigene SOEP-Berechnungen

Abbildung A.5: Ungleichheit der Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen (Vorjahreswerte) bei allen Personen und bei den Arbeitslosen in West- und Ostdeutschland 1984 bis 2006 via normiertem Variationskoeffizienten



Quelle: Eigene SOEP- und EVS-Berechnungen

Abbildung A.6: Ungleichheit der Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen bei allen Personen und bei den Arbeitslosen in West- und Ostdeutschland 1993 bis 2003 via normiertem Variationskoeffizienten



Quelle: Eigene EVS-Berechnungen

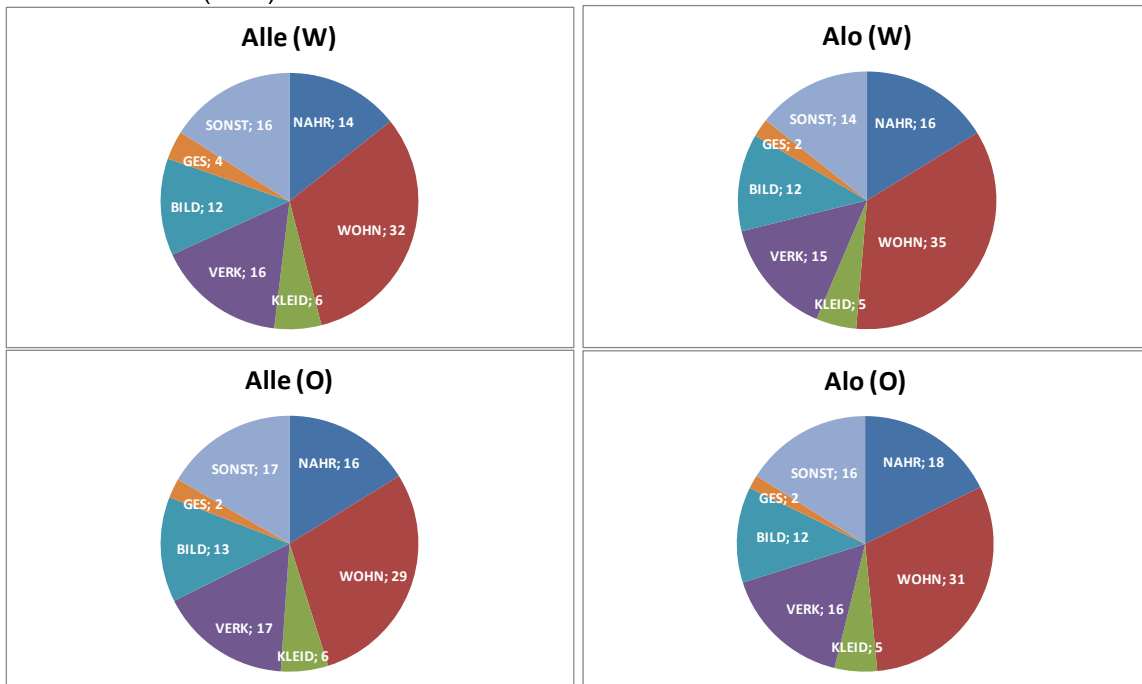
Abbildung A.7: Ausgabenanteile am Privaten Verbrauch in West- und Ostdeutschland 1993 (in %)



NAHR = Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel, WOHN = Wohnkosten, KLEID = Ausgaben für Bekleidung und Schuhe, VERK = Ausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung, BILD = Ausgaben für Bildung und Unterhaltung, GES = Ausgaben für Gesundheitspflege, SONST = sonstige Ausgaben des Privaten Verbrauchs

Quelle: Eigene EVS-Berechnungen

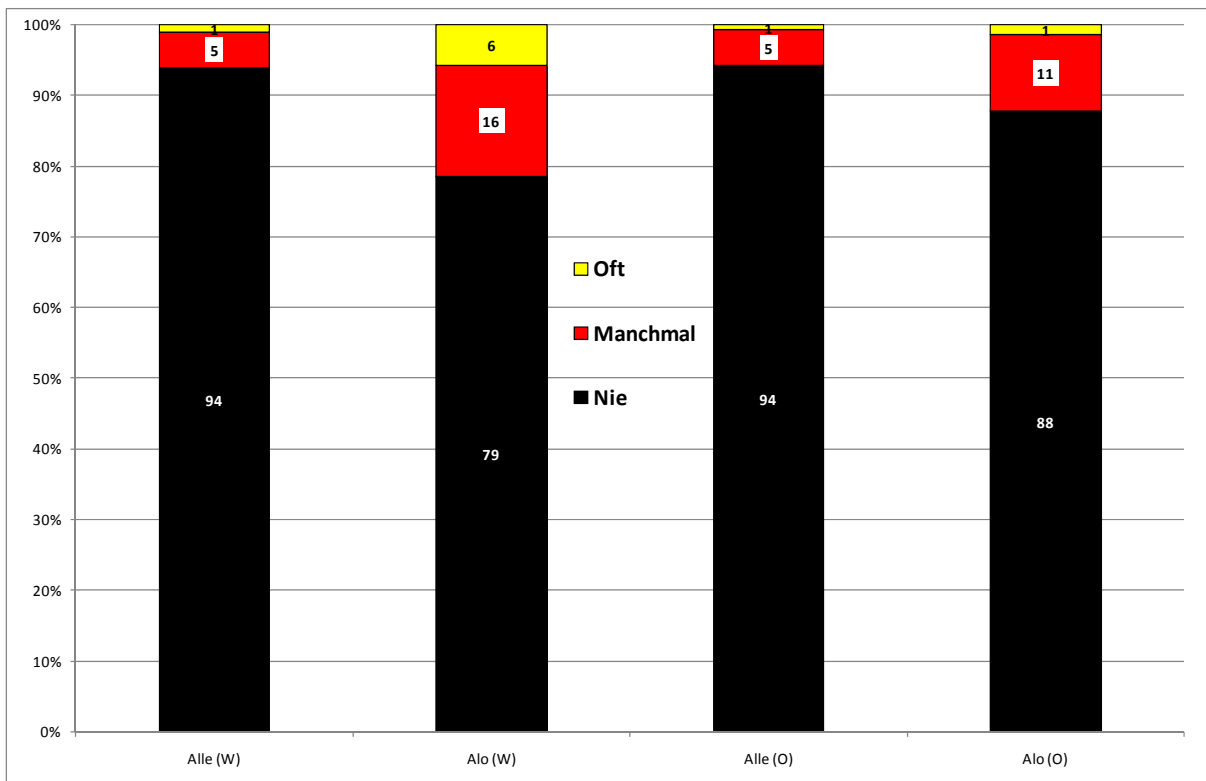
Abbildung A.8: Ausgabenanteile am Privaten Verbrauch in West- und Ostdeutschland 1998 (in %)



NAHR = Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel, WOHN = Wohnkosten, KLEID = Ausgaben für Bekleidung und Schuhe, VERK = Ausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung, BILD = Ausgaben für Bildung und Unterhaltung, GES = Ausgaben für Gesundheitspflege, SONST = sonstige Ausgaben des Privaten Verbrauchs

Quelle: Eigene EVS-Berechnungen

Abbildung A.9: Verzögerungen bei den Miet-, Strom-, Gas-, Wasserzahlungen in West- und Ostdeutschland 1993 (Anteile in %)



Quelle: Eigene EVS-Berechnungen

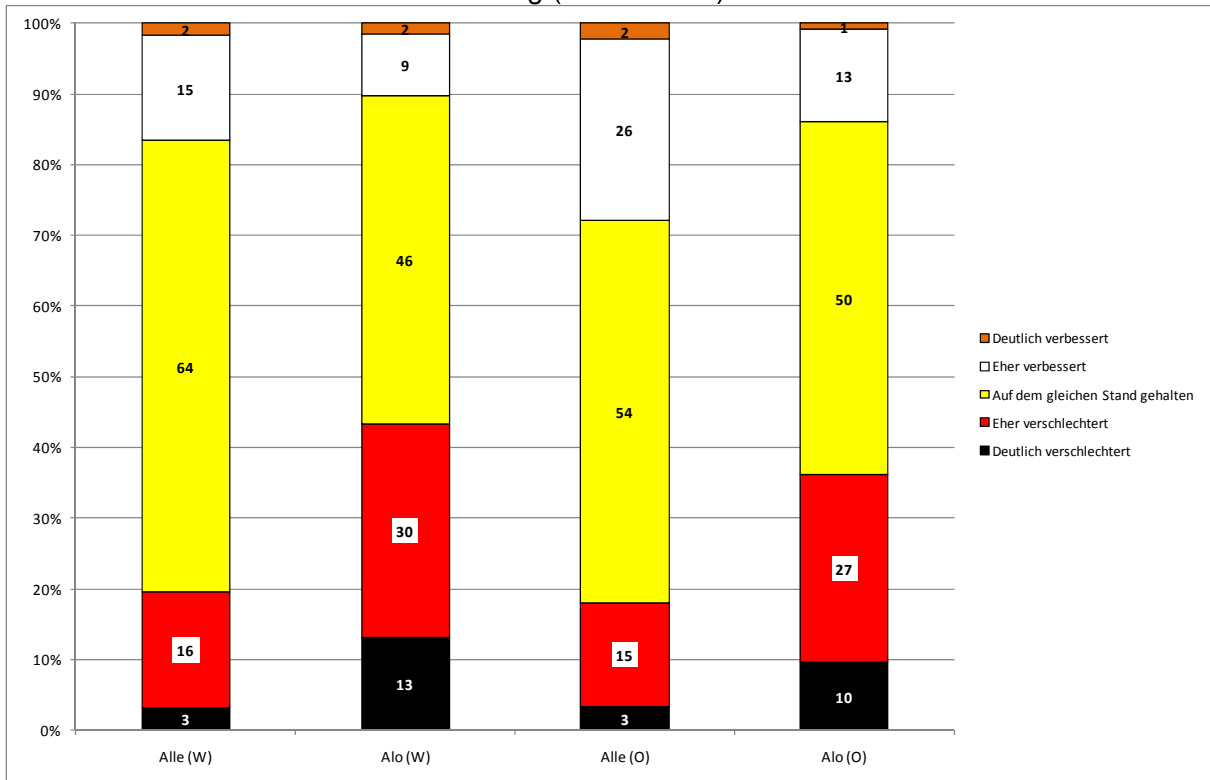
Tabelle A.1: Personendurchschnittliche Ausstattungsgrade mit Gebrauchsgütern in West- und Ostdeutschland 1993-2003 (Anzahlen)

Gebrauchsgüter- ausstattung	EVS 1993				EVS 1998				EVS 2003			
	Alle (W)	Alo (W)	Alle (O)	Alo (O)	Alle (W)	Alo (W)	Alle (O)	Alo (O)	Alle (W)	Alo (W)	Alle (O)	Alo (O)
Pkw neu	0,18	0,14	0,16	0,12	0,17	0,16	0,17	0,17	0,16	0,12	0,17	0,15
Pkw gebraucht	0,20	0,22	0,17	0,18	0,23	0,26	0,21	0,24	0,27	0,29	0,26	0,30
Pkw geleast	0,01	0,01	0,00	0,00	0,01	0,01	0,01	0,01	0,02	0,01	0,02	0,01
Pkw insgesamt	0,32	0,36	0,33	0,31	0,42	0,42	0,39	0,42	0,44	0,42	0,44	0,45
Motorrad, Motorroller	0,02	0,02	0,01	0,01								
Kleinkraftrad	0,01	0,02	0,04	0,05								
Motorrad u. Ä.	0,05	0,05	0,05	0,05	0,06	0,06	0,04	0,04	0,07	0,07	0,05	0,04
Fahrrad	0,80	0,73	0,67	0,63	0,89	0,83	0,75	0,73	0,88	0,81	0,78	0,73
Fernsehgerät, Farbe	0,45	0,48	0,42	0,41					0,58	0,66	0,61	0,64
Fernsehgerät, schwarzweiß	0,03	0,04	0,05	0,05					0,01	0,01	0,00	0,01
Fernsehgerät	0,48	0,52	0,47	0,46	0,54	0,62	0,58	0,62	0,58	0,67	0,62	0,64
Videorecorder	0,22	0,24	0,17	0,17	0,31	0,39	0,31	0,34	0,34	0,41	0,36	0,41
Videokamera, Camcorder	0,05	0,05	0,03	0,03	0,08	0,09	0,08	0,08	0,08	0,08	0,09	0,09
Stereo-Rundfunkgerät	0,34	0,34	0,28	0,28								
Plattenspieler	0,24	0,26	0,23	0,22								
CD-Player	0,18	0,16	0,09	0,08					0,40	0,42	0,34	0,30
Kassettenrecorder	0,27	0,26	0,25	0,27								
Radiorecorder	0,23	0,22	0,19	0,18								
Radiorecorder, Stereorundfunkgerät	0,56	0,56	0,48	0,46								
Radiorecorder, Stereorund- funkgerät, Kassettenrecorder	0,83	0,83	0,73	0,73	0,53	0,54	0,51	0,52	0,67	0,68	0,61	0,56
Tonbandgerät	0,04	0,04	0,05	0,05								
HIFI-Anlage					0,37	0,42	0,31	0,32	0,38	0,42	0,34	0,33
PC mit CD-ROM-Laufwerk					0,15	0,16	0,13	0,13				
PC ohne CD-ROM- Laufwerk					0,06	0,07	0,05	0,06				
PC stationär									0,34	0,39	0,33	0,35
PC mobil (Notebook, Lap- top)									0,05	0,05	0,04	0,03
Heim-, Personalcomputer	0,12	0,11	0,08	0,08	0,21	0,22	0,19	0,19	0,39	0,44	0,38	0,38
Spiegelreflexkamera	0,15	0,13	0,12	0,10								
Kleinbildsucherkamera	0,22	0,22	0,15	0,13								
Übrige Kameras	0,11	0,13	0,15	0,18								
Kamera bzw. Fotoapparat	0,48	0,48	0,43	0,41	0,56	0,60	0,54	0,54	0,55	0,58	0,54	0,52
Diaprojektor	0,12	0,10	0,10	0,09								
Wohnwagen	0,01	0,01	0,01	0,01								
Motor-, Segelboot	0,00	0,00	0,01	0,00								
Kühlschrank	0,29	0,31	0,32	0,32	0,41	0,48	0,40	0,44				
Gefrierschrank, -truhe	0,24	0,21	0,25	0,22	0,34	0,35	0,33	0,35	0,32	0,31	0,27	0,28
Kühl-, Gefrierkombination	0,09	0,12	0,06	0,05					0,44	0,51	0,44	0,45
Kühlschrank u. Ä.	0,63	0,64	0,63	0,60	0,75	0,82	0,74	0,79	0,76	0,82	0,71	0,73
Geschirrspülmaschine	0,17	0,14	0,02	0,01	0,22	0,21	0,13	0,11	0,26	0,24	0,22	0,20

Radiorecorder, Stereoundfunkgerät	99	97	84	82								
Radiorecorder, Stereoundfunkgerät, Kassettenrecorder	99	101	88	89	103	101	97	96	101	91	92	83
Tonbandgerät	95	103	107	116								
HIFI-Anlage					112	102	83	75	111	96	90	78
PC mit CD-ROM-Laufwerk					101	100	86	85				
PC ohne CD-ROM-Laufwerk					116	108	89	83				
PC stationär									115	105	98	89
PC mobil (Notebook, Laptop)									106	66	91	57
Heim-, Personalcomputer	91	98	73	79	105	102	87	85	114	100	97	86
Spiegelreflexkamera	90	84	79	74								
Kleinbildsucherkamera	100	87	69	60								
Übrige Kameras	117	115	140	138								
Kamera bzw. Fotoapparat	101	96	88	85	107	100	96	90	105	96	99	90
Diaprojektor	89	84	89	85								
Wohnwagen	84	79	64	60								
Motor-, Segelboot	102	68	118	79								
Kühlschrank	106	101	110	105	115	108	98	92				
Gefrierschrank, -truhe	88	90	102	104	103	104	99	100	97	105	84	91
Kühl-, Gefrierkombination	127	92	64	46					116	102	101	88
Kühlschrank u. Ä.	102	96	100	94	109	107	98	96	108	103	94	89
Geschirrspülmaschine	82	41	14	7	97	87	60	53	92	89	88	85
Grillgerät elektrisch	106	97	116	107								
Mikrowellengerät	99	93	41	39	115	107	82	77	119	110	104	95
Nähmaschine	99	96	99	95								
Bügelmaschine	91	84	59	55	103	107	71	75	78	91	75	87
Waschmaschine	112	100	107	96	118	110	106	98	122	105	110	95
Wäschetrockner	78	48	10	6	98	87	41	37	95	86	55	50
Telefon stationär					112	105	91	85	105	97	93	86
Telefon mobil					95	85	105	95	112	100	106	94
Telefon	107	81	58	43	110	102	92	85	109	98	100	90
Modem für Datenfernübertragung					108	82	69	53				
Internet- oder Online-Dienste					100	78	73	57	112	98	98	85
ISDN-Anschluss					85	63	61	45	98	81	67	55
Satellitenempfangsanlage					112	104	97	91	107	111	90	93
Kabelanschluss					134	113	137	116	134	102	145	110
Anrufbeantworter					143	108	101	77	127	100	107	84
Faxgerät/PC-Faxkarte					121	94	68	53	112	96	84	72
DVD-Player									115	88	93	71
Digitalkamera (Camcorder)									98	87	73	65
Musik-CD-Recorder									113	103	109	98
Minidisc-Player/-Recorder									94	95	85	86
Sportgeräte (Hometrainer)									91	87	98	94

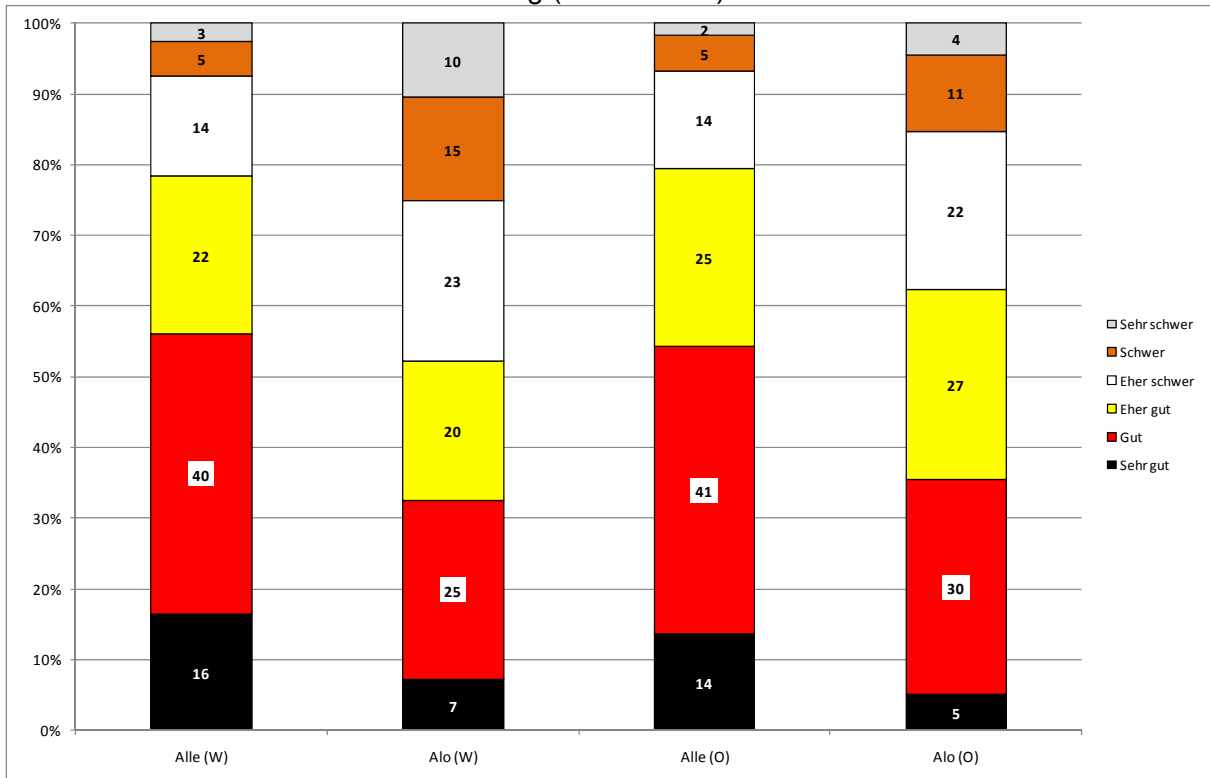
Quelle: Eigene EVS-Berechnungen

Abbildung A.10: Lebensstandard gegenüber Vorjahr in West- und Ostdeutschland 1993
– individuelle Bewertung (Anteile in %)



Quelle: Eigene EVS-Berechnungen

Abbildung A.11: Auskommen mit dem Einkommen in West- und Ostdeutschland 1993
– individuelle Bewertung (Anteile in %)



Quelle: Eigene EVS-Berechnungen

Tabelle A.3: Bivariate Pearson-Korrelationskoeffizienten für Lebens- und Demografiezufriedenheit und verschiedene sozioökonomische Variablen in Westdeutschland 1975-2002 bzw. in Ostdeutschland 1990-2002 (EB)

Variable	Westdeutschland 1975-2002		Ostdeutschland 1990-2002	
	Lebenszufriedenheit	Demokratiezufriedenheit	Lebenszufriedenheit	Demokratiezufriedenheit
Lebenszufriedenheit	(1,000)	0,327**	(1,000)	0,384**
Verwitwet oder geschieden	-0,108**	-0,028**	-0,075**	-0,026**
Männlich	0,002	-0,005	0,009	0,013
Ausbildung mit frühestens 20 Lebensjahren abgeschlossen	0,009*	0,011*	0,009	0,034**
Haushaltsgröße	0,058**	0,037**	0,033**	-0,008
Student	0,029**	-0,007	0,074**	0,040**
Rentner	0,010*	0,009	0,038**	0,019**
Arbeitsloser	-0,134**	-0,077**	-0,269**	-0,131**
Selbstständiger	0,018**	0,032**	0,012	0,016*
Religiös	0,011*	0,042**	-	-
Kein reiner Postmaterialist	0,038**	0,106**	0,008	0,010
Einkommen	0,047**	-0,036**	0,045**	-0,013

Stichprobengrößen: Westdeutschland: 41.326 Fälle, Ostdeutschland: 17.158 Fälle

** Signifikant auf dem Niveau einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 1 % (zweiseitig)

* Signifikant auf dem Niveau einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 % (zweiseitig)

Quelle: Eigene EB-Berechnungen

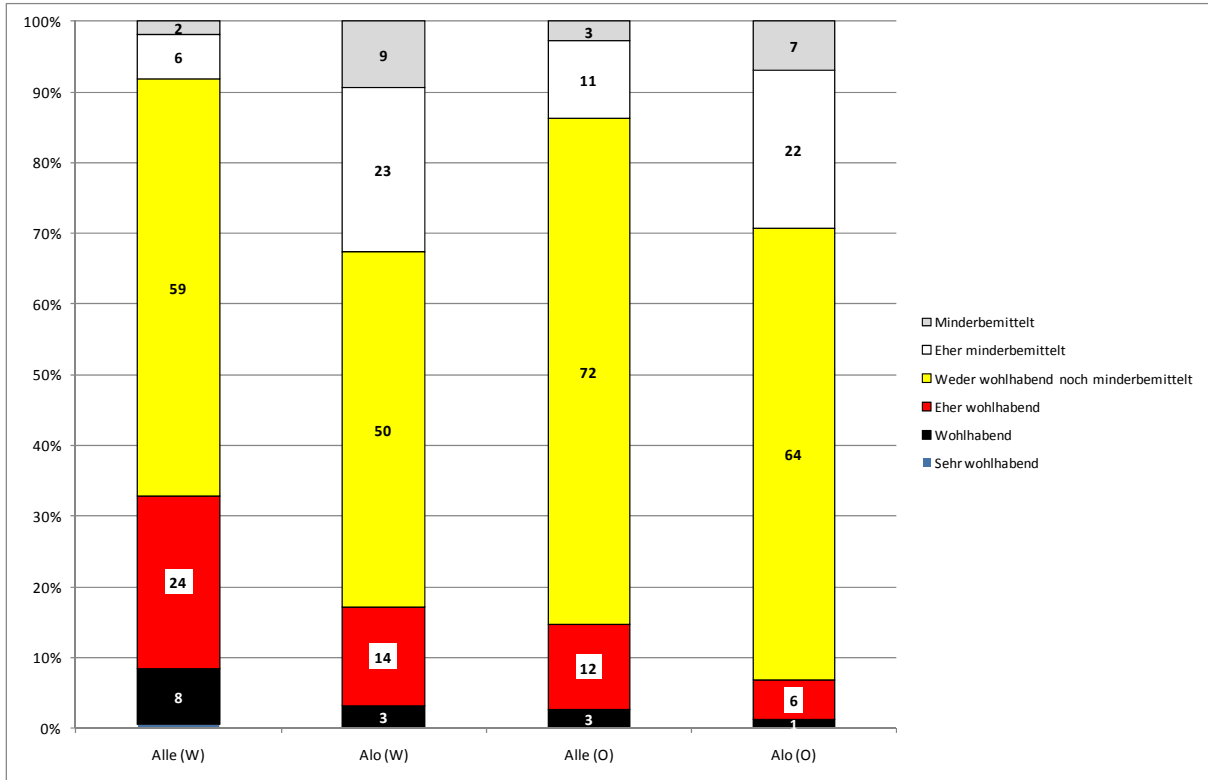
Tabelle A.4: OLS-Schätzergebnisse für die Erklärung des Zusammenhangs zwischen Lebenszufriedenheit und verschiedenen sozioökonomischen Regressoren in Westdeutschland 1975-2002 bzw. in Ostdeutschland 1990-2002 (EB)

(Erklärungs-)Größe	Westdeutschland 1975-2002	Ostdeutschland 1990-2002
Stichprobengröße	41.326 Fälle	17.158 Fälle
Korrigiertes Bestimmtheitsmaß	0,026	0,072
Konstante	2,907**	2,749**
Männlich	0,006	-0,011
Haushaltsgröße	0,029**	0,012
Student	0,094**	0,107**
Rentner	0,027	-0,027
Arbeitsloser	-0,425**	-0,505**
Selbstständiger	0,065**	0,070**
Religiös	0,031	-
Kein reiner Postmaterialist	0,062**	0,051**
Einkommen	0,001**	0,001**

** Signifikant auf dem Niveau einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 1 %

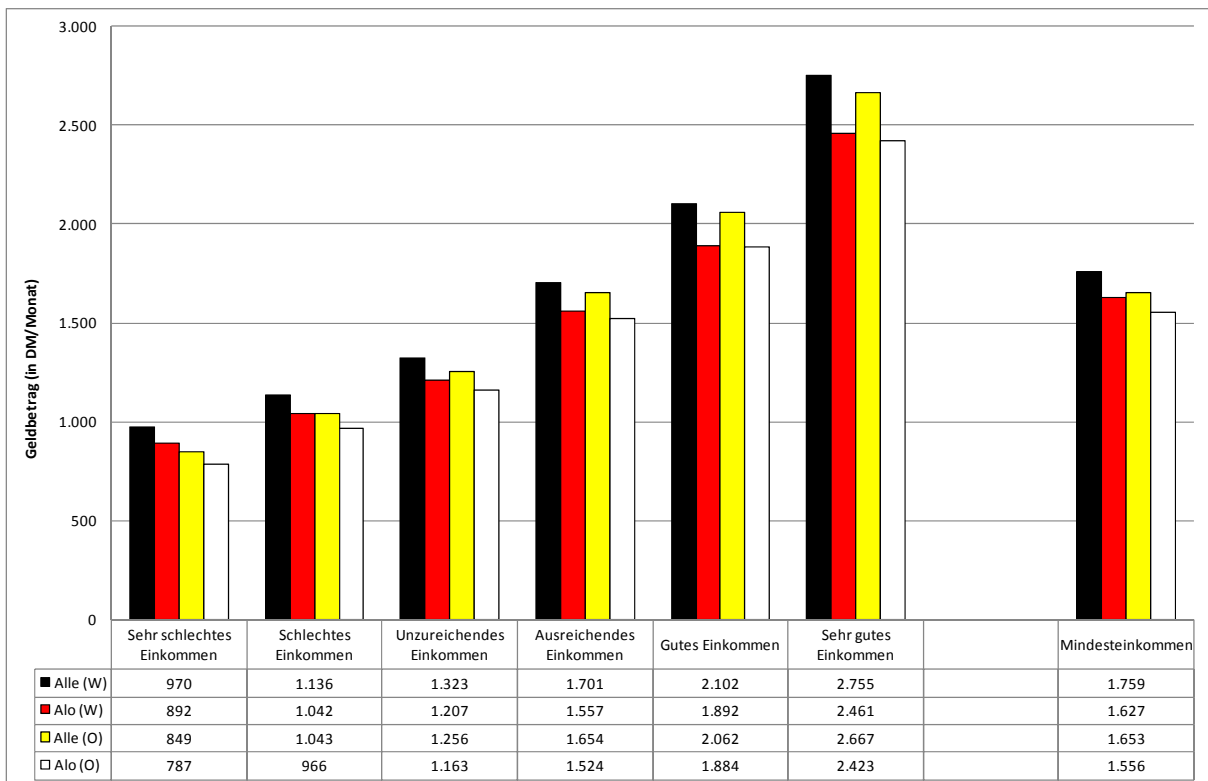
Quelle: Eigene EB-Berechnungen

Abbildung A.12: Wohlstands-Selbsteinstufungen in West- und Ostdeutschland 1993 (Anteile in %)



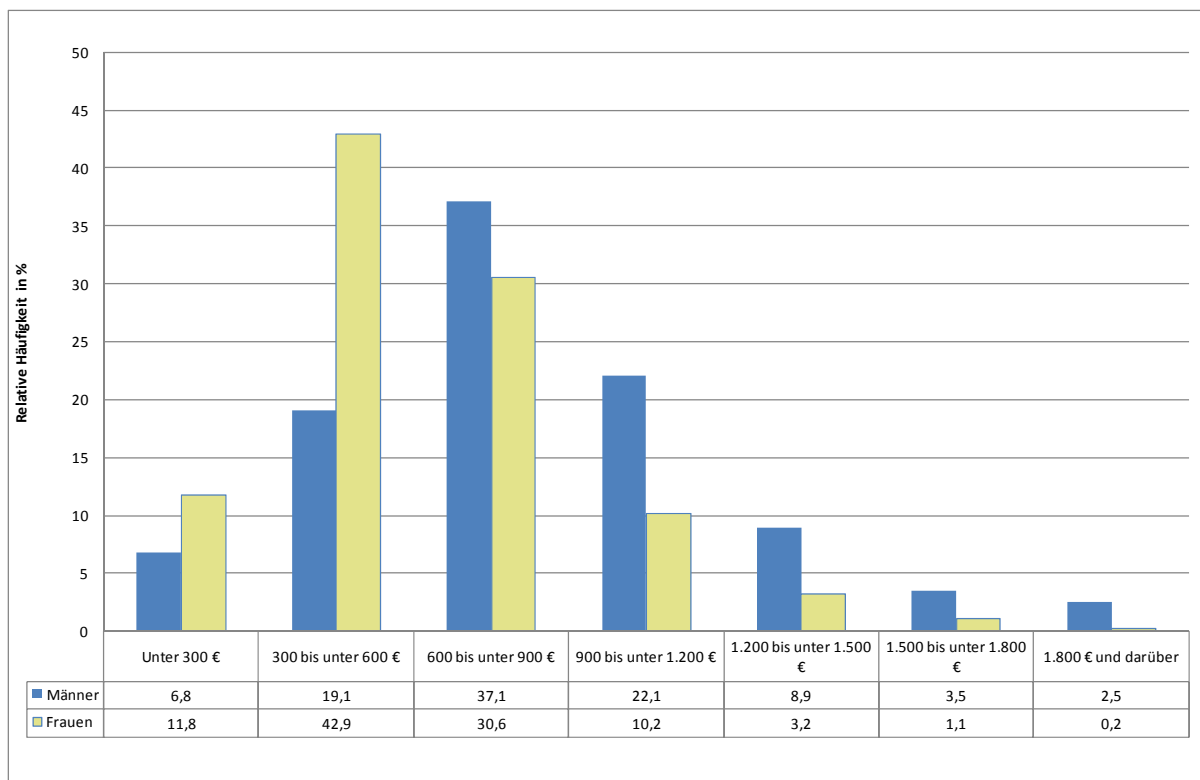
Quelle: Eigene EVS-Berechnungen

Abbildung A.13: Gesellschaftlich relevante subjektive Wohlstandszuordnungen in West- und Ostdeutschland 1993 (in DM/Monat)



Quelle: Eigene EVS-Berechnungen

Abbildung A.14: ALG-I-Häufigkeitsverteilung (Zahlbeträge in Euro/Monat) in Deutschland 2008



Quelle: <http://sozialpolitik-aktuell.de> (auf Basis von Daten der Bundesagentur für Arbeit)

Literaturverzeichnis

Andreß, Hans-Jürgen (2006): Zur Entwicklung von Lebensstandard und Deprivation in Deutschland von 1996 bis 2003. In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Jg. 75, S. 131-151.

Andreß, Hans-Jürgen/Kronauer, Martin (2006): Arm – Reich. In: Lessenich, Stephan/Nullmeier, Frank (Hrsg.): Deutschland – eine gespaltene Gesellschaft, Frankfurt am Main, S. 28-52.

Aronson, Elliot/Wilson, Tim D./Akert, Robin M. (2004): Sozialpsychologie, 4. Auflage, München et al.

Auth, Diana/Langfeldt, Betina (2007): Re-Familialisierung durch Arbeitslosengeld II. In: Rudolph, Clarissa/Niekant, Renate (Hrsg.): Hartz IV. Zwischenbilanz und Perspektiven, Münster, S. 135-155.

Becker, Irene (2007): Armut in Deutschland: Bevölkerungsgruppen unterhalb der Alg-II-Grenze, SOEP Papers on Multidisciplinary Panel Data Research 4, Berlin.

Becker, Irene/Hauser, Richard (2003): Anatomie der Einkommensverteilung. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben, Berlin.

Becker, Irene/Hauser, Richard (2006): Verteilungseffekte der Hartz-IV-Reform, Ergebnisse von Simulationsanalysen, Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung 69, Berlin.

Becker, Jens/Hallein-Benze, Geraldine (2008): 10. Trendanalyse: Die Grundsicherung für Arbeitsuchende drei Jahre nach Inkrafttreten des vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt – subjektive Einschätzungen aus der Bevölkerung, Frankfurt am Main (unveröffentlichtes Manuskript für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales).

Becker, Jens/Hallein-Benze, Geraldine (2009): Einstellungen in der Bevölkerung: Wie Hartz IV beurteilt wird. In: Soziale Sicherheit, Heft 6, S. 205-210.

Berlemann, Michael/Kemmesies, Claudia (2004): Zur Entwicklung der Lebenszufriedenheit nach der deutschen Wiedervereinigung – Eine empirische Analyse in Sachsen, Ost- und Westdeutschland. In: ifo Dresden berichtet, Heft 6, S. 3-10.

Berth, Hendrik/Förster, Peter/Brähler, Elmar (2005): Arbeitslosigkeit, Arbeitsplatzunsicherheit und Lebenszufriedenheit: Ergebnisse einer Studie bei jungen Erwachsenen in den neuen Bundesländern. In: Sozial- und Präventivmedizin, Jg. 50, S. 361-369.

Bohnsack, Ralf et al. (2006): Das Gruppendiskussionsverfahren in der Forschungspraxis, Opladen.

Brandstätter, Hermann (1998): Wohlbefinden statt Wohlstand als Ziel der Wirtschaftspolitik. In: Hesse, Helmut/Welzel, Peter: Wirtschaftspolitik zwischen gesellschaftlichen Ansprüchen und ökonomischen Grenzen, Göttingen, S. 21-37.

Bude, Heinz (2008): Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft, München.

Buhlmann, Thomas (2002): Lebenswerte Gesellschaft. Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit im Urteil der Bürger, Wiesbaden.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS, Hrsg.; 2005): Lebenslagen in Deutschland – Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Anlagen, Berlin.

Burkhauser, Richard V./Butrica, Barbara A./Daly, Mary C./Lillard, Dean R. (2001): The Cross-National Equivalent File: A product of cross-national research. In: Becker, Irene/Ott, Notburga/Rolf, Gabriele (Hrsg.): Soziale Sicherung in einer dynamischen Gesellschaft, Frankfurt am Main, S. 354-376.

Butterwegge, Christoph (2009): Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird, Frankfurt am Main.

Castel, Robert (2005): Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat, Hamburg.

Christoph, Bernhard (2008a): Was fehlt bei Hartz IV? Zum Lebensstandard der Empfänger von Leistungen nach SGB II. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI), Heft 40, S. 7-10.

Christoph, Bernhard (2008b): Subjektives Wohlbefinden und Wertorientierungen. In: Statistisches Bundesamt/Noll, Heinz-Herbert/Habich, Roland (Hrsg.): Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn, S. 403-418.

Clark, Andrew/Knabe, Andreas/Rätzel, Steffen (2009): Unemployment as a Social Norm in Germany. In: Schmollers Jahrbuch, Jg. 129, S. 251-260.

Coulter, Fiona A. E./Cowell, Frank A./Jenkins, Stephen P. (1992): Differences in Needs and Assessment of Income Distributions. In: Bulletin of Economic Research, Jg. 44, S. 77-124.

D'Ambrosio, Conchita/Frick, Joachim R./Jäntti, Markus (2009): Satisfaction with Life and Economic Well-Being: Evidence from Germany. In: Schmollers Jahrbuch, Jg. 129, S. 283-295.

Easterlin, Richard A./Plagnol, Anke C. (2008): Life Satisfaction and Economic Conditions in East and West Germany: Pre- and Post-Unification. In: Journal of Economic Behavior & Organization, Jg. 68, S. 433-444.

Easterlin, Richard A./Zimmermann, Anke C. (2006): Life Satisfaction and Economic Outcomes in Germany: Pre- and Post-Unification, IZA Discussion Paper No. 2494, Bonn.

Faik, Jürgen (1995): Äquivalenzskalen, Berlin.

Faik, Jürgen (2007): Grundlagen der Volkswirtschaftslehre. Eine Einführung in die Volkswirtschaftslehre für ökonomisch Interessierte, 2. Auflage, Berlin.

Faik, Jürgen/Roth, Michael/Ruland, Franz (2001): Nichtnormarbeitsverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt und in Biografien Rentenversicherter. In: Becker, Irene/Ott, Notburga/Rolf, Gabriele (Hrsg.): Soziale Sicherung in einer dynamischen Gesellschaft, Frankfurt am Main/New York, S. 503-542.

Frey, Bruno S./Stutzer, Alois (2002): Happiness & Economics. How the Economy and Institutions Affect Human Well-Being, Oxford.

Fujita, Frank/Diener, Ed (2005): Life Satisfaction Set Point: Stability and Change. In: Journal of Personality and Social Psychology, Jg. 88, S. 158-164.

Giddens, Anthony (1999): Der dritte Weg. Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt am Main.

Glatzer, Wolfgang (1985): Einstellungen zur Gerechtigkeit und sozialer Ungleichheit, unveröffentlichtes Arbeitspapier, Frankfurt am Main.

Glatzer, Wolfgang (2007): Akzeptanz des Sozialstaats in der Bevölkerung. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Zukunft des Sozialstaats – Sozialpolitik, WISO-Diskurs, Bonn, November, S. 22-41.

Groh-Samberg, Olaf (2009): Armut, soziale Ausgrenzung und Klassenstruktur. Zur Integration multidimensionaler und längsschnittlicher Perspektiven, Wiesbaden.

Habich, Roland/Noll, Heinz-Herbert (2008): Soziale Lagen und soziale Schichtung. In: Statistisches Bundesamt/Noll, Heinz-Herbert/Habich, Roland (Hrsg.): Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn, S. 173-179.

Hagenaars, Aldi/van Praag, Bernard M. S. (1985): A Synthesis of Poverty Line Definitions. In: Review of Income and Wealth, Bd. 31, S. 139-153.

Hartmann, Hans A./Wakenhut, Roland (1995): Gesellschaftlich-politische Einstellungen, Hamburg.

Hauser, Richard/Faik, Jürgen/Glatzer, Wolfgang (2000): Strukturwandel im westdeutschen Niedrigeinkommensbereich seit den sechziger Jahren. In: Zeitschrift für Sozialreform, Heft 6, S. 499-522.

Hondrich, Karl Otto (2001): Der solidarische Mensch – und seine Grenzen. In: Hondrich, Karl Otto (Hrsg.): Der Neue Mensch, Frankfurt am Main, S. 103-111.

Hübinger, Werner (1996): Prekärer Wohlstand. Analysen zu einer neuen Perspektive der Armutsdiskussion, Freiburg.

Kassenboehmer, Sonja C./Haisken-DeNew, John P. (2008): You're Fired! The Causal Negative Effect of Unemployment on Life Satisfaction, Ruhr Economic Papers #63, Essen.

Knabe, Andreas/Rätzl, Steffen/Schöb, Ronnie/Weimann, Joachim (2009): Dissatisfied with life, but having a good day: time-use and well-being of the unemployed, Diskussionspapier der Freien Universität Berlin, Berlin (mimeo).

Leisering, Lutz (2008): Dynamik von Armut. In: Huster, Ernst Ulrich/Boeckh, Jürgen/Mogge-Grotjahn, Hildegard (Hrsg.): Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung, Wiesbaden, S. 118-132.

- Lenhart, Karin (2007):* Ein „spanisches Fenster“. Erkundungen zur Frauenförderung und Hartz IV in einem großstädtischen Jobcenter. In: Rudolph, Clarissa/Niekant, Renate (Hrsg.): Hartz IV. Zwischenbilanz und Perspektiven, Münster, S. 156-176.
- Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (2005):* Arbeitslosigkeit und sozialer Ausschluss. In: Anhorn, Roland/Bettinger, Frank/Stehr, Johannes (Hrsg.): Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit. Positionsbestimmungen einer kritischen Theorie und Praxis Sozialer Arbeit, Wiesbaden, 2. Auflage, S. 219-235.
- Mühling, Tanja (2005):* Lebenslagen von Niedrigeinkommenshaushalten – eine Analyse des NIEP. In: Zeitschrift für Familienforschung, Jg. 17, Heft 2, S. 167-188.
- Nollmann, Gerd (2009):* Working Poor: Eine vergleichende Längsschnittstudie für Deutschland und die USA. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 61, Heft 1, S. 33-55.
- Nüchter, Oliver/Bieräugel, Roland (2008):* Einstellungen zum Sozialstaat. Abschlussbericht für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Frankfurt am Main (mimeo).
- Nüchter, Oliver/Schmid, Alfons (2009):* Einstellungen zur Absicherung in Arbeitslosigkeit in Deutschland. Arbeitslosenversicherung und Grundsicherung für Arbeitsuchende (i. E.)
- Roller, Edeltraud (1992):* Einstellungen der Bürger zum Wohlfahrtsstaat der Bundesrepublik Deutschland, Opladen.
- Rudolph, Clarissa/Niekant, Renate (Hrsg.; 2007):* Hartz IV. Zwischenbilanz und Perspektiven, Münster.
- Scheuer, Angelika (2005):* Demokratiezufriedenheit in Deutschland sinkt unter EU-Niveau. Eine europäisch-vergleichende Analyse. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren, Ausgabe 33, S. 8-11.
- Schwarzbuch Hartz IV (2006):* Sozialer Angriff und Widerstand, hrsg. von Agenturschluss, Berlin.
- Schyns, Peggy (2002):* Income and Satisfaction in Germany and Russia: A Comparison between Poor and Rich People. In: Glatzer, Wolfgang (Hrsg.): Rich and Poor. Disparities, Perceptions, Concomitants, Dordrecht/Boston/London, S. 89-104.
- Strengmann-Kuhn, Wolfgang (2003):* Armut trotz Erwerbstätigkeit. Analysen und sozialpolitische Konsequenzen, Frankfurt am Main/New York.
- Vogel, Berthold (2009a):* Wege an den Rand der Arbeitsgesellschaft – der Verlust der Erwerbstätigkeit und die Gefahr sozialer Ausgrenzung. In: Barlösius, Eva/Ludwig-Mayerhöfer, Wolfgang (Hrsg.): Die Armut der Gesellschaft, Opladen, S. 151-168.
- Vogel, Berthold (2009b):* Wohlstandskonflikte. Soziale Fragen, die aus der Mitte kommen, Hamburg.
- Wagner, Alexandra (2007):* Beschäftigungsperspektiven für Langzeitarbeitslose? ABM, Arbeitsgelegenheiten und öffentlich finanzierte Beschäftigung. In: WSI Mitteilungen, Heft 6, S. 320-325.
- Wagner, Gert G. (2007):* Wie die 11er-Skala in das SOEP kam – Ein Beitrag zu den Problemen und Möglichkeiten multidisziplinärer Forschung und zugleich eine Fußnote zum Design der SOEP-Stichprobe. In: Schwarze, Johannes et al. (Hrsg.): Arbeitsmarkt- und Sozialpolitikforschung im Wandel, Hamburg, S. 40-62.
- Weller, Ingeborg/Acisu, Alev (Mitarb.) (1996):* Lebenszufriedenheit im europäischen Vergleich, WZB Discussion Paper FS-III 96-402, Berlin [URL: <http://bibliothek.wz-berlin.de/pdf/1996/iii96-402.pdf>].
- Wunder, Christoph (2009):* Adaptation to Income Over Time: A Weak Point of Subjective Well-Being. In: Schmollers Jahrbuch, Jg. 129, S. 269-281.

Zapf, Wolfgang (2001): Die Wohlfahrtssurveys 1978-1998 und danach. In: Becker, Irene/Ott, Notburga/Rolf, Gabriele (Hrsg.): Soziale Sicherung in einer dynamischen Gesellschaft, Frankfurt am Main/New York, S. 301-323.

Abkürzungsverzeichnis

ALG	=	Arbeitslosengeld
ALLBUS	=	Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften
Alo	=	Arbeitsloser
ALQ	=	Arbeitslosenquote
BILD	=	Bildungs- und Unterhaltungsausgaben
CNEF	=	Cross-National Equivalent File
EB	=	Eurobarometer
EU	=	Europäische Union
EVS	=	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
EZS	=	Projekt „Einstellungen zum Sozialstaat“ (auch als „Sozialstaatssurvey“ bezeichnet)
GES	=	Ausgaben für Gesundheitspflege
KLEID	=	Ausgaben für Bekleidung und Schuhe
LZ	=	Lebenszufriedenheit
NAHR	=	Nahrungs- und Genussmittelausgaben
NIEP	=	Niedrigeinkommenspanel
O	=	Ostdeutschland
OLS	=	Ordinary Least Squares
SOEP	=	Sozioökonomisches Panel
SONST	=	Sonstige Ausgaben des Privaten Verbrauchs
VERK	=	Ausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung
W	=	Westdeutschland
WOHN	=	Wohnkosten
WS	=	Wohlfahrtssurvey

Folgende FaMa-Diskussionspapiere sind bisher erschienen (Stand: 15. Oktober 2009):

FaMa-Diskussionspapier 1/2009: Is the Overall German Personal Income Distribution Constant or Variable over Time? Cross-section Analyses for Germany 1969-2003 (Jürgen Faik).

FaMa-Diskussionspapier 2/2009: Alternative Verfahren zur Messung von Armut: Ganzheitliche Methode versus Zerlegungsansatz (Jürgen Faik).

FaMa-Diskussionspapier 3/2009: Zur Frage der Rentenanpassung: Probleme und Lösungsansätze (Jürgen Faik/Tim Köhler-Rama).

FaMa-Diskussionspapier 4/2009: Subjektive und objektive Lebenslagen von Arbeitslosen (Jürgen Faik/Jens Becker).

Alle vorgenannten Diskussionspapiere stehen unter <http://www.fama-nfs.de> zum Download als PDF-Files zur Verfügung.



Nikolausstraße 10
D-65936 Frankfurt/Main
<http://www.fama-nfs.de>
info@fama-nfs.de
Tel. +49(0)69-34409710
Fax: +49(0)69-34409714